



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung in Bayern

Unsere Themen

Die Föderalismusreform und
ihre Auswirkungen

BAföG-Streichung
gefährdet BOS

Sicherung der Lehrerver-
sorgung

Dienstrecht aktuell

Qualität in Schule und Betrieb

Bundesweite Referenten-
tagung für Fachlehrer

Verkehrserziehung an beruf-
lichen Schulen



Vom VLB unterstützt:
Berufsoberschüler aus ganz Bayern
demonstrieren in München gegen
den BAföG-Kahlschlag



HERAUSGEBER
 Hans Käfler, Landesvorsitzender,
 Verband der Lehrer an
 beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
 VLB Verlag e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 Internet: www.vlb-bayern.de
 E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION
 Hans Preißl
 Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
 Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
 Telefax: 0 180 - 50 60 33 76 44 95
 E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
 Martin Ruf
 Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 66 14 15
 Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
 E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG
 Andrea Götzke
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
 Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG
 signum3 oHG
 Im Graben 6, 97204 Höchberg
 Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
 Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
 E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK
 Böhler Verlag GmbH
 Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 6 34 31
 Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS
 „VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
 Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG
 Die Kündigung kann bis drei Monate vor
 Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT
 Die veröffentlichten Beiträge sind
 urheberrechtlich geschützt.
 Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
 Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE
 Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
 durch die Redaktion als angenommen.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte
 übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-
 dere Leserbriefe, müssen sich nicht
 mit der Meinung des Herausgebers und
 der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
 tationsdienst der Ständigen Konferenz der
 Kultusminister der Länder, im Dokumen-
 tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
 und im Dokumentationsring DOPAED
 bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS
 für Heft 05: 16. 04. 2007
 für Heft 06: 07. 05. 2007
 für Heft 07: 11. 06. 2007

ISSN 0942 - 6930

Thema des Tages

3 Hans Käfler: Die Föderalismusreform und ihre Auswirkungen auf das Dienstrecht

Bildungspolitik

4 Hans Preißl: BAföG-Streichung gefährdet BOS
 7 destatis: Finanzausstattung der öffentlichen Schulen
 7 KMK: Europäisches Sprachensiegel 2007
 8 abl: Lehrermangel und Unterrichtsausfälle
 8 BiBB: Innovative Wege zum Berufsabschluss
 10 Hans Preißl: Notmaßnahmen beheben Lehrermangel nicht
 10 VLB-Entschießung: Sicherung der Lehrerversorgung
 11 KM: Quereinstieg an beruflichen Schulen

Dienstrecht

11 Wolfgang Lamb: Dienstrecht aktuell
 13 Anton Graf/Hermann Rupprecht: Freistellung von Personalräten
 14 Hermann Rupprecht: Personalräte an Schulen werden benachteiligt

Lehrerbildung

15 Karl Wilbers: Qualität in Schule und Betrieb

Fachlehrer

18 Reinhard Küffner: Bundesweite Kooperation der Lehrkräfte im fachpraktischen Unterricht

Die Lehrerseite

21 Peter Thiel: Alfred Lichtwark und die Kunsterziehungsbewegung

Pädagogik und Unterricht

23 Rainer Salz: Verkehrserziehung an beruflichen Schulen
 24 Martin Jungkuz: Politik live
 24 Schülerschreibwettbewerb: Gestern Science Fiction, heute Realität

Schulentwicklung

25 Peter Allmansberger: MV Segel-bs – Zwischenbericht
 28 Michael Sieber: Praxisbeispiel Schulentwicklung
 30 Startschuss zu Profil 21 in Schwaben

Schulpartnerschaften

31 Gerhard Weiß/Sabine Lohmüller: Ein Comenius-Projekt bewegt die Schule
 34 Margit Schwandt: Chinesischer Gegenbesuch

Aus dem Verbandsleben

34 **Landesverband**
 34 **Bezirks- und Kreisverbände**
 36 **Fachgruppen**
 37 **Senioren**
 23 **Personalien**
 41 **Für Sie persönlich**
 44 **Letzte Umschlagseite**

Titelfoto: Norman Brade

Die Föderalismusreform und ihre Auswirkungen auf das Dienstrecht



HANS KÄFLER

Jahrelang war die Entflechtung der Gesetzgebung zwischen dem Bund und den Ländern ein kaum lösbares Problem. Immer dann, wenn die Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat nicht übereinstimmten, begann die Klage der jeweiligen Bundesregierung über die Blockademöglichkeiten der Länder durch den Bundesrat. Für eine Entflechtung der Gesetzgebung von Bund und Ländern durch eine Föderalismusreform gab es also einen langen Vorlauf. Die große Koalition in Berlin hat diese Reform dann auch sofort angepackt und umgesetzt. Wie man hört, ist der Einfluss des Bundesrates auf die Bundesgesetzgebung dadurch zwar nicht wesentlich zurückgegangen, die Machtposition der Länder in Fragen des Dienstrechtes aber enorm gewachsen. Zwar ist der Bund immer noch in der Lage, über das „Beamtenstatusgesetz“ Rahmenbedingungen, wie beispielsweise das Laufbahnrecht, zu beeinflussen. Das gesamte Dienstrecht, das Besoldungs- und das Versorgungsrecht liegen inzwischen jedoch bei den Ländern, die sich, nachdem sie ihre Ziele durchgesetzt haben, seitdem merkwürdig ruhig verhalten. Es steht aber zu befürchten, dass dies die Ruhe vor dem Sturm ist.

Wie mitarbeiterfreundlich die Länder mit ihrer neuen Gestaltungsmacht

umgehen werden, wird die Zeit zeigen. Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen jedoch nicht nur Gutes ahnen:

- Reduzierung der Sonderzahlungen auf 65 Prozent,
 - Heraufsetzung der Altersteilzeit auf 60 Jahre,
 - Arbeitszeiterhöhung
- sind Beispiele, die zu wenig Hoffnung Anlass geben.

Die Staatsregierung hat bereits verlauten lassen, dass sie die neuen Kompetenzen sehr wohl nutzen will. Themen wie

- leistungsbezogene Besoldung, damit verbunden eine entsprechende Form der
 - Leistungsbewertung und
 - Eingriffe in die Versorgung
- stehen auf der Agenda. Dass die Staatsregierung hier nicht wieder im „Hau-Ruck-Verfahren“, wie beispielsweise bei der Arbeitszeiterhöhung agieren will, nehmen wir gerne zur Kenntnis. Trotzdem muss bis zur Wahl im Herbst 2008 klar sein, wohin die Reise geht! Wie der Leiter der Dienstrechtsabteilung im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, Ministerialdirigent Wilhelm Hüllmantel, bei der Sitzung des BBB-Hauptausschusses am 5. Februar in München mitteilte, sollen die Beschäftigten dieses Mal intensiv eingebunden werden. Zwar werde das Gesetzgebungsverfahren erst nach der Landtagswahl beginnen, um nicht durch den Wahlkampf belastet zu werden, vor der Wahl sollten aber die Eckpunkte zu den o.g. Themen vorliegen. Dazu sollen bis zur Sommerpause 2007 Fachhearings durchgeführt werden, in denen alle Fachleute aus den Verbänden gehört werden sollen. Es habe nämlich nach Hüllmantel keinen Sinn, diese Reform gegen die Beschäftigten zu machen. Zum 1. Januar 2010 oder 2011 solle die Dienstrechtsreform dann in

Kraft treten. Alles brauche Zeit, insbesondere auch wegen des zu erwartenden Schulungsbedarfs der Vorgesetzten.

Das hört sich recht vernünftig an. Wir erinnern uns aber noch sehr gut an die letzte Landtagswahl, wo im Vorfeld eine Arbeitszeiterhöhung kategorisch ausgeschlossen worden war. Der damalige Vertrauensbruch hat bei den Beschäftigten Narben hinterlassen und ist wesentlich für die inzwischen herrschende Vorsicht, ja Misstrauen bei den bayerischen Beamten verantwortlich. Der designierte Ministerpräsident wird gut beraten sein, wenn er

- vor der Wahl klare Aussagen trifft und
- die Beschäftigten davon überzeugt, dass er gewillt ist, diese nach der Wahl auch verlässlich umzusetzen.

Die Knackpunkte, die vor der Wahl eindeutig geklärt und festgelegt werden müssen, sind vom bayerischen Beamtenbund und seinen Mitgliedsverbänden längst formuliert:

- Keine Kürzung des Einkommensniveaus, insbesondere keine Reduzierung der Einstiegsämter bei den Lehrkräften;
- das Leistungsentgelt auf der einen Seite muss zusätzlich gezahlt und nicht durch Kürzung auf der anderen Seite finanziert werden;
- die Leistungsanteile des Gehalts müssen versorgungswirksam sein;
- Angesichts der zusätzlichen Aufgaben in den Schulen sind die Beförderungsmöglichkeiten auszubauen;
- die jährliche Sonderzuwendung ist als fester Bestandteil der Grundgehaltstabelle auszuweisen und
- die familienbezogenen Besoldungsbestandteile sind beizubehalten.

Die Angleichung der Arbeitszeit der Beamten an die Arbeitszeit der Angestellten bleibt unabhängig davon unsere zentrale Forderung. Es ist zu hoffen, dass die verbesserte wirtschaftliche Situation, die auch zusätzliches Geld in die Kassen des Finanzministers spült, auch bei den bayerischen Beamten nach Jahren finanzielle Einbußen spürbar sein wird. <

Beratungen zur Novellierung des BAföG:

Streichung elternunabhängigen BAföGs gefährdet BOS

HANS PREISL

Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD haben im Koalitionsvertrag ein ehrgeiziges Ziel formuliert: 40 Prozent eines Altersjahrgangs sollen für ein Hochschulstudium gewonnen werden.

Damit reagierte die Bundesregierung auf dem Papier auf Alarmsignale, die Deutschland als Bildungsstandort in Frage stellen:

- Internationale Vergleichsberichte bestätigen, dass die Bundesrepublik in der Hochschulausbildung den Anschluss verloren hat.
- Die Wirtschaft klagt schon heute über einen sich abzeichnenden Fachkräftemangel.

So warnt die aktuelle OECD-Studie „Bildung auf einen Blick: „Wenn man berücksichtigt, dass künftig geburtenschwache Jahrgänge die Schule verlassen, wird Deutschland den steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften so nicht befriedigen können.“ Und auch Annette Schavan wird nicht müde zu betonen: „Wir brauchen mehr qualifizierte Nachwuchskräfte.“ Und eine Bundesbildungsministerin hält ja durchaus Instrumente in Händen, die es erlauben die Bildungsbeitragung zu erhöhen. Sie müssen nur eingesetzt werden.

Wieder Null-Runde für BAföG-Empfänger

Kurz vor Weihnachten gab die BAföG-Berichterstatlerin der SPD-Bundestagsfraktion einem fränkischen Regionalblatt ein Interview, das dokumentiert, wie ernst Aussagen in bildungspolitischen Sonntagsreden und geduldrigen Koalitionspapieren wirklich zu nehmen sind. Es ging um den sog. BAföG-Bericht. Und hier kündigte Renate Schmidt an, dass den Auszubildenden auch 2007 eine Null-Runde bevorsteht. Damit reicht die letz-

te Erhöhung von Bedarfssätzen und Freibeträgen zurück ins Jahr 2001! Und das obwohl das hausinterne Expertengremium der sog. BAföG-Beirat eine Anhebung der Fördersatzte um 10,3 Prozent und der Elternfreibeträge um 8,7 Prozent verlangt hatte, was er mit Hinweis auf die Preis- und Lohnentwicklung einleuchtend begründen konnte.

Annette Schavan verteidigte dieses erneute Einfrieren der Fördersatzte und Elternfreibeträge mit dem Hinweis auf die Haushaltskonsolidierung. Eine Erhöhung sei ihrer Meinung nach zwar „wünschenswert“, zum jetzigen Zeitpunkt aber „nicht verkraftbar“. Außerdem könne die Ausbildung ja über zinsgünstige Kredite finanziert werden. Was sollen wir von einer Ministerin halten, die Bildung dadurch finanziert, dass sie Auszubildenden abschreckende Verschuldungsrisiken aufbürdet?

Die vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte 22. BAföG-Novelle bringt nur in wenigen Punkten marginale Verbesserungen:

- Empfänger mit Kindern erhalten einen Kinderbetreuungszuschlag
- Das Auslandsstudium wird erleichtert
- Die Migrantenförderung wird verbessert
- Die Auszubildenden dürfen mehr Geld als bisher hinzuverdienen

BAföG-Kahlschlag hätte das Aus der flächendeckenden BOS riskiert

Diese Verbesserungen sind natürlich grundsätzlich zu begrüßen. Aber sie werden durch Verschlechterungen in anderen Bereichen finanziert. Der ursprüngliche Kabinettsentwurf hatte einen weitgehenden Kahlschlag im Bereich des sog. Zweiten Bildungswegs vorgesehen. Das hätte drama-

tische Konsequenzen vor allem für die bayerischen Berufsoberschüler gehabt. Der Entwurf hätte von ihnen nämlich verlangt, dass sie nur dann elternunabhängig gefördert werden, wenn sie nach der Ausbildung mindestens drei Jahre Berufstätigkeit nachweisen. Der VLB hat die drohende Gefahr schnell erkannt und kurz vor Weihnachten Medien und Entscheidungsträger mobilisiert. Die VLB-Pressemeldung „Killt das Bundesbildungsministerium die erfolgreiche bayerische Berufsoberschule?“ verfehlte ihre Wirkung nicht.

Ein Bericht der Passauer Neuen Presse unter dem Titel „Bafög-Änderung: Das wäre der Tod der BOS“ sensibilisierte Politiker und Betroffene. Verbandschef Hans Käfler nutzte die Neujahrsempfänge der politischen Parteien um die Dringlichkeit der Problematik ins Bewusstsein zu rücken. Er machte den Politikern klar, dass die geplante Regelung das Aus der flächendeckenden Berufsoberschulen in Bayern bedeuten würde. BOS-Schüler entscheiden sich gleich nach der Berufsausbildung dafür das Abitur zu erwerben, weil das Ende der Ausbildung einen natürlichen Einschnitt in der beruflichen Laufbahn darstellt. Da die BOS-Schüler während ihrer Berufsausbildung mit einer Ausbildungsbeihilfe von 500 bis 600 Euro zum Familieneinkommen beigetragen haben, wollen sie natürlich im Alter von 20 oder 21 Jahren den Eltern nicht plötzlich wieder auf der Tasche liegen. Da würden sie eher auf eine Weiterbildung verzichten. Eine vom VLB organisierte Befragung der derzeitigen BOS-Schüler bestätigt diese Befürchtung: Mehr als 60 Prozent würden die BOS ohne elternunabhängige Förderung nicht besuchen! Bayern hat im Vergleich zu den übrigen Bundesländern eine sehr niedrige Abiturientenquote. Diese verbessern die Berufsoberschulen jedes Jahr mit ungefähr 5000 Hochschulzugangsberechtigungen. Hans Käfler ist deshalb der Meinung, dass es sich ein Hochtechnologiegebiet wie der Freistaat Bayern nicht leisten kann diese Begabungsreserven brachliegen zu lassen.

VLB organisiert schlagkräftiges Bündnis gegen BAföG-Kahlschlag

Deshalb setzten sich auch Wissenschafts- und Kultusministerium vehement für die Beibehaltung der bisherigen Förderung ein. Auch sie stellen das bildungspolitische Anliegen einer Erhöhung der Abiturientenquote ins Zentrum der Argumentation. Der verstärkte Ausbau der Berufsoberschulen habe zweifelsfrei erhebliche Bildungspotenziale erschlossen. Wenn Schüler sich für diesen Weg des Hochschulzugangs entscheiden, müssen sie erhebliche ideelle Anstrengungen aufbringen und dabei materielle Nachteile in Kauf nehmen. Sie könnten deshalb mit Recht erwarten, dass der Staat den Einstieg in diesen Bildungsweg finanziell erleichtert.

Dabei sei eine elternunabhängige Förderung besonders wichtig, weil

- nach Abschluss der Berufsausbildung in der Regel der Unterhaltsanspruch gegenüber den Eltern erlösche. Eine Streichung provoziere deshalb erhebliche finanzielle und familiäre Probleme;
- sich der Personenkreis häufig aus bildungsfernen Schichten wie Arbeiterfamilien und Mittelstand rekrutiere, der ohne familienunabhängige Förderung keine Chance zum Erwerb der Hochschulreife habe.

Auch Elternverbände und Schülersprecher, Landesring der Bayerischen Kollegs und Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft engagierten sich mit eigenen Aktivitäten für den flächendeckenden Erhalt der 58 bayerischen Berufsoberschulen. Ein schlagkräftiges Bündnis zur Rücknahme der geplanten Einschränkungen hatte sich formiert.

Erster Kompromiss ist nur ein unbefriedigender Teilerfolg

Dabei konnte zumindest ein Teilerfolg erzielt werden. Der Kabinettsbeschluss der Bundesregierung will die elternunabhängige Förderung beibehalten für

- Personen mit mindestens dreijähriger Berufsausbildung plus an-

schließend einjähriger Berufstätigkeit

- Personen mit entsprechend längerer Berufstätigkeit, wenn die Berufsausbildung kürzer als drei Jahre war;
- Personen mit mindestens vierjähriger Berufstätigkeit nach dem 18. Lebensjahr, wenn kein Berufsabschluss vorliegt.

Dass der neue Entwurf gegenüber dem alten einen signifikanten Fortschritt bedeutet, belegt ein Blick auf Zahlen. Mit der ursprünglichen Regelung wären nur noch 16 Prozent der Schüler elternunabhängig gefördert worden. Der modifizierte Entwurf unterstützt immerhin 40 Prozent. 24 Prozent würden noch elternabhängig gefördert. Damit bleibt aber der Wermutstropfen: ein gutes Drittel der Berufsoberschüler erhält in Zukunft gar keine Förderung mehr. Wenn hier die Familie nicht einspringt, bleibt nur noch die „Bildung auf Pump.“ Der Zinssatz von 4,7 Prozent für diesen Bildungskredit ist allerdings nicht gerade ein Schnäppchen.

Dieses Verhandlungsergebnis zwischen Bayerns Kultus- und Wissenschaftsministerium und dem Bundesbildungsministerium ist zwar ein Teilerfolg, aber ein unbefriedigender. In einer Pressemitteilung forderte deshalb der VLB die immer wieder vom Kultusminister propagierte bildungspolitische Leitlinie „Kein Abschluss ohne Anschluss“ uneingeschränkt auch für BOS-Schüler gelten zu lassen. Es sei weder nachvollziehbar noch akzeptabel, wenn Schüler nach erfolgreichem Abschluss der Berufsausbildung erst ein Jahr verstreichen lassen müssen, damit sie gefördert werden können.

Das sieht auch ein Dringlichkeitsantrag der Grünen so, dem sich SPD und CSU im Bildungsausschuss des bayerischen Landtags angeschlossen haben. Unter der Überschrift „Die Chance auf den zweiten Bildungsweg nicht kappen“ fordert er die Staatsregierung auf sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, „dass bei der geplanten Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes Schülerinnen und Schüler, die eine Berufso-

berschule besuchen, auch weiterhin elternunabhängiges BAföG erhalten, wenn sie eine abgeschlossene Berufsausbildung oder mehrjährige Berufserfahrung vorweisen können.“ Die Landtagsgrünen werfen der CSU allerdings doppeltes Spiel vor, weil die beiden CSU-Bundesminister den Kabinettsbeschluss, Bafög künftig erst ein Jahr nach Abschluss der Berufsausbildung unabhängig vom Einkommen der Eltern zu bezahlen, mitgetragen haben. Die bildungspolitische Sprecherin der bayerischen Grünen Simone Tolle kritisierte das Verhalten der CSU: „Es kann nicht angehen, dass die CSU in Bayern Verständnis heuchelt und dann in Berlin das Gegenteil beschließt.“

Für die anstehenden Bundestagsberatungen muss weiterer Druck erzeugt werden

Vielleicht gelingt es ja der Landtags-CSU für die anstehenden Bundestagsberatungen den nötigen Druck für den Erhalt des elternunabhängigen Bafög zu erzeugen. Vorsichtige Signale aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt es ja bereits: „In der parlamentarischen Diskussion werden wir die Frage der elternunabhängigen Kollegiatenförderung auch noch einmal sehr eingehend diskutieren.“ Man will alles vermeiden, was dem beruflichen Bildungsweg schaden könnte. Auch die Äußerungen von Renate Schmidt im Bundestag klingen nicht so, als ob der unbefriedigende Kompromiss bereits zementiert wäre. „Wir wollen mit dieser Regelung weder die Zahl der Schülerinnen und Schüler des zweiten Bildungswegs reduzieren noch gewachsene Strukturen gefährden“. Auch ihr liegt es fern die bayerische BOS zu schwächen. „Wir werden deshalb im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens sehr genau darauf achten, ob das Ziel eines Aufrechterhaltens der Schülerzahl des zweiten Bildungswegs erreicht wird.“ Es ist auch eine Frage des Selbstverständnisses unseres Parlaments. Bekennt es sich zu den nötigen Zukunftsinvestitionen in den Bildungsstandort Deutschland oder versteht es sich lediglich als stromlinienförmiger Konsolidierungshandler.



600 BOS-Schüler demonstrieren gegen die Streichung des BAföG.



Horst Hackel, Wolfgang Lambl und Rudi Keil beim Demonstrationzug gegen den BAföG-Kahlschlag.

Minimalziel: Härtefälle vermeiden

Falls es zur Vernunftlösung Erhalt der elternunabhängigen Förderung nicht kommt, gilt es Vorkehrungen zu treffen, damit vermeidbare Härten abgefedert werden. Dieser Vorsorge diente ein Sondierungsgespräch, zu dem sich die VLB-Spitze mit der BAföG-Berichterstatlerin der SPD getroffen hat. Hier zeigte sich, dass sich mit der bayerischen Spezialität BOS und ihrer elternunabhängigen Förderung für die sozialdemokratische Abgeordnete eine Gerechtigkeitslücke öffnet. Sie vergleicht diesen Schultyp mit den in anderen Bundesländern noch existierenden FOS-L. Da sie ihren Vergleich aber nur an den Zugangsvoraussetzungen, nicht aber am eigenständigen Profil der BOS aufhängt, war der Weg für eine Annäherung verbaut. Aber immerhin konnte man sich darauf verständigen, dass bei der Berechnung der Anschlusszeit an die Berufsausbildung Härten vermieden werden sollen. Das bedeutet:

- Bundeswehr, Zivildienst und freiwilliges soziales Jahr werden anerkannt;
- wer dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, gilt als berufstätig;
- für dreieinhalbjährige Ausbildungen wird es eine Sonderregelung geben

Renate Schmidt geht davon aus, dass die Änderung noch nicht 2007 in Kraft tritt. Denn es wäre unsinnig, wenn sich junge Menschen für

das Abitur auf dem beruflichen Bildungsweg ab diesem Herbst entscheiden und davon ausgehen, elternunabhängig gefördert zu werden und dann kurz darauf eine andere Regelung beschlossen wird.

Unterstützt wurde vom VLB eine Demonstration von 600 Berufsoberschülern aus ganz Bayern. An dem Marsch vom Geschwister-Scholl-Platz zum Marienplatz, zu dem die Aktionsgruppe Bafög der Berufsoberschulen Bayerns aufgerufen hatte, beteiligten sich unter anderem die Hauptpersonalräte Wolfgang Lambl und Horst Hackel.

Halten wir fest: Wer die Bedingungen für eine höhere Bildungsbeteiligung glaubwürdig verbessern möchte, kann nicht gerade den jungen Erwachsenen, die in unserem Bildungssystem die größten Hürden zu bewältigen haben, die Förderung strei-

BAfög für BOS-Schüler:

Zweiter Bildungsweg in Gefahr

Die Landtagsgrünen haben der CSU im Tauziehen um die Neuregelung des BAfög doppeltes Spiel vorgeworfen. Hintergrund ist die umstrittene Neuregelung beim elternunabhängigen BAfög für die Schülerinnen und Schüler der bayerischen Berufsoberschulen. Nach den Plänen von Bundesbildungsministerin Schavan sollen BOS-Schüler künftig nicht mehr wie

chen. Die Gleichwertigkeitsbeteuerungen entlarven sich als hohle Phrasen, wenn beruflich Qualifizierten zusätzliche Umwege und Warteschleifen zugemutet werden.

Die BOS sichert den Lehrernachwuchs an beruflichen Schulen

Das würde vor allem Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern abschrecken. Gerade bei ihnen handelt es sich um jene potenziellen Bildungsaufsteiger, die sich für technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge interessieren, in denen die Wirtschaft schon jetzt über Nachwuchsmangel klagt. Die Sorge um den Nachwuchs ist es auch, die den VLB antreibt in der Sache nicht locker zu lassen. Ein Großteil des Berufsschullehrernachwuchses rekrutiert sich aus jungen Erwachsenen, die über die BOS an die Universitäten gelangen. <

bisher direkt nach der Berufsausbildung eine elternunabhängige Förderung erhalten. Obwohl sich der Landtag auf Initiative der Grünen parteiübergreifend für die Beibehaltung der bisherigen Regelung ausgesprochen hat, beschloss das Kabinett in Berlin mit den Stimmen der beiden CSU-Minister, BAfög künftig erst ein Jahr nach Abschluss der Berufsausbildung

unabhängig vom Einkommen der Eltern zu bezahlen. „Die CSU treibt hier ein Doppelspiel auf Kosten der betroffenen Schülerinnen und Schüler“, kritisierte die bildungspolitische Sprecherin Simone Tolle. „Es kann nicht angehen, dass die CSU in Bayern Verständnis heuchelt und dann in Berlin das Gegenteil beschließt.“

Der Erhalt des elternunabhängigen BAfög sei ein entscheidender Baustein des zweiten Bildungswegs. Viele junge Leute, die über die BOS das Fachabitur erwerben, können sich diesen Weg nur durch die staatlichen Zuschüsse leisten. Mit der Neurege-

lung würde der Erwerb eines Fachabiturs über die BOS mit einer unnötigen Warteschleife von einem Jahr erschwert. Simone Tolle: „Alle Parteien in Bayern sind sich mittlerweile einig, wie wichtig eine hohe Abiturientenquote ist. Die Pläne der großen Koalition in Berlin sind daher völlig kontraproduktiv. Wir fordern also die CSU dringend auf, sich in den anstehenden Bundestagsberatungen mit Nachdruck für einen Erhalt des elternunabhängigen Bafög ins Zeug zu legen.“

PM: Die Grünen im Bayerischen Landtag

Finanzausstattung der öffentlichen Schulen:

Für jeden Schüler werden 4700 Euro aufgewendet

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, gaben die öffentlichen Haushalte in Deutschland im Jahr 2004 durchschnittlich 4700 Euro für die Ausbildung einer Schülerin beziehungsweise eines Schülers an öffentlichen Schulen aus. Bei allgemein bildenden Schulen waren es 5000 Euro je Schülerin oder Schüler, bei beruflichen Schulen 3300 Euro.

In allen Bundesländern sind die Personalausgaben die dominierende Ausgabenkomponente. Im Bundesdurchschnitt wurden je Schülerin oder Schüler rund 3800 Euro für Personal (einschließlich unterstellter Sozialbeiträge sowie Beihilfeaufwendungen), 500 Euro für laufenden Sachaufwand und 300 Euro für Investitionen ausgegeben.

Darüber hinaus erhielten 828000 junge Menschen (gut 321000 Schülerinnen und Schüler sowie 507000 Studierende) im Jahr 2005 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Förderung erstreckte sich zum Teil nicht über ein volles Jahr. Im Durchschnitt wurden 544000 Personen (199000 Schülerinnen und Schüler, 345000 Studierende) je Monat gefördert.

47 Prozent der BAföG-Empfänger erhielten 2005 Vollförderung, also den

maximalen Förderungsbetrag; 53 Prozent empfangen eine Teilförderung, die geleistet wird, wenn das Einkommen der Geförderten oder deren Eltern bestimmte Grenzen übersteigt.

Die Ausgaben des Bundes und der Länder nach dem BAföG betragen im Jahr 2005 2,28 Milliarden Euro. Für die Schülerförderung wurden 726 Millionen Euro bereitgestellt,

für die Studierendenförderung 1,56 Milliarden Euro. Im Durchschnitt erhielten geförderte Schülerinnen und Schüler monatlich 304 Euro pro Person und geförderte Studierende 375 Euro pro Person.

Ausführliche Informationen und Daten zur Kennzahl „Ausgaben je Schülerin und Schüler“ (differenziert nach Ländern beziehungsweise Schularten) sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes verfügbar unter: http://www.destatis.de/download/d/biwiku/Ausgaben_jeSchueler.pdf PM destatis

Bewerbungen sind bis 20. September 2007 möglich

Europäisches Sprachensiegel 2007

Projekte der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, die Fremdsprachen oder ein Sachfach in einer Fremdsprache unterrichten, können sich bis 20. September 2007 für das Europäische Sprachensiegel 2007 bewerben. Der Wettbewerb, der 1999 von der Europäischen Kommission initiiert wurde, wird in Deutschland in diesem Jahr erneut vom Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der Kultusministerkonferenz im Auftrag der Länder durchgeführt. Gesucht werden dabei Projekte, die an innovativen Konzepten, Modulen bzw. (Teil-)Curricula für die Qualifizierung von Fremdsprachenlehrkräften und Sprachtrainern arbeiten – beginnend mit der (Erst-)Ausbildung bis zur Fort- bzw. Weiterbildung von Lehrkräften, die bereits im Beruf stehen und ihre didaktisch-methodischen Unterrichtsstrategien an immer wieder neue Gegebenheiten anpassen müssen und einen entsprechenden Professionalisierungsbedarf haben. Mit dem Europäischen Sprachensiegel sollen Projekte prämiert werden, die auf nachahmenswerte und innovative Weise Menschen an das Fremdsprachenlernen heranführen, Fremdsprachenkenntnisse auf den unterschiedlichsten Niveaus vermitteln bzw. sich für eine Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts auf Beispiel gebende Weise engagieren. Die von einer Experten-Jury als besonders herausragend eingestuften Maßnahmen sollen darüber hinaus zur Nachahmung animieren oder dazu anregen, das vorgestellte Modell auf das Erlernen anderer Sprachen oder anderer Zielgruppen zu übertragen.

Teilnahmeberechtigt sind alle in Deutschland ansässigen Einrichtungen der Aus-, Fort- bzw. Weiterbildung für Lehrkräfte aus dem Vorschulbereich, dem allgemein bildenden Bereich, dem berufsbildenden Bereich und dem Hochschulbereich. Kommerzielle Einrichtungen können

an dem Wettbewerb nur teilnehmen, wenn sie in dem vorgestellten Projekt mit einer nicht-kommerziellen Einrichtung aus dem Bildungsbereich – zum Beispiel einer Hochschule oder einem Ausbildungsseminar – als Projektpartner kooperieren. Die Bewerbung ist durch die nicht-kommerzielle Einrichtung einzureichen. Eine Jury, die sich aus Experten aus Bund und Ländern zusammensetzt, wird maximal 15 Preisträger auswählen. Die Europäischen Sprachensiegel werden im Rahmen eines Festakts Mitte Dezem-

ber 2007 durch den Präsidenten der Kultusministerkonferenz in Bonn verliehen.

Der Bewerbungsbogen, die Teilnahmebedingungen und die Vergabekriterien stehen auf der Website des PAD unter <http://www.kmk.org/pad/home.htm> zur Verfügung. Die vollständigen Bewerbungsunterlagen sind in vierfacher Ausfertigung bis zum 20. September 2007 (Datum des Poststempels) direkt beim PAD, Lennéstr. 6, 53113 Bonn, einzureichen

KMK-Pressemitteilung

Diskussion um Lehrermangel und Unterrichtsausfälle:

abl fordert gleichmäßig gute Versorgung aller Schularten

Die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (abl) hat in der Diskussion um Lehrermangel und Unterrichtsausfälle zu einer schulartspezifischen Betrachtungs- und Vorgehensweise aufgefordert. Fakt sei, dass sich im Schulartvergleich die Lehrerversorgung unterschiedlich darstelle, sagte der amtierende abl-Sprecher und Vorsitzende der Katholischen Erziehergemeinschaft Bayern (KEG) Bernhard Buckenleib in München. „Es ist richtig, dass wir zur Zeit an Grund- und Hauptschulen akute Probleme mit der Lehrerversorgung haben. Sie würden sich durch den Abzug weiterer Lehrerstellen wohl noch verschärfen. Ich warne daher eindringlich vor einem Personalabbau, durch den sich das Problem nur ausweiten und verfestigen würde“, mahnte Buckenleib. Gleichzeitig appellierte er mit Blick auf die derzeitigen Meldungen über den Lehrermangel an Grund- und Hauptschulen, die schwierige Situation der anderen Schularten nicht aus dem Auge zu verlieren. Aufgrund der letzten vom Kultusministeriums bekannt gegebenen Zahlen über den Unterrichtsausfall und die Klassenstärken sehe die abl auch bei Realschulen und Gymnasien dringenden politischen Handlungsbedarf. Von einer echten mobilen Lehrerversehung seien diese beiden Schularten mei-

lenweit entfernt. „Um über einen vergleichbaren Vertretungspool für Unterrichtsausfälle wie die Grund- und Hauptschulen verfügen zu können, müsste die mobile Reserve allein an den Gymnasien auf 900 Stellen glatt verzehnfacht werden. Die Realschulen müssen sich im Moment sogar mit ganzen neun mobilen Aushilfen begnügen und die beruflichen Schulen müssen trotz einer personellen Unterddeckung von 8,6 Prozent gleich ganz ohne mobile Reserve auskommen“, machte Buckenleib aufmerksam.

Der KEG-Vorsitzende forderte, alle bayerischen Schularten ihrem jeweiligen Bedarf entsprechend auszustatten; es dürfe keine Schulart und kein Schüler benachteiligt werden: „Für die Leistungsfähigkeit und damit die Zukunft des gegliederten Schulwesens in Bayern ist es wichtig, dass die Lern- und Lehrbedingungen an allen Schularten gleichmäßig gut sind. Ist eines der Glieder dauerhaft zu schwach, gerät das System als Ganzes in Gefahr“, warnte Buckenleib.

abl weist pauschalen BLLV-Vorwurf zurück: Schulen Bayerns keine Stätten der Angst

Gleichzeitig distanzierte sich der abl-Sprecher von Äußerungen des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (BLLV) anlässlich des Zwi-

schenzeugnisses. „Das Schreckensbild, das der BLLV wieder einmal von der Situation an den Schulen zeichnet, hat mit der Realität nichts zu tun. Die Diffamierung der bayerischen Schulen als Stätten des Grauens, der Bedrückung und der Angst kann nur ein Kopfschütteln auslösen. Die hochengagierten Lehrkräfte, die täglich vor der Klasse stehen, machen dagegen die Erfahrung, dass die allermeisten Kinder und Jugendlichen leistungsbereit und optimistisch sind.“ *PM: abl*

Appell von BIBB-Präsident Kremer:

„Innovativen Wegen zum qualifizierten Berufsabschluss eine Chance geben!“

In der aktuellen Diskussion um eine Einführung von „Ausbildungsbausteinen“ in der dualen Berufsausbildung appelliert der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), Manfred Kremer, an die beteiligten Akteure aus den Ländern und den Spitzenorganisationen von Kammern und Gewerkschaften, mehr Mut bei der Suche nach innovativen Lösungsmöglichkeiten zu zeigen. Manfred Kremer unterstützt in der neuesten Ausgabe der BIBB-Zeitschrift „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis – BWP“ die Absicht, das Konzept der „Ausbildungsbausteine“ in der Praxis breit zu erproben und zu evaluieren – gegebenenfalls auch unterhalb von gesetzlichen Regelungen. „Es wäre fatal und würde die Reformfähigkeit des Berufsbildungssystems nachhaltig in Frage stellen, wenn dies an der restriktiven Haltung der Sozialpartner oder an mangelnder Mitwirkungsbereitschaft geeigneter Branchen scheitern würde.“

Der BIBB-Präsident macht in seinem BWP-Beitrag deutlich: „Es geht um bundesweit einheitliche, zu zertifizierende und anrechnungsfähige Ausbildungsbausteine aus anerkannten Ausbildungsberufen, eine klare Ori-

entierung am Berufskonzept und an Abschlussprüfungen, die Konzentration auf bestimmte Personengruppen sowie eine ergebnisoffene Evaluation. Ein Absenken der Anforderungen unter das Niveau der anerkannten Ausbildungsberufe wird dabei klar abgelehnt.“

„Ausbildungsbausteine“ haben nach Auffassung von Manfred Kremer das Potenzial, „unproduktive Warteschleifen“ in anrechnungsfähige und abschlussbezogene „Berufsbildungsketten“ umzugestalten und so die Kapazitäten für eine anerkannte Berufsausbildung erheblich zu erweitern. Möglichkeiten lägen vor allem in der Verknüpfung solcher Bausteine mit den gesetzlich eröffneten Wegen zu einer breiteren Beteiligung von Berufsfachschulen und anderen Bildungseinrichtungen an dual organisierter Ausbildung.

Manfred Kremer spricht sich ferner dafür aus, vorhandene Erfah-

rungen in der aktuellen Debatte zu nutzen. So habe das BIBB im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eine Modellversuchsreihe zum Thema „Berufsbegleitende Nachqualifizierung“ durchgeführt. „Dabei wurde ein allseits anerkanntes Konzept für eine beschäftigungsbegleitende, modulare Qualifizierung junger Erwachsener in anerkannten Ausbildungsberufen entwickelt und erfolgreich erprobt.“

In der neuen BWP-Ausgabe nehmen auch die Autoren der Studie „Flexible Ausbildungswege in der Berufsbildung“, Dieter Euler und Eckart Severing, unter dem Titel „Zusammendenken, was zusammen gehört – Ausbildungsbausteine als Grundlage der Weiterentwicklung der Berufsausbildung“ Stellung zur aktuellen Modularisierungsdebatte. Michael Ehrke und Hermann Nehls kommentieren das Konzept aus Sicht der Gewerkschaften. *PM BiBB*

Immer gut informiert:

COMENIUS mit neuer Website online

Pünktlich zum Start des europäischen Bildungsprogramms für lebenslanges Lernen, das von 2007 bis 2013 läuft, geht der Pädagogische Austauschdienst (PAD) der Kultusministerkonferenz mit einem vollständig überarbeiteten Internetauftritt online. Neben Informationen zu allen Fördermöglichkeiten, die COMENIUS als eine der zentralen Säulen des Programms Schulen, Lehramtsstudierenden und Lehrkräften bietet, stehen unter <http://www.kmk.org/pad/home.htm> auch hilfreiche Informationen und nützliche Angebote rund um das Thema Schulpartnerschaften und Schüleraustausch in Europa zur Verfügung. Der PAD ist in Deutschland als Nationale Agentur im Auftrag der Länder für die Umsetzung des Programms COMENIUS und anderer EU-Programme im Schulbereich verantwortlich.

COMENIUS fördert multilaterale und bilaterale Schulpartnerschaften,

die Mobilität von Schülern, Assistenzzeiten von Studierenden der Lehramtsfächer an Schulen im Ausland sowie Fortbildungskurse für Lehrkräfte im Ausland. Ausführliche Beschreibungen der einzelnen Programme und Antragsverfahren, die erforderlichen Antragsformulare sowie Beispiele guter Praxis sind auf der Website des PAD übersichtlich strukturiert zugänglich. Außerdem gibt es Verweise zu den europäischen Stellen, die für zentral verwaltete Maßnahmen unter COMENIUS verantwortlich sind. Dazu zählen Projekte für die Zusammenarbeit von Einrichtungen der Lehreraus- und -fortbildung sowie thematische Netzwerke von Bildungseinrichtungen.

Darüber hinaus sind in den neu gestalteten Internetauftritt folgende Angebote integriert worden:

- Datenbank Schulpartnerschaften: Schulen in Deutschland pflegen eine Vielzahl von Partnerschaften

in unterschiedlichsten Formen mit Schulen auf der ganzen Welt. Über den Umfang dieser Partnerschaften mit Schulen von Afghanistan bis Zypern liegen allerdings kaum Informationen vor. Im Menüpunkt „Schulpartnerschaften“ können Schulen ab März 2007 in wenigen Schritten Angaben zu ihren Partnern eintragen. Ziel der Datenbank ist es, einen möglichst vollständigen und aktuellen Überblick über Schulpartnerschaften zu erhalten.

- Elektronischer Newsletter: Schulen, die sich schnell und regelmäßig über Veranstaltungen, Ausschreibungen und Entwicklungen im Bereich des schulischen Austauschs informieren möchten, können ab sofort einen elektronischen Newsletter per E-Mail beziehen. Der Eintrag ist kostenfrei und erfolgt im Menüpunkt „Newsletter“.
- Immer gut informiert: Wer sich ausführlicher über die Programme des PAD und den schulischen Austausch informieren möchte, kann eine Reihe von Publikationen beim PAD beziehen. Im Menüpunkt „Veröffentlichungen“ stehen die Broschüren und Handbücher als Download zur Verfügung. Ein Teil von ihnen kann zudem bequem und einfach per E-Mail bestellt werden.

KMK-Pressemitteilung

Terminvormerkung

Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs

Treffpunkt der Lehrkräfte an kaufmännischen beruflichen Schulen in Bayern

Die Fachtagung findet am Samstag, 20. Oktober 2007, von 9.00 Uhr bis 15.30 Uhr in Ingolstadt statt.

Sondermaßnahme für Diplomphysiker und Diplommathematiker:

Notmaßnahmen beheben den Lehrermangel nicht

HANS PREISSEL

Die Versorgung der bayerischen Schulen mit ausreichend qualifizierten Lehrern steht auf dem Spiel. Die Zahl der Lehramtsstudenten kann bei Weitem nicht Schritt halten mit der Zahl der Pensionierungen. Gerade im Bereich der beruflichen Schulen stehen wir vor einem umfassenden Generationenwechsel in den Lehrerkollegien.

Im Gegensatz zur Wirtschaft lässt sich der Personalbedarf an Schulen recht präzise prognostizieren. Alle wichtigen Variablen sind großteils auf Jahrzehnte hinaus bekannt. Das gilt für die Altersstruktur der Lehrer ebenso wie für die Zahl der Schüler. Eintretende Berufsschüler sind schließlich vor mindestens 15 Jahren geboren worden. Warum gelingt es trotzdem nicht die nötigen Bewerber zu rekrutieren? Hier muss man der Politik eklatante Versäumnisse vorwerfen. Unfähig zu perspektivischer Planung hechelt sie von Notmaßnahme zu Notmaßnahme. Reagiert wird erst, wenn sinnvolle Lösungen nicht mehr umgesetzt werden können. So legt das KM schon wieder eine Maßnahme auf, die unbestritten unter Qualitätsgesichtspunkten unverantwortbar ist. Wer aber die Qualität der schulischen Bildung aufs Spiel setzt, setzt auch Zukunftschancen der jungen Generation aufs Spiel. Mit miesen Tricks hat man jahrelang das Problem des eklatanten Lehrermangels verdrängt und verschleiert. Wer erinnert sich nicht daran, dass die Staatsregierung die Öffentlichkeit für dumm verkauft hat, als sie die Unterrichtspflichtzeiterhöhung für Lehrkräfte als Schaffung zusätzlicher Planstellenäquivalente dargestellt hat. Mit Taschenspielertricks wie Kürzung von Stundentafeln und unzumutbaren Klassenstärken etwa an Fachoberschulen erzielt man den gleichen obszönen Effekt. Irgendwann aber sind solche Effekte ausgereizt. Dann versucht man den Bedarf mit punktuellen Maßnah-

men zu decken. Da werden überzählige Personen mit forstlichen Kenntnissen flugs zu Lehrern umgeschult. Und jetzt wird Ausschau gehalten nach naturwissenschaftlichen Fachleuten, die man möglichst schnell einspeisen möchte ins Unterrichtsgeschehen. Dass zur Professionalität eines Lehrerberufs mehr gehört als bloßes Expertenwissen, kann natürlich bei Rekrutierungsversuchen mit der Brechstange nicht auch noch berücksichtigt werden.

Eine Besserung ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Immer häufiger sucht man vergeblich nach Motiven heute noch den Lehrerberuf zu ergreifen. Das schwindende Interesse hat ein ganzes Bündel an Gründen:

Warum soll sich ein leistungsbewusster junger Erwachsener als fast 30-jähriger Referendar mit Anwärterbezügen am Rande des Existenzminimums begnügen, wenn ihm die Wirtschaft bei vergleichbarer Qualifikation Jahreseinkommen von 40000 Euro bietet?

Auf ein zweites Manko, das die Gewinnung eines qualifizierten Lehrernachwuchses blockiert, macht das Memorandum des Deutschen Lehrerverbandes aufmerksam:

„Die Tätigkeit eines Lehrers ist zunehmend belastender geworden. Dabei spielen die immer größeren sozialpädagogischen Erwartungen an Schule, aber auch die zunehmenden Verhaltensauffälligkeiten vieler Kinder eine Rolle. Die Politik darf nicht die Augen davor verschließen, dass die sehr starken Belastungsanhäufungen zu einem erheblichen Attraktivitätsverlust des Berufs geführt haben.“

Auch der VLB wird nicht müde darauf hinzuweisen, dass der Lehrernachwuchs nicht mit punktuellen Aktionen gesichert werden kann. Der Memminger Berufsbildungskongress hat sich des Themas in einer einstimmig angenommenen Entschließung angenommen. Die Stellung des Verbandes sei an dieser Stelle dokumentiert.

Entschließung: Sicherung der Lehrerversorgung für das Lehramt an beruflichen Schulen

Nach dem gegenwärtigen Stand und den gegenwärtigen Prognosen werden die Planstellen der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen, die in den nächsten Jahren Pension gehen, nicht mehr besetzt werden können. Dies gilt für alle beruflichen Fachrichtungen. Als besonders gravierend erweist sich die Situation in den kommenden Jahren insbesondere in den beruflichen Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik.

Kurzfristig muss es daher gelingen, die Planstellen in den Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik zu besetzen. Dazu sind Sondermaßnahmen für Diplomingenieure mit Universitätsabschluss erforderlich, die im Vorbereitungsdienst in ihre schulische Tätigkeit eingewiesen werden. Traineemaßnahmen werden abgelehnt für Berufsfelder, in denen in Bayern grundlegende Studiengänge angeboten werden.

Langfristig muss es gelingen, dass in allen Fachbereichen mehr Studenten ihr Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen beginnen.

Der VLB fordert daher

- eine verbesserte Information der Berufsberater in den Agenturen der Bundesanstalt für Arbeit über das Lehramt an beruflichen Schulen;
- eine verbesserte Information und Werbung über das Lehramt in den Schulen, die mit einer Befähigung zum Hochschulstudium abschließen;
- eine verbesserte Information und Werbung über die Tätigkeit eines Lehrers an beruflichen Schulen;
- Befreiung der FH-Absolventen von der Vorprüfung, die ihre Diplomprüfung mit einer Durchschnittsnote von 2,5 und besser bestanden haben, wobei einschlägige Scheine aber nachgeholt werden müssen;
- Erleichterung des Übergangs für Studierende des Lehramts an Gymnasien in das Grundstudium für das Lehramt an beruflichen Schulen, indem ihnen die Scheine des Zweifaches angerechnet werden, wobei natürlich das gelenkte berufliche Praktikum nachgeholt werden muss;
- die Einführung von Anwärtersonderschlägen in den Mangelfächern;

- die Wiedereinführung der Tagegelder, die für eintägige Seminarveranstaltungen gestrichen wurden, da hier insbesondere Referendare in den weiträumigen Regierungsbezirken lange Fahrwege zurücklegen müssen;
- die Einführung des Verheiratetenzuschlags für Referendare für das Lehramt an beruflichen Schulen, da diese in der Regel älter sind als die anderer Schularten.

Quereinstieg an beruflichen Schulen

Diplomphysiker und -mathematiker sind als Lehrkräfte gefragt

Im kommenden Schuljahr bietet das Kultusministerium 30 Diplom-Physikern und Diplom-Mathematikern mit Nebenfach Physik oder Informatik die Möglichkeit, als Lehrer an beruflichen Schulen in den öffentlichen Schuldienst einzusteigen, sofern sie ihr Diplom an einer Universität erworben haben. Absolventen einer Fachhochschule können nicht berücksichtigt werden.

Bevorzugt werden Bewerber, welche die Diplomprüfung nach 2000 abgelegt und mit der Note gut oder besser bestanden haben. Sie sollen zu Beginn der Maßnahme das 42. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Nach erfolgreichem Abschluss eines zweijährigen Traineeprogramms im Angestelltenverhältnis besteht für den Bewerber die Möglichkeit, in die Beamtenlaufbahn des höheren Dienstes übernommen zu werden.

Die Bewerbungen sind bis spätestens 16. April 2007 an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Referat VII.6, 80327 München, zu richten. Vorzulegen sind neben dem Bewerbungsformular eine amtlich beglaubigte Kopie des Diplomzeugnisses sowie ein tabellarischer Lebenslauf. Das Traineeprogramm beginnt am 11. September 2007.

Weitere Informationen können im Internet abgerufen werden: www.stmuk.bayern.de/km/stellen/quereinstieg/

Dienstrecht aktuell



WOLFGANG LAMBL

Vorteilsannahme im Amt – Vorsicht bei der Annahme von Vergünstigungen, Belohnungen und Geschenken

Immer wieder werden Anfragen und Rechtsschutzanträge an die Rechtsabteilung des VLB bezüglich des Vorwurfs der Vorteilsannahme im Amt gerichtet. Nun hat sich auch das Kultusministerium zur Problematik der Vergünstigungen geäußert. Hauptpersonalrat und die Rechtsabteilung des VLB hatten mehrfach um eine Rechtsklarheit durch das Kultusministerium gebeten. In einem KMS vom 14.12.06 (Nr. II.5 – 5 P 4020-6.98116) bestätigt das Staatsministerium, dass die Straftatbestände der Vorteilsannahme und der Bestechlichkeit (§ 331 und 332 StGB) sich nun auch auf sogenannte Drittverträge erstreckt. „Seitdem kann auch die Annahme von Belohnungen und Geschenken für die Schule oder für Zwecke der Schule durch Lehrkräfte strafrechtliche Folgen haben.“ Wie sich aus diversen Strafverfahren ergeben hat, sind hier vor allem die Schulleiter die Leidtragenden. Der Rat, den die Rechtsabteilung in diversen Publikationen verbreitet hat, bei der Annahme von Zuwendungen vorher eine Genehmigung der Vorgesetzten einzuholen, wird in diesem KMS bestätigt. Das Ministerium teilt hierzu mit, dass die Strafbarkeit der Vorteilsannahme nämlich dann entfällt, wenn die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse die Annahme vorher genehmigt. Das Kultusministerium erwägt,

der Annahme von Belohnungen und Geschenken durch Lehrkräfte nach Art. 79 Satz 2 BayBG, § 3 Abs. 3 Satz 2 TV-L in unbedenklichen Fällen allgemein zuzustimmen. Hierzu werden derzeit über die Schulbehörden (KM-Regierungen-Schulämter) Umfragen an den Schulen durchgeführt, um Sachverhalte zu ermitteln, bei denen es typischerweise zum Angebot von Belohnungen und Geschenken kommt (Rückmeldung bis 1. März 2007). Zusätzlich teilt das Kultusministerium mit, dass bezüglich der Gewährung von Freiplätzen für Lehrkräfte durch Jugendherbergen ebenfalls eine gesonderte Ausnahmeregelung beabsichtigt ist. Die Rechtsabteilung des VLB weist nachdrücklich darauf hin, dass weiterhin bei der Annahme von Vergünstigungen für die Schule größtmögliche Vorsicht geboten ist bzw. vorher die Genehmigung des Dienstvorgesetzten bzw. der vorgesetzten Behörde einzuholen ist. Das Kultusministerium unterstreicht diese Gefahren, beabsichtigt aber sich dieser Problematik anzunehmen. Bis zu einer Rechtsklarheit wird sicherlich noch einige Zeit verstreichen.

An dieser Stelle sei den Juristen im Dienstleistungszentrum Süd für die vorzügliche Beratung und Vertretung der Verbandsmitglieder in rechtlichen Frage- und Problemstellungen ein großes Lob ausgesprochen!

Öffnungsaktion der privaten Krankenversicherung

Im Gegensatz zur privaten Krankenversicherung ist es der gesetzlichen Krankenversicherung nicht möglich, sog. beihilfekonforme Tarife anzubieten. Um Beamten und Versorgungsempfängern, die die in der Vergangenheit bestehenden Öffnungsaktionen nicht genutzt haben, auch weiterhin die Möglichkeit eines Zugangs zu den beihilfekonformen Tarifen der privaten Krankenversicherungsunternehmen zu eröffnen, führen die privaten Krankenversicherungsunternehmen seit 01.01.2005 nun eine weitere Öffnungsaktion durch.

- Im Rahmen dieser Aktion werden keine Anträge aus Risikogründen abgelehnt,
- keine Krankheitsausschlüsse festgeschrieben,
- Risikozuschläge – soweit überhaupt erforderlich – auf max. 30 v.H. begrenzt.

Diese zeitlich nicht befristete Öffnungsaktion gilt für Beamte und Versorgungsempfänger, die am 31.12.2004 freiwillig Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung waren, sowie deren Angehörige.

Weitere Informationen des Verbandes der Privaten Krankenversicherung

(PKV), finden sich auf den Internetseiten des Landesamtes der Finanzen (www.bfd.bayern.de) unter der Rubrik Informationen/Mitteilungen.

Präventionsprogramm soll „Lehrer fit für den Job“ machen – zweiter Teil der Potsdamer Lehrerstudie vorgestellt

Ein Präventions- und Gesundheitsförderungsprogramm für Lehrer ist am 12. Dezember 2006 in Berlin vorgestellt worden. Es ist das Ergebnis des zweiten Teils der vom dbb und seinen fünf Lehrgewerkschaften in Auftrag gegebenen Lehrerbelastungsstudie des Potsdamer Psychologieprofessors Uwe Schaarschmidt. „Wir wollten nicht bei der Analyse stehen bleiben, sondern konkrete Hilfestellung geben“, sagte dbb Chef Peter Heesen vor Beginn des Abschlusskongresses zu der Studie im dbb forum berlin.

Das Programm soll sowohl Lehrer im Beruf als auch Referendare und Lehramtsstudierende erfassen sowie am Beruf interessierte Abiturienten mit den Eignungsvoraussetzungen vertraut machen. Dazu gehört ein „Arbeitsbewertungs-Check“ für Lehrer und ein „Self-Assessment-Verfahren“ für Abiturienten. An der Tagung unter dem Motto „Fit für den Lehrerberuf“ nahmen Pädagogen, Wissenschaftler und Experten aus Schulen, Universitäten und Ministerien teil.

Heesen verwies auf die Ergebnisse des ersten Teils der Studie. Die Untersuchung im Auftrag des dbb hatte er-

geben, dass sich jeder zweite Lehrer in Deutschland durch den beruflichen Stress im Übermaß belastet fühlt und fast jeder dritte Anzeichen von Selbstüberforderung und Resignation zeigt. Diese dramatische Situation könne nicht allein von den Schulen verändert werden. „Die politisch Verantwortlichen sind gefordert“, sagte Heesen und fügte – an die Adresse der Kultusminister der Länder gerichtet – hinzu: „Die Rahmenbedingungen müssen sich verbessern.“ Der dbb Chef forderte zugleich, durch den Rückgang der Schülerzahlen in den nächsten Jahren frei werdende Mittel für Lehrerbildung und Schulen einzusetzen.

Zu den Hauptbelastungen der Lehrer im Berufsalltag zählen laut Schaarschmidt neben großen Klassen und hoher Stundenzahl schwieriges Schüler- und Elternverhalten, bürokratische Hürden, mangelnde Kontinuität durch ständige „Reformen und Reförmchen“ sowie fehlende Erholungsmöglichkeiten im Schulalltag. „Es muss sich etwas ändern am Arbeitstag des Lehrers“, sagte er. „Unsere Trainingsprogramme können dazu beitragen, die Widerstandsfähigkeit gegenüber den berufsspezifischen Belastungen zu stärken, Problembewältigungs- und sozial-kommunikative Kompetenzen zu verbessern.“

Abschaffung des Widerspruchsverfahrens

Der Verfassungsgerichtshof hat die probeweise Abschaffung des Widerspruchsverfahrens in Mittelfranken für verfassungsgemäß erklärt. Die Klage war im Rechtsschutz unseres Dachverbandes, des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), geführt worden. Der Verfassungsgerichtshof hatte in den Entscheidungsgründen allerdings anklingen lassen, dass die generelle Abschaffung des Widerspruchsverfahrens, wenn sie auf Dauer vorgesehen werde, auf rechtliche Bedenken stoßen könnte.

Nunmehr ist dem Vernehmen nach vom Bayerischen Staatsministerium des Innern geplant, einen Gesetzentwurf einzubringen, der eine modifizierte Lösung zum Gegenstand hat. Es soll für bestimmte Bereiche zwar

die Möglichkeit eröffnet werden, unmittelbar Klage bei dem zuständigen Verwaltungsgericht zu erheben. Daneben soll es jedoch wahlweise möglich sein, das Widerspruchsverfahren durchzuführen, d.h. gegen den anzugreifenden Verwaltungsakt Widerspruch einzulegen. Zu diesen Bereichen gehört auch der des Beamtenrechts. Der BBB würde eine solche Regelung begrüßen. Denn die völlige Abschaffung des Widerspruchsverfahrens hätte Rechtsnachteile gerade für Beamte gehabt. Das Widerspruchsverfahren ist für sie kostenfrei. Da gerade im Widerspruchsbescheid die Rechtslage häufig vertieft behandelt wird, hat dieses Verfahren gerade im Beamtenbereich auch befriedigende Wirkung.

Andererseits kann es auch durchaus von Vorteil sein, im Einzelfall auf das Widerspruchsverfahren zu verzichten. Das bietet sich insbesondere dann an, wenn schon im Verwaltungsverfahren erkennbar wird, dass dem Widerspruch mit Sicherheit nicht abgeholfen werden wird.

Allerdings ist das alles noch nicht „amtlich“. Erforderlich ist, dass der Innenminister eine solche Vorlage ggf. billigt und Kabinett sowie Landtag zustimmen. Die auf den Regierungsbezirk Mittelfranken erstreckte Regelung läuft am 1. Juli dieses Jahres aus.

Das Dilemma von Richtsätzen bei der dienstlichen Beurteilung

Seit es dienstliche Beurteilungen gibt, existiert ein geradezu klassischer Konflikt. Auf der einen Seite ist die dienstliche Beurteilung ein individueller Akt des wertenden Ermessens. Sie soll gerecht sein, das Leistungsbild des Beurteilten möglichst objektiv widerspiegeln. Auf der anderen Seite sind Beurteiler auch nur Menschen mit unterschiedlichen persönlichen Maßstäben. Die Ergebnisse fallen deshalb zwangsläufig auch unterschiedlich aus. Das wiederum beeinträchtigt die Bestenauslese. Um das zu vermeiden, wird mit Richtwerten, Quotenvorgaben und statistischen Erkenntnissen (Gauß'sche Glocke) gearbeitet. Dabei wird unterstellt, dass in dem jeweiligen Personalbereich das Gros der

Beamten eine Durchschnittsbeurteilung verdient und die Zahl der Spitzen- und Schlechtestwerte sich in engen Grenzen hält.

Solche Quotenvorgaben, um einen Oberbegriff zu wählen, werden von der Rechtsprechung als rechtens anerkannt, wenn es sich um größere Personalbereiche handelt. Der eingangs erwähnte Konflikt tut sich allerdings dann auf, wenn die Quotenvorgabe einer „gerechten“ Beurteilung im Wege steht. Das kommt immer wieder vor. Der Beurteiler hat das „Kontingent“ von Spitzenbeurteilungen bereits aufgebraucht und sieht sich deshalb außer Stande, ein weiteres Spitzenprädikat zu erteilen, obwohl es nach seiner Auffassung der betreffende Beschäftigte eigentlich verdient hätte.

Mit dieser Problematik hatte sich unlängst das Obergericht des Landes Nordrhein-Westfalen (Urteil vom 08.11.2005 – 6A1474/04) auseinandergesetzt. Dabei hat es, wie auch schon das Bundesverwaltungsgericht in ständiger Rechtsprechung, die Heranziehung von Richtsätzen für zulässig erachtet. Es bedürfe eines abstrakten Maßstabes; andernfalls wären Beurteilungen als Mittel der Bestenauslese ungeeignet. Dieser müsse sich am Status des Beamten bzw. den daraus abgeleiteten Anforderungen orientieren, um den Vergleich zu den amtsgleichen Beamten dieser Laufbahn darzustellen.

Das Gericht führt dann aber aus, dass diese Richtsätze nur einen Orientierungsrahmen bilden. Der übergeordnete Grundsatz der Richtigkeit der Beurteilung im Einzelfall dürfe nicht verhindert werden. In dem dort entschiedenen Fall hat nach Auffassung des Obergerichts das beklagte Land zwar den Richtsatzvorgaben Geltung verschafft, jedoch unter Preisgabe der Einzelfallgerechtigkeit, weil dem Kläger eine Spitzenbeurteilung ohne Rücksicht auf sein individuelles Leistungs- und Befähigungsprofil zwangsläufig vorenthalten blieb. Die Ergebnisrichtigkeit im Einzelfall blieb zu Lasten des Klägers auf der Strecke.

Das heißt mit anderen Worten, dass die Einzelfallgerechtigkeit Richtwerte

und Quotenvorgaben dominiert. Sie haben zurückzutreten und müssen im Zweifel auch so formuliert sein, dass dies augenfällig wird. Im allgemeinen Beurteilungsrecht in Bayern kommen sie auch nicht vor. Sie werden aber auch nicht untersagt, wie der BBB das fordert. In der Praxis spielen sie durchaus eine Rolle, auch wenn sie nicht als Richtwerte formuliert vorliegen.

Ein Weiteres wird in der zitierten Entscheidung angesprochen, was durchaus auch als gängige Praxis angenommen werden kann. Es kommt häufig, wie auch in diesem Fall, vor, dass ein Beurteilungsentwurf „stimmig“ oder „schlüssig“ gemacht wird. Das geschieht dann, wenn wegen Quotenüberschreitung im Erstentwurf das Gesamtpredikat heruntergestuft werden muss. Dann kann die Beurteilung bei unveränderten Einzelprädikaten unschlüssig erscheinen. Um das zu vermeiden, wird dann – nicht selten recht willkürlich – eines oder mehrere Einzelprädikate verschlechtert. Hier sagt das Obergericht, dass eine solche Vorgehensweise gegen das

Prinzip der Beurteilungswahrheit verstößt. Auch das macht eine Beurteilung rechtsfehlerhaft.

Auf einem anderen Blatt steht allerdings, wie sich eine solche Vorgehensweise auch beweisen lässt. Selbst wenn es auf der Hand liegt, dass eine Beurteilung nachträglich „schlüssig“ gemacht wurde, stellen manche Verwaltungsgerichte da recht penible Beweisanforderungen. Ein solcher Beweis kann im Allgemeinen nur dadurch erbracht werden, dass der Beurteiler selbst als Zeuge gehört wird. Wer aber sagt schon gerne gegen sich selbst aus? Ein solches Risiko wohnt jedoch fast jedem Beurteilungsprozess inne. Nicht zuletzt daran mag es liegen, dass wohl die weitaus meisten verloren gehen.

Zu Fragen im Zusammenhang mit der Dienstlichen Beurteilung steht Ihnen der HPR jederzeit zur Verfügung.

Quellen: BLLV-direkt und BBB-Nachrichten (Vielen Dank für die Unterstützung an Rolf Habermann, BBB-Vorsitzender)

Sonderbehandlung für Schulen:

Freistellung von Personalräten

ANTON GRAF/HERMANN RUPPRECHT

Das bayerische Personalvertretungsgesetz (BayPVG) sieht in Art. 46 Abs. 3 vor, dass Personalräte auf Antrag für ihre Aufgaben in angemessenem Umfang freigestellt werden müssen. Zudem darf es nach Art. 46 Abs. 2 BayPVG zur Versäumnis von Arbeitszeit kommen, wenn Personalratsaufgaben dies erfordern.

So ist nach Art. 46 Abs. 4 BayPVG in Dienststellen mit 400 bis 800 Beschäftigten auf Antrag ein Personalratsmitglied vollständig freizustellen, ab 801 Beschäftigten sind zwei Personalratsmitglieder vollständig freizustellen usw. Für Dienststellen mit weniger als 400 Beschäftigten gibt das BayPVG leider keine entsprechende Regelung vor.

Um für Dienststellen unter 400 Beschäftigten eine Gleichbehandlung zu gewährleisten, gab das Finanzministerium 1998 in einem Schreiben Richtwerte für die Freistellung vor:

- für unter 100 Beschäftigte den Faktor 0,2
- für 100 – 200 Beschäftigte den Faktor 0,4 usw.

Dies bedeutet, dass beispielsweise in einer Finanzbehörde mit 120 Beschäftigten die Freistellung für Personalratsarbeit 16,8 Arbeitsstunden (0,4 der Gesamtarbeitszeit von 42 Stunden) betragen kann.

Dieser Sachverhalt ist deshalb für Schulen interessant, weil das oben genannte Schreiben des Finanzministeriums im „Benennen mit den anderen Ministerien“ – ausdrücklich ist hier auch das Kultusministerium genannt

– erging. Aus unerfindlichen Gründen wurden die Richtwerte des Finanzministeriums für Schulen nicht übernommen: Es gilt nach wie vor ein KMS von 1981; hierin werden Personalräte an Schulen in wesentlich geringerem Umfang freigestellt. Für Dienststellen mit z.B. 120 Beschäftigten beträgt die Freistellung im Allgemeinen drei Unterrichtsstunden.

Würde man den Faktor des Finanzministeriums (0,4) auf die Unterrichtsstunden (Annahme: 25 Unterrichtsstunden) anwenden, ergäbe sich eine Freistellung von zehn Unterrichtsstunden (gegenüber 16,8 Stunden in anderen Behörden). Schulen erhalten somit nur etwa 30 Prozent der Freistellung laut FMS.

Dies war die Ausgangslage, in der sich der Personalrat der Berufsschule Hof – Stadt und Land – entschied, gegen die geringe Freistellung an Schulen zu klagen. Gefordert wurden in Anlehnung an das Schreiben des Finanzministeriums (FMS) – bei rund 130 Beschäftigten an der betreffenden Schule – insgesamt zehn Freistellungsstunden für den gesamten Personalrat, also für alle Personalratsmitglieder zusammen.

Vor dem Verwaltungsgericht Ansbach wurde schließlich ein Teilerfolg erzielt und eine Freistellung von 6 Unterrichtsstunden erreicht. Bemerkenswert an diesem Urteil ist, dass es von einem „krassen Missverhältnis zwischen den Freistellungsansprüchen an einer Schule und der in der sonstigen Verwaltung“ spricht. Außerdem hält das Gericht fest, dass Art. 46 Abs. 2 (Versäumnis von Arbeitszeit) im Schulbereich nicht greife, so dass eigentlich von vornherein eine höhere Freistellung nötig sei.

Gegen dieses Urteil legten beide Beteiligten Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof in München ein. Beide Beschwerden wurden allerdings vom Verwaltungsgerichtshof zurückgewiesen und das Urteil des Verwaltungsgerichts Ansbach bestätigt.

Das Urteil des VG (Ansbach) hat das Aktenzeichen AN 8 P 05.02353; das Urteil des VGH (München) 17 P 06.219. Beide Urteile können Personalvertretungen als Kopie von der Geschäftsstelle des VLB erhalten. <

Kommentar:

Personalräte an Schulen werden benachteiligt

HERMANN RUPPRECHT

Warum werden Personalräte, die Lehrer sind, weiterhin benachteiligt? Die Personalreferentin des Kultusministeriums brachte es während der Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof in München explizit zum Ausdruck: Personalräte könnten doch ihre Personalratsaufgaben auch während der Ferien erledigen. Das scheint mir des Pudels Kern zu sein. Wieder sind wir beim leidigen Thema Lehrerarbeitszeit. Eine eigene wissenschaftliche Studie in Bayern von der TU oder LMU München muss endlich durchgesetzt werden.

Der Gleichheitsgrundsatz aus Art 3 GG wird als nicht durchgreifend anerkannt, mit einer äußerst schwachen Begründung wird herumlaviert und so getan, als ob an Schulen ein wesentlich geringerer Aufwand für Personalratsaktivitäten bestünde als an anderen Ämtern. Von der KM-Seite konnte dies in keiner Weise verifiziert werden. Der geringere Aufwand wird einfach nur behauptet ohne stichhaltige Begründung. Der wirkliche Grund wurde nie genannt, nämlich deutlich höhere Kosten wie bisher. Diese Kosten können allerdings an

anderen Ministerien auch ohne Probleme geschultert werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass ein Arbeitsversäumnis wie in anderen Ämtern möglich an Schulen nicht praktiziert werden kann. Sonst müssten ja Unterrichtsstunden oder auch Vor- und Nachbereitungen ausfallen.

Auch das ganze Verfahren zur Vergabe der Freistellungsstunden ist äußerst fragwürdig. Wie kann ein Schulleiter denn entscheiden, welche Freistellung für die Personalratsarbeit erforderlich ist? Nach welchen Kriterien soll er das tun? Dafür gibt es ja die Richtlinien des Finanzministeriums.

Unverständlich bleibt, warum der Gesetzgeber nicht gleich eine anteilige Rückrechnung der Freistellung zulässt, 400 Beschäftigte entsprechen 25 Freistellungsstunden, die Beschäftigten an der Schule ergeben dann x Freistellungsstunden.

Es bleibt zu hoffen, dass Personalvertretungen an Schulen die eklatante Benachteiligung um 70 Prozent im Bereich der Freistellung nicht länger zulassen und ihre wichtigen Aufgaben nicht länger in ihrer Freizeit erledigen, sondern wie vom Gesetzgeber vorgesehen in ihrer Dienstzeit. <

Broschüre zum neuen Beihilferecht

Als Serviceleistung des VLB steht Ihnen ab April über die Kontaktkollegen eine Informationsbroschüre zum neuen Beihilferecht zur Einsicht zur Verfügung.

Hochschultage Berufliche Bildung im März 2008 in Nürnberg – ein Einladung zur Beteiligung:

Qualität in Schule und Betrieb – Forschungsergebnisse und gute Praxis

KARL WILBERS

Qualität: Ein Plastikwort?

Plastikwörter sind in der Sprachwissenschaft Wörter, deren Funktion wichtiger als der Inhalt ist. Plastikwörter sind Dietriche des Alltags, sie erschließen riesige Räume und sie besitzen einen guten, oft wissenschaftlichen Klang. Das Wort „Qualität“ ist schon im Alltag ein breit einsetzbares Instrument. Im wissenschaftlichen Qualitätsdiskurs meint Qualität die Übereinstimmung festgestellter Merkmale mit vorab festgelegten Anforderungen einer Einheit, zum Beispiel einer Schule oder eines Trainings. Schon dieses einfache Verständnis von Qualität führt zu zwei Teilprozessen des Ringens um Qualität.

- Erstens werden vorab festgelegte Anforderungen vorausgesetzt und sind mithin festzulegen. Diese Anforderungen bedeuten Sollmerkmale der Einheit. Diese Merkmale werden – in einer Qualitätsplanung – normativ gesetzt und legitimiert. Sie sind nicht wahr oder falsch, sondern berechtigt, legitimiert oder nicht. Bei der Legitimation spielt der Rückgriff auf übergeordnete Ziele, z.B. die Ziele der Unternehmung oder des Bildungssystems eine große Rolle, auch dann, wenn sich die Ziele selten bruchlos aus übergeordneten Zielen ergeben. So werden Ziele der betrieblichen Bildungseinheit oder Ziele eines Trainingsprogramms in den Dienst der Ziele eines Unternehmensbereichs gestellt. Die Qualität beruflicher Bildung wird an die zentralen Prozesse in den Unternehmen rückgebunden. Gewünschte Merkmale von beruflichen Schulen werden vor dem Hintergrund der Ziele beruflicher Schulen bedacht.

- Andererseits bedarf das Ringen um Qualität – zweitens – der Antwort auf die Frage, wie die Merkmale ausgeprägt sind. Das Vorliegen dieser Merkmale wird – in einer Qualitätsüberprüfung – beschrieben. Diese Beschreibung trifft zu – ist wahr – oder nicht. Bei unterschiedlichen ‚Einheiten‘ werden dabei unterschiedliche Sprechweisen verwendet. So spricht man bei Menschen, Trainern, Lehrern und Lernern von Diagnose oder Assessment, bei Unterricht und Training von Unterrichts- und Trainingsevaluation, bei Schulen von Schulevaluation. Eng mit diesem Begriffsfeld verbunden sind Kontrolle und Überwachung. Bei der Feststellung von Merkmalen werden mehr oder weniger ausgefeilte Methoden verwendet.

Qualität auf verschiedenen Ebenen der Berufsbildung

Qualität wird auf verschiedenen Ebenen der Berufsbildung relevant. „Einheit“ tritt im komplexen Gefüge der Berufsbildung vielgestaltig auf:

- Lernende, Trainer, Lehrkräfte oder andere pädagogische Professionals: Für pädagogische Professionals und ihre Gegenüber, die Lernenden in der beruflichen Bildung, wird versucht, Sollmerkmale zu bestimmen und Formen der Diagnose bzw. des Assessments zu finden. Auf einer übergeordneten Ebene wird versucht, die so – normativ (Qualitätsplanung) oder deskriptiv (Qualitätsüberprüfung) – fixierten Kompetenzen in europäischen Qualifikationsrahmen (EQR/EQF) und nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) abzubilden und, etwa mit Hilfe eines europäischen Kredit-

transfersystems (ECVET) konvertibel zu machen.

- Unterricht/Training: Die Unterrichtsevaluation wird zurzeit noch stark von wenigen Ansätzen in der pädagogischen Psychologie dominiert. Demgegenüber konzentriert sich die Trainingsevaluation immer noch stark auf die Frage nach dem Return-on-Investment (ROI). Für die berufliche Bildung stellt sich die Frage nach spezifischen Qualitätsmerkmalen beruflicher Lehr- und Lernprozesse.
- Institutionen: Bildungsinstitutionen – Schulen, Unternehmensabteilungen, Weiterbildungseinrichtungen – sind in den letzten Jahren zunehmend einer Evaluation verpflichtet worden. Bildungsabteilungen in Unternehmen stehen in einem hohen Druck der Rechenschaftslegung. Auch berufliche Schulen sind – obwohl PISA berufliche Schulen nicht berücksichtigte – in den Sog des Qualitätsdiskurses gekommen.
- Zusammenspiel von Institutionen: Für das Zusammenspiel von Institutionen in der beruflichen Bildung – vor allem das Zusammenspiel von Unternehmen und beruflichen Schulen – werden schon lange Soll-Vorstellungen, vornehmlich in Appellen, geäußert. Unterentwickelt sind demgegenüber Fragen des Zusammenspiels anderer Institutionen, z.B. solcher der beruflichen Bildung mit denen der Sozialarbeit oder von Universitäten und beruflichen Schulen beispielsweise im Rahmen dualer Studienmodelle. Auch für die Qualitätsüberprüfung liegen allenfalls erste Überlegungen aus der Netzwerktheorie vor.
- Bildungssystem: Seit PISA kann die Diskussion um Bildungsqualität zur prime-time im Fernsehen geführt werden. In der beruflichen Bildung wird die Diskussion um die Systematisierung der Kompetenzen im Rahmen des EQR-NQR-Prozesses vor dem Hintergrund der Durchlässigkeit, geführt. Für den beruflichen Bereich stellt sich dabei beispielsweise die Frage,

wie sich das Verhältnis von Bachelor- und Master-Abschlüssen der klassischen Hochschulwelt mit den schulischen Abschlüssen und den Abschlüssen in der Weiterbildung austarieren wird bzw. austarieren lässt.

Die Auseinandersetzung um Qualität beruflicher Bildung betrifft systematisch alle genannten Ebenen, die in einer komplexen Wechselwirkung stehen. In den Auseinandersetzungen auf den Hochschultagen bietet sich jedoch in den Vorträgen, Workshops und Fachtagungen eine Konzentration auf eine dieser Ebenen an. Auch innerhalb dieser Ebene lassen sich Schwerpunkte, z.B. auf der Ebene der Lerner die Konzentration Lerner mit Migrationshintergrund, bilden.

Steuerungs- und Finanzdefizite als Motoren der Qualitätsdebatte in der beruflichen Bildung

Das Ringen um Qualität in Schule und Betrieb ist aktuell, was sich vor allem auf zwei Ursachen zurückführen lässt:

- **Steuerungsdefizite:** In hochkomplexen, dynamischen Gesellschaften versagen klassische – meist bürokratische – Instrumente der Steuerung zunehmend. Vor diesem Hintergrund experimentieren Unternehmen und Staat mit neuen Modellen der Steuerung. Eine typische Lösungsstrategie versucht die Autonomie der einzelnen Einheiten zu erhöhen und die einzelnen Einheiten für ihren Output Rechenschaft ablegen zu lassen. Detaillierte Regelungen zu einzelnen Prozessen sollen zugunsten einer sorgfältigen Betrachtung des Outputs nicht mehr erfolgen. Im Bereich der Schulen soll die Schulautonomie gefördert werden. Detaillierte Regelungen zu den Inputs, z.B. traditionellen Lehrplänen oder Regularien zur Lehrerqualifikation, sollen zurückgefahren werden zugunsten von Bildungsstandards in einzelnen Fächern oder Standards für pädagogische Professionals.
- **Wirtschaftlichkeit und Finanzdefizite:** Die hohen Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit der Bildung

und die inzwischen fast chronische Unterfinanzierung von Teilen des Bildungssystems fragen danach, was trotz des Mittelumfangs überhaupt noch möglich ist. Betroffene erleben, dass die Qualitätsansprüche an die Outputs steigen (Outputqualität), dass aber gleichzeitig die Inputqualität sinkt, z.B. durch höhere Unterrichtsverpflichtungen oder geringere personelle und finanzielle Mittel. Einige Verantwortliche scheinen dies als Trainingsmaßnahme für das Bildungssystem zu sehen, in dem es im Zuge der Globalisierung darum geht, einen scheinbar noch vorhandenen Speck weg zu trainieren.

Qualität beruflicher Bildung: Der systemische Zusammenhang von Kontext – Input – Prozesse – Output

Diese aktuelle Sichtweise neigt dazu, sich einseitig auf Outputs zu konzentrieren und den systemischen Zusammenhang von Bildung bzw. von Bildungsqualität zu verkennen. Notwendig ist jedoch ein systemischer Zugriff, der sich wie folgt darstellt:

- **Kontext:** In einer systemtheoretischen Sicht werden, wenn auch selten mechanisch, Input im Zuge von Prozessen in Output transformiert. Dies geschieht jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern in einem spezifischen Kontext. Der im Auftrag der Kultusministerkonferenz erstellte Bildungsbericht führt in diesem Zusammenhang Faktoren wie Bildungsausgaben oder Bildungszeiten an.
- **Input:** Inputs sind zunächst die menschlichen Komponenten des Bildungssystems, vor allem die Lerner und ihre Ausgangslage oder die pädagogischen Professionals. Die Qualität der Lerner war in den letzten Jahren – unter dem Stichwort „Ausbildungsreife“ – Gegenstand hitziger Diskussion. Die Schelte bezüglich der Qualität von Lehrkräften sowie Ansätze zum train-the-trainer haben inzwischen einige Tradition.
- **Prozesse:** Prozesse meint die Kernprozesse beruflicher Bildung (Leh-

ren, Lernen, Trainieren, Beraten, Coachen etc.), Führungsprozesse, aber auch notwendige Unterstützungsprozesse, z.B. der Weiterbildung pädagogischer Professionals.

- **Output:** Der Output meint die erworbenen fachlichen und überfachlichen Kompetenzen im Anschluss des Lehr-/Lernprozesses (learning), der Transfer des Erlernenen auf Situationen des „wirklichen Lebens“ (behavior) sowie die Veränderungen der Situationen selbst (results).

Aktuelle Ansätze versuchen einem solchem ganzheitlichen Zugriff gerecht zu werden. So sieht auf der Ebene der Institutionen die Evaluation der staatlichen Schulen in Bayern vier Qualitätsbereiche vor, nämlich die Rahmenbedingungen, die Prozessqualitäten Schule, die Prozessqualitäten Unterricht und Erziehung sowie die Ergebnisse der schulischen Arbeit und des Umgangs mit diesen Ergebnissen. Auf der Ebene der Bildungssysteme sieht der internationale Vergleich von Bildungssystemen – beispielsweise in den regelmäßigen Bericht „education at a glance“ – eine Orientierung an Input, Prozess und Output-Faktoren vor. Diese Logik wird im Rahmen einer Machbarkeitsstudie für den internationalen Vergleich der Berufsbildungssysteme auch von der Arbeitsgruppe um Achtenhagen und Baethge aufgegriffen.

Qualitätsmanagement

Das Ringen um Qualität ist in Unternehmen und Schulen nicht Selbstzweck. Im Hintergrund steht das Bemühen, die Differenz zwischen gesollten Merkmalen und festgestellten Merkmalen im Rahmen eines Qualitätsmanagements zu verringern. Für ein solches Qualitätsmanagement werden üblicherweise Phasenmodelle entworfen, wie etwa der Deming-Kreis (plan – do – check – act): Qualitätsmanagement meint dann die Qualitätsplanung (plan), die Durchführung von Maßnahmen zur Erreichung der gewünschten Qualität (do), die Überprüfung der erreichten Übereinstimmung (check) sowie Überführung

in Folgemaßnahmen, z.B. der Verbesserung, der Verankerung, Standardisierung etc. (act).

Ganze so genannte Q-Systeme verankern derartige Schrittfolgen. So wird im Rahmen des Nürnberger Qualitätsmanagements an beruflichen Schulen (NQS) eine Fixierung von Etappenzielen und Jahreszielen, die sich anschließende Umsetzung in Teams und die Durchführung einer Bilanzkonferenz vorgesehen. Dabei machen solche Systeme nicht immer klar ausgedrückte Annahmen, ob beispielsweise die Evaluation durch Externe oder Interne Vorrang haben. Für die berufliche Bildung ist eine Vielfalt solcher Systeme – um nicht zu sagen: ein Wildwuchs – solcher Systeme festzustellen. Relativ kompakten Systemen, die auf einzelne Einheiten zielen, stehen eine Vielzahl von Eigenentwicklungen, fragmentierten Einzeltools oder Leitvorstellungen gegenüber. Hinzu kommen generische, d.h. ursprünglich nicht spezifisch auf berufliche Bildung zugeschnittene Systeme, beispielsweise das EFQM-Modell oder die ISO-Normenreihe.

Das Ringen um Qualität im hier verstandenen Sinne oder die Einführung eines der genannten

Q-Systeme stellt oft eine Neuerung für die einzelnen Einheiten dar. Insofern führt dies zu Veränderungsprozessen, die gestaltet werden wollen (change management).

Mögliche Fragen der Hochschultage für Berufliche Bildung 2008

Auf den Hochschultagen Berufliche Bildung bieten sich daher folgende Leitfragen entlang des Qualitätskreises zur Bearbeitung an:

- **Qualitätsplanung (plan):** Welche Merkmale sollten einzelne Einheiten der beruflichen Bildung (Lerner, pädagogische Professionals, Institutionen, Zusammenspiel der Institutionen, Bildungssysteme) haben? Wie findet sich dies in gängigen Systemen wieder?
- **Qualitätsbeeinflussung (act):** Wie kann die Qualität einzelner Einheiten auf den verschiedenen Stufen des Berufsbildungssystems (Lerner, pädagogische Professio-

nals, Institutionen, Zusammenspiel der Institutionen, Bildungssysteme) nachhaltig beeinflusst werden?

- **Qualitätsüberprüfung (check):** Wie können die aktuellen Merkmale der einzelnen Einheiten festgestellt werden? Welche Methoden stehen zur Verfügung? Welche Erkenntnisse und Erfahrungen liegen zu diesen Methoden vor?
- **Qualitätsverankerung (do):** Wie können auf Basis der Ergebnisse der Qualitätsüberprüfung Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität dauerhaft verankert werden?

Auf einer den Qualitätskreis übergreifenden Ebene wird die Auseinandersetzung auf die Vielfalt der einzelnen Q-Systeme sowie Fragen des Veränderungsmanagements gelenkt. Hier

stellen sich beispielsweise folgende Fragen:

- Was sind wissenschaftliche Erkenntnisse und gute Praxis zu einzelnen Q-Systemen in der beruflichen Bildung? In welchem Verhältnis stehen das Qualitätsmanagement für berufliche Bildung zu übergreifendem Qualitätsmanagement in einzelnen Institutionen?
- Was sind wissenschaftliche Erkenntnisse und gute Praxis im Management qualitätsorientierter Veränderungen (Change Management) in der beruflichen Bildung?

Die Leser der VLB-Akzente sind herzlich eingeladen, zusammen mit Wissenschaftlern und Vertretern aus der Unternehmenspraxis zur Klärung dieser Fragen beizutragen. <

15. Hochschultage Berufliche Bildung 2008



Qualität in Schule und Betrieb: Forschungsergebnisse und gute Praxis

Nürnberg, 12. – 14. März 2008

Aufruf zur Beteiligung an die Leserinnen und Leser der VLB-akzente!

Lehrkräfte, Schulleitungen, Studienseminare und Vertreterinnen und Vertreter aus der Schuladministration, Bildungsadministration und Bildungspolitik sind zur Beteiligung an den Hochschultagen in Nürnberg herzlich eingeladen. Es steht eine Fülle von Beteiligungsformen zur Verfügung, z.B. Poster zu Schulprojekten oder Workshops. Weitere Informationen unter

www.hochschultage-2008.de

Ansprechpartner: Dipl.-Hdl. Kai Hegmann, StR, Geschäftsführer der Hochschultage, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Seminarlehrer | Seminarvorstände | Schulleiter

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

Einladung zur Fachtagung

Thema:
Neue Strukturen und Entwicklungen in der Seminarbildung

Samstag, 5. Mai 2007

Staatliche Berufsschule II, Leo-von-Klenze-Schule
Am Brückenkopf 1, 85051 Ingolstadt

Programmablauf

bis 10.00 Uhr Ankommen – Anmeldung – Kaffee – Gespräche

10.00 Uhr Begrüßung
Heiko Pohlmann, Richard Lacher

10.15 Uhr Informationen zur Seminarbildung
Mdgt. Dr. Peter Müller, Leiter der Abteilung VII,
Berufliche Schulen im Kultusministerium

11.15 Uhr Nachgefragt
Fragen aus dem Publikum und Diskussion mit
Mdgt. Dr. Peter Müller
Moderation: Heiko Pohlmann,
Referent für Lehrerbildung im VLB

12.15 Uhr Mittagessen

13.30 Uhr Wege zur Förderung selbstgesteuerten Lernens in der
beruflichen Bildung – dargestellt an Beispielen aus Modell-
versuchen
Prof. Dr. Günter Pätzold, Universität Dortmund,
Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaften und
Berufspädagogik

15.30 Uhr Was bleibt? Zusammenfassung – Positionen – Forderungen
Hans Käfler, Landesvorsitzender des VLB

Anmeldung bis spätestens 30. April 2007 zur Fachtagung per

Fax: (089) 55 04 44 3, E-Mail: info@vlb-bayern.de oder
Internet: www.vlb-bayern.de

Bundesweite Referententagung in Thomasberg:

Bundesweite Kooperation der Lehr- kräfte im fachprak- tischen Unterricht – wichtiger denn je!

REINHARD KÜFFNER

Der stellvertretende Landesvorsitzen-
de des VLB und Referent für Dienst-
recht im BLBS, Wolfgang Lambl, die
Vorsitzende des VLB-Bezirks Un-
terfranken, Dorothea Helbig, sowie
Reinhard Küffner, Referent für Fach-
lehrerfragen im VLB, vertreten Bay-
ern beim BLBS-Seminar an der DBB-
Akademie in Königswinter/Thomas-
berg. Das breit gefächerte Programm
ging dabei vom Einsatz der Lehrer
im praktischen Unterricht, über Lauf-
bahn und Ausbildung bis hin zu einer
bald vorzunehmenden Eingruppie-
rung in einem zunächst deutschen und
später europäischen Bildungsrahmen.

Von den Teilnehmern aus acht Bun-
desländern (Baden Württemberg, Bay-
ern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-
Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig
Holstein und Thüringen) wurde es stark
bedauert, dass es die Verbände für Leh-
rer/innen an beruflichen Schulen aus
den restlichen Bundesländern offen-
sichtlich nicht für so wichtig erachten,
eine Vertreterin/einen Vertreter zum
Meinungsaustausch auf Bundesebene
zu schicken. Dabei wäre es beispie-
lweise sehr interessant zu erfahren, wie
Bundesländer ohne „Praktische Fach-
kunde“ die vielen neuen und im Prin-
zip bundesweit gültigen Lehrpläne mit
den eindeutig formulierten handlungs-
orientierten Ansätzen in Lernfeldern
erfüllen können.

Ein Dauerbrenner bei Tagungen die-
ser Art sind natürlich auch die nach wie
vor extrem unterschiedlichen Verord-
nungen zur Ausbildung, zum Einsatz
und zur Laufbahn dieser Lehrergrop-
pe. Die Teilnehmer der Tagung poch-
ten deshalb zu Recht darauf, dass das in
diesem Kreis erarbeitete „Thomasber-
ger Eckpunktepapier“ einerseits stän-
dig fortgeschrieben werden muss und

andererseits auch endlich mehr zum
Tragen kommt. Von den Teilnehmern
kam deshalb auch die Bitte, den neu
geschaffenen Referenten für die Fach-
lehrerausbildung beim BLBS zu beset-
zen und nicht wie bisher in Personalun-
ion beim stellvertretenden Bundes-
vorsitzenden und FL-Kollegen Horst
Henning Wilke zu belassen. Dies soll
dazu führen, dass die Präsenz der Fach-
lehrer im BLBS vergrößert und Horst
Henning Wilke in seiner Arbeit für den
Bundesverband und für die Fachlehrer/
innen entlastet wird.

Ein hoch interessantes Referat hielt
Peter Lange, Referent am Kultusmi-
nisterium in Niedersachsen. Dabei er-
läuterte er neben einigen Fragen zu
der in diesem Bundesland neu geord-
neten Fachlehrerausbildung vor allem
die immer näher rückende Eingrup-
pierung aller einer Tätigkeit nachge-
henden Menschen innerhalb der EU
in einen sogenannten „Europäischen
Qualifikationsrahmen“ in acht aufstei-
genden Gruppen. Nicht nur aus stan-
despolitischen Erwägungen heraus ist
es sehr wichtig, aufmerksam zu verfol-
gen, wie Berufsschullehrer im Allge-
meinen und Fachlehrer im Besonde-
ren hier einmal bewertet werden.

Die Tagung zeigte einmal mehr, dass
sich das Bundesland Bayern grundsätz-
lich auch bei den Themen rund um die
„Lehrkräfte für Fachpraxis“ – leider
gibt es in Deutschland nicht einmal ei-
ne einheitliche Bezeichnung – nicht
verstecken muss. Dennoch gibt es in
einigen Bundesländern auch Entwick-
lungen, die einer näheren Betrachtung
wert sind und durchaus auch Bayern
gut zu Gesicht stehen würden – man
denke hier nur einmal an eine wie auch
immer strukturierte Begleitung frisch
ausgebildeter Fachlehrer/innen im er-
sten Dienstjahr.

Es wird auch künftig nötig sein, den
berühmten „Blick über den Tellerrand“
zu behalten. Die Halbwertszeiten von
Ausbildungsverordnungen, von neu-
en Techniken und damit Berufen, von
neuen Erkenntnissen im Lehrbereich
usw. werden immer kürzer. Hier gilt
es, auf Veränderungen rechtzeitig und
richtig zu reagieren. Eine gegenseitiger
Erfahrungsaustausch auf Bundesebene
ist deshalb unerlässlich. <

Kaffee-Profis!



Die
Intuitive

519,-

Einfache Bedienung!

Jura Impressa C 5 schwarz. Die Impressa C5
demonstriert, wie schön und einfach perfekter Kaffee-
genuss sein kann. Dank 15 bar Pumpendruck,
1.450 Watt Leistung, Aufschäumhilfe, Spülfunktion
und Entkalkungsprogramm wird Ihr Espresso,
Capuccino und Kaffee zum einmaligen Erlebnis!
142 079

617,61 inkl. MWSt



Die
Interaktive

617,-

Interaktives Display!

Jura Impressa F 50 platin. Die IMPRESSA F 50
spricht Klartext mit Ihnen. Folgende Einstellungen
können Sie im Handumdrehen vornehmen: Sprach-
wahl, Verwendung der CLARIS-Filterpatrone,
Einstellung der Wasserhärte, Aromastufen- und
Temperaturwahl, Uhrzeit, automatische Ein- und
Ausschaltung. Inkl. Easy Auto Cappuccino Düse
für perfekten Cappuccino.
534 084

734,23 inkl. MWSt



Die
Ikone

855,-

Perfektes Design!

Jura Impressa F 9 pianoblack-chrom. Die Bedienung
erfolgt einfach über den Touchscreen. Das Easy-
Select bietet 36 Kaffeevariationen à la carte und mit
dem Profi-Auto-Cappuccino bereiten Sie perfekten
Milchschaum auf Knopfdruck. Auch Espresso oder
Tee lassen sich im Handumdrehen zubereiten.
771 279

1017,45 inkl. MWSt

Alle Preisangaben Stand 05.03.2007

TECHNIKdirekt.de
business
Telefon: 09 31-9 70 84 56
www.technikdirekt-business.de

Arbeitstagung für Lehrkräfte an Fachoberschulen und Berufsoberschulen

Berufliche Oberschule – die neue Chance?

Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) lädt Sie herzlich zu einer Informations- und Fortbildungsveranstaltung ein, die sich mit der Standortbestimmung der Beruflichen Oberschule befasst.

Samstag, 28. April 2007

Staatl. Fachoberschule und Berufsoberschule
Wippenhauser Straße 64, 85354 Freising

Programmablauf

10.00 Uhr Begrüßung. Hans Käfler, Kurt Laubmaier

10.30 Uhr Impulsreferat Dr. Fußstetter. Externe Evaluation – und dann?
Zum Zusammenhang zwischen Schulqualität und Schulautonomie

11.00 Uhr Impulsreferat MR Günter Liebl. Berufliche Oberschule –
Aufbruch zu neuen Zielen

11.30 Uhr Podiumsdiskussion. Berufliche Oberschule im Spannungsfeld
von Erwartungen. Moderation: Michael Birner
Vertreter der Bildungspartner (Wirtschaft, Eltern, Zubringer-
schulen, Hochschulen) und der Beruflichen Oberschule diskutieren
die gegenseitigen Erwartungen

12.30 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr Arbeitskreise

1. Einstiegsqualifikation der Fachoberschüler
Wolfgang Ries, Rudolf Geier, Reinhard Hornauer
2. Seminaristische Arbeit
Friedrich Heyder, Martin Pfannenstein
3. Oberstufengerechtes Lernen
Dieter Karg
4. Evaluation an Beruflichen Oberschulen
Marianne Grimm, Rita Hof
5. FOS 13 und weitere Neuerungen einschl. FOBOSO
Hans Dietrich, Irmgard Kunzfeld
6. Personal- und Dienstrecht
Wolfgang Lambl, Horst Hackel

14.45 Uhr Präsentation von Arbeitsergebnissen

15.15 Uhr Gesamtschau, Schlusswort. Hans Käfler, Michael Birner

Vorgesehen ist eine begleitende Ausstellung der Schulbuchverlage.

Die Anerkennung der Veranstaltung als die Lehrerfortbildung ergänzende
Maßnahme ist beantragt.

Ihre Anmeldung erbitten wir bis spätestens 19. April 2007 per Telefax:
089 - 5 50 44 43 oder E-Mail: info@vlb-bayern.de

Fax Anmeldung

Anmeldung zur Arbeits-
tagung Berufliche Ober-
schule – die neue Chance

Fax: 089 - 5 50 44 43

Absender

Ich möchte am

- Arbeitskreis 1:**
Einstiegsqualifikation der
Fachoberschüler
- Arbeitskreis 2:**
Seminaristische Arbeit
- Arbeitskreis 3:**
Oberstufengerechtes Lernen
- Arbeitskreis 4:**
Evaluation an Beruflichen
Oberschulen
- Arbeitskreis 5:**
FOS 13 und weitere Neue-
rungen einschl. FOBOSO
- Arbeitskreis 6:**
Personal- und Dienstrecht

teilnehmen.

Datum

Unterschrift

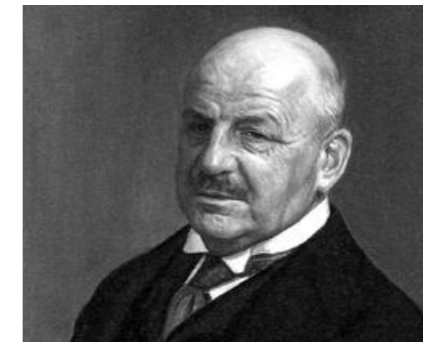
Alfred Lichtwark und die Kunsterziehungsbewegung

PETER THIEL

Da stellt ein kritischer Geist fest, die Schule gehe nur vom Stoff aus und bleibe geradezu an diesem kleben. Könnte das nicht einer von heute sein? Einer der mal wieder Klage führt über die Schule? Gut möglich, doch das Monitum liegt fast hundert Jahre zurück und stammt aus einer Erklärung von 1903, formuliert anlässlich des damaligen „Kunsterziehungstages“ in Weimar. Verfasser der kritischen Worte ist Alfred Lichtwark. Er wird den Reformpädagogen zugeordnet und in die Rubrik Kunsterziehungsbewegung eingereiht. Dort zählt er zu den Protagonisten. „Mit ihrer ausschließlichen Sorge um den Lehrstoff hat die Schule satt gemacht“, sagt Lichtwark. „Sie sollte aber hungrig machen“.

Vor der Geschmacksverödung bewahren

Beleuchten wir zunächst ein wenig den kulturellen Hintergrund: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bemängeln Künstler und Pädagogen – dass die Schule Gemüt und Phantasie der Kinder zu wenig anspreche. Der Unterricht wird als zu kopflastig empfunden. Es ist die Zeit der Industrialisierung Deutschlands. Das Handwerklich-Künstlerische weicht der Produktion von fabrikmäßig hergestellter Massenware, der Konsum von Ramsch und Kitsch greift um sich. Diese kulturelle Großwetterlage bereitet der genannten Protestgruppe Unbehagen. Es entsteht eine Bewegung, deren Ziel es ist, die schöpferischen Kräfte des Einzelnen zu aktivieren, ihn vor der Geschmacksverödung zu bewahren und für die Kunst zu gewinnen.



Kunsterziehungstage mit starker Rückwirkung

Auf dem Büchermarkt erscheint zu dieser Zeit der Titel „Rembrandt als Erzieher“. Der Autor Julius Lang-behn, ebenfalls ein Reformler, gerät unter der Bezeichnung „Rembrandtdeutscher“ später politisch in die „Schusslinie“, weil seine romantisch-verklärte Position Missverständnisse auslöst. Generell jedoch sieht die Kunsterziehungsbewegung im Schöpferisch-Irrationalen eine entscheidende Kraft ganzheitlicher Menschenbildung.

In diesem Sinne denkt und wirkt auch Alfred Lichtwark. Er ist der Kopf einer 1896 entstehenden Hamburger „Lehrervereinigung zur Pflege der künstlerischen Bildung in der Schule“ und Autor der „Übungen im Betrachten von Kunstwerken“, welche 1898 erscheinen.

In den Jahren 1901, 1903 und 1905 finden in verschiedenen deutschen Städten „Kunsterziehungstage“ statt. Sie haben eine starke Rückwirkung auf die Schule. Vorübergehend wird die Kunsterziehungsbewegung zur bestimmenden Kraft der Reformpädagogik.

Ein kurvenreicher Lebensweg

Verfolgen wir Lichtwarks Werdegang, so stoßen wir auf einen sehr kurvenreichen Lebensweg. Unser Protagonist kommt 1852 in der Hamburger Stadtrandgemeinde Reitbrook zur Welt. Der Vater betreibt eine Mühle, in deren Idylle sich die kindliche Erlebnisfähigkeit entfalten kann. Zunächst wenigstens. Dann schlägt das Schicksal zu: Die Mühle macht bankrott, der Vater trinkt, und die Familie gerät in den Strudel des sozialen Abstiegs. Der Junge muss eine Armenschule besuchen, erweist sich je-

doch als glänzender Schüler. Zeitweise wird er zur Betreuung Jüngerer eingesetzt. Der Rektor empfiehlt ihm Lehrer zu werden. Lichtwark folgt dem Rat. Ab 1867 unterrichtet er als Lehrergehilfe an einer „Freischule für Mittellose“. Zwölf Jahre verbringt er nun mit großer Begeisterung an verschiedenen Schulen der Hansestadt. Er ist Pädagoge mit voller Hingabe.

Auf Grund seiner Neigung zur Kunst beauftragt ihn die Hamburger Gewerbetkammer eine kunstgewerbliche Museumssammlung aufzubauen. Diese entsteht im Geiste Gottfried Sempers, der bereits 1848 feststellt: „Die Sammlungen und die öffentlichen Monumente sind die wahren Lehrer eines freien Volkes. Sie sind ... Schulen des allgemeinen Volksgeschmacks“.

Studienjahre

Lichtwark hält mit seiner Bildungsvorstellung nicht hinterm Berg, geht unter die Leute und erregt viel Aufmerksamkeit. Noch gilt er als Selfmademan. Dann jedoch erhält er von einem Hamburger Kaufmann ein Stipendium und kann studieren. Er schreibt sich in Leipzig ein: Hauptfach Kunst, daneben Philosophie und Volkswirtschaft. Nach einem kurzen Intermezzo wechselt er nach Berlin, wo das Kunstgewerbemuseum eine wissenschaftliche Hilfskraft sucht.

Seit der Reichsgründung 1871 ist Berlin Weltstadt. Die Kulturszene jedoch empfindet Lichtwark als unterentwickelt. Neben dem Studium arbeitet er im genannten Kunstgewerbemuseum und schreibt an seiner Dissertation. „Ornamentstiche der Frührenaissance“, lautet das Thema. Wirklich exotisch! Es wird eine bahnbrechende Arbeit mit großer Anerkennung. Dann folgt eine fruchtbare journalistische Phase: Lichtwark schreibt über alles, was das Berliner Kulturleben hergibt.

Klinger, Marées, Böcklin u. a.

Entscheidend für seine weitere Entwicklung ist der Kontakt zu führenden Künstlern der Berliner Szene. Er begegnet u. a. Max Klinger, Hans von Marées, Arnold Böcklin. Über seinen Umgang mit Böcklin erklärt er spä-

ter: „Wir lernten Dinge wieder sehen, die mehr als ein Menschenalter nicht beachtet oder gar verpönt waren, die frühlinggrüne Wiese, den blauen Himmel nach einem Regen, das schwarzdunkle Wasser ...“. Ohne Zweifel: Berlin wird zur entscheidenden Station in Lichtwarks kunstpädagogischer Entwicklung.

Hamburg ruft

1886 folgt er dem Ruf seiner Heimatstadt. Dort braucht man einen neuen Direktor für die Kunsthalle. Die Hansestadt erlebt zu diesem Zeitpunkt einen immensen wirtschaftlichen Aufschwung. In kultureller Hinsicht allerdings hinkt sie hinter anderen deutschen Großstädten her. Deshalb fällt Lichtwark die Entscheidung zum Ortswechsel nicht leicht. Die Aufgabe aber erscheint ihm reizvoll, er umschreibt sie so: „Wir wollen ... ein Institut, das tätig in die Erziehung der Bevölkerung eingreift“. Dann sagt er zu.

Der neue Direktor will vor allem die Jugend ins Museum holen. „Kinder, denen die Augen geöffnet wurden, bringen uns auch die Eltern ins Haus“, meint er. Es handelt sich um Pionierarbeit, wenn er Jung und Alt vor die Bilder holt und die Menschen lehrt, Kunst zu verstehen. Zeitweise verwandelt er die Kunsthalle regelrecht in eine Schule. Was heute gang und gäbe ist, gilt zur Zeit der Paukschule als sensationell fortschrittlich. Lichtwark lässt die Gespräche drucken, die er vor den Bildern mit jungen Leuten führt. Das daraus entstehende kleine Büchlein erlebt eine stattliche Zahl an Auflagen.

Mit Lehrkräften veranstaltet er Seminare zur Bildbetrachtung. Eine seiner Marotten ist es, Bilder im Museum ständig umzuhängen, weil dies das Interesse der Besucher steigere. Sein erklärtes Ziel ist es, die Kunsthalle aus der gesellschaftlichen Isolation herauszuführen und sozusagen zu einer Schule des Sehens zu machen.

Lichtwark ist beseelt von einem unerschütterlichen Glauben an die Erziehung gegen den Kulturverfall. Durch eine angemessene ästhetische Bildung müsse zunächst das Bürgertum auf eine höhere Kulturstufe gehoben werden. Dann werde die Ge-

schmacksveredelung „nach unten“ durchsickern und die ganze Gesellschaft erfassen, so lautet sein Credo.

Photographie und Dilletantismus

Dem Selbertun misst Lichtwark einen hohen Stellenwert bei. Dazu bietet seiner Meinung nach die überall aufkommende Photographie gute Möglichkeiten. Sie erlaube auch denjenigen eine künstlerische Tätigkeit, welche sich für andere Formen der Kreativität nicht eignen. „Wie der Liebhaberphotograph sein Auge schulen kann! Bei jedem Spaziergang sollte er sich seine Umgebung auf das Bild hin anschauen. Er kann ein Stück dunklen Kartons mit einem rechtwinkligen Ausschnitt in der Tasche tragen und ein Motiv, das ihm auffällt in diesem Rahmen probieren“, lesen wir in einem von ihm verfassten Buch über die Amateurfotografie.

Zwar ist zu der Zeit die Lichtbilderei als Kunst noch nicht anerkannt, dennoch wird auf Lichtwarks Anregung hin der Hamburger Photographenverein gegründet (1893). Es ist für ihn, Lichtwark, nicht ohne Risiko, wenn er die Kunsthalle mehrfach für große Photoausstellungen öffnet. Das Befremden des Publikums ist unverkennbar. „Den Leuten kam es vor als wollte ein Naturforscherkongress eine Kirche als Sitzungssaal benutzen“, stellt er fest.

Das Selbertun nennt er „Dilletantismus“ und benutzt den Begriff durchaus nicht abwertend. „Ein tüchtiger Dilletant ist der anregendste Lehrer für seine Familie und seine Freunde“, schreibt er.

Nicht immer unumstritten

Wenn es um die Umsetzung seiner Kunstvorstellungen geht, ist Lichtwark mitunter äußerst hartnäckig. Deshalb ist er in der Hansestadt trotz aller Anerkennung vor allem in seinen späteren Jahren nicht unumstritten. Kritiker werfen ihm u.a. nationalistische Tendenzen vor. Aus Sorge um die deutsche Kultur spart er tatsächlich nicht mit nationalen Tönen, die Nation sieht er als eine Art Kulturgemeinschaft. Aber er ist kein ethnisch orientierter Nationalist, kein Chauvinist. Antisemitismus ist ihm ebenso

fremd wie damals virulente Vorurteile gegenüber dem „ewigen Erbfeind“ Frankreich. Im Rahmen der Berliner Jahrtausendausstellung äußert er über ein Treffen mit ausländischen Gästen voller Begeisterung: „Es ist doch etwas Erfrischendes, mit Männern, die keine nationalen Vorurteile haben, an die Dinge heranzutreten“.

Alfred Lichtwark ist von Anfang an weit mehr als ein Museumsdirektor. Er mischt sich ein in der Kulturszene, gefragt und ungefragt, wo immer sich Gelegenheit dazu bietet und wird so – auch ohne offizielles politisches Mandat – zum Bildungspolitiker. 1914 stirbt er in seiner Heimatstadt.

Epilog

Und heute? Dem durchschnittlichen Hamburger geht es mit Lichtwark vermutlich ähnlich wie dem Münchener mit Kerschensteiner oder dem Würzburger mit Oberthür. Er hat den Namen vielleicht schon gehört, kann ihn aber nicht so recht einordnen. Vor dem Krieg gibt es in Hamburg eine Lichtwarkschule, welche die Nazis dann liquidieren. Zu ihren Schülern gehört Helmut Schmidt, der einstige Bundeskanzler. Er erinnere sich gern an das „progressive soziale Klima seiner Schule“, schreibt er 1976 in einem Zeitungsartikel. Und im Hinblick auf den Namenspatron meint der Altbundeskanzler: „Er (Lichtwark) war kein verschwämter Schöngest oder hochtrabender Museumsgott, sondern ein leidenschaftlicher Pädagoge mit Ansichten und Absichten, die für die damalige Zeit ungewöhnlich waren“.

Die Hansestadt ist indes bemüht, ihren berühmten Sohn nicht vergessen zu machen. Hin und wieder mal erscheint sein Name in der Zeitung. Hamburg vergibt immerhin einen Lichtwark-Kunstpreis. Es existiert ein Lichtwark-Stipendium für junge Künstler sowie ein Lichtwark-Jugendzentrum. Und irgendwo im Großstadtwirrwahl gibt es auch eine Lichtwarkstraße, doch die müssten wir dann wohl bei Ortskundigen erfragen. <

Literatur: Großkopf, Rudolf: „Alfred Lichtwark“, Hamburg 2002

Verkehrserziehung an beruflichen Schulen:

Überlebenswichtig!

RAINER SALZ

Jahr für Jahr sterben allein in Bayern mehr als 200 junge Menschen im Straßenverkehr. 2006 waren es 233 junge Fahrer. Jeder vierte Verkehrstote ist ein Fahranfänger! Dies muss (und sollte) nicht tatenlos hingenommen werden, denn es gibt – auch für berufliche Schulen – realistische Möglichkeiten dem Sterben der Schüler entgegen zu treten.

Ansätze

Wenn Verkehrs- und Sicherheitserziehung erfolgreich sein will, muss sie die Schüler auch erreichen. Für die Vermittlung von Wissen und zur Sensibilisierung werden mancherorts Aktionstage und Projektwochen durchgeführt. Viele Berufsschulen empfehlen den Schülern auch Fahrtrainings für junge Fahrer, wie etwa das Programm „Könner durch Erfahrung“ der Landesverkehrswacht Bayern, das kostenfrei für Führerscheinneulinge angeboten wird. Das Programm ist – wie auch die Aktionstage – darauf ausgerichtet, möglichst viele junge Erwachsene zu erreichen. Und das ist gut so, denn alle jungen Fahrer brauchen Informationen und Kenntnisse für mehr Verkehrssicherheit. Diese Maßnahmen sind gut, sie reichen aber nicht aus.

Seit ca. 5 Jahren gibt es ein neues Programm, das sich speziell an die besonders gefährdete Gruppe der jungen Fahrer an Berufsschulen wendet. Es heißt: *Ernstnehmende Verkehrssicherheitsarbeit (EVA)*. Empirische Studien zeigen, dass etwa ein Drittel der 18–21-jährigen besonders verkehrsunfallgefährdet ist. Diese Teilgruppe hat extrovertierte Lebens- und Freizeitstile und die Tendenz zum Fahrzeugmissbrauch. Mit konventionellen Kommunikationsformen und Projektmethoden ist diese Gruppe der jungen Erwachsenen kaum zu erreichen. Verkehrssicherheitsarbeit, die diese Gruppe erreichen will, muss sich an deren Besonderheiten orientieren. EVA zielt



als zielgruppengemäße Verkehrssicherheitsarbeit an beruflichen Schulen darauf, speziell diese Jugendlichen mit einem moderierenden und nicht belehrenden Ansatz anzusprechen. EVA nimmt die Teilnehmer in ihren Alltagskompetenzen und Verantwortlichkeiten, aber auch in ihren Unzulänglichkeiten ernst. Wichtig ist, dass dabei verkehrssichere Verhaltensweisen nicht von „unglaublichen“ Erwachsenen verkündet werden, sondern die Fahranfänger verkehrssichere Verhaltensoptionen selbst entdecken und erarbeiten können.

Dazu wurde EVA konzipiert, u.a. vom Polizeipräsidium Oberfranken, dem Bayer. Innenministerium und dem Bayer. Kultusministerium.

Das Neue an „EVA“?

- Eigenaktive Verkehrssicherheitsarbeit
- Präzise Zielgruppenorientierung
- Kommunikativer Ansatz (mit besonders ausgebildeten Referendaren als Moderatoren)
- Aufbau risikokompetenter Verhaltensalternativen
- Selbständiges Entdecken von verkehrsgerechten Verhaltensoptionen

Ziele von EVA:

- Selbstwertgefühl stärken: Verantwortlichkeitsbestreben unterstützen
- Förderung kommunikativer Kompetenz: Denken – reden – handeln
- Sensibilisierung für den Prozess von Dilemma-Eskalationen
- Möglichkeiten des frühzeitigen Ausstiegs entdecken, ohne dabei das Gesicht zu verlieren
- das Verhaltensrepertoire erweitern.

EVA beinhaltet:

1. *Moderierte Gruppendiskussion:* Leitung: Moderatoren (fortgebildete Referendare) je Gruppe (ca. 8 – 15 Schüler) Dauer: 90 Minuten. Im gegenseitigen Ideenwettbewerb werden risikominimierende Verhaltensweisen selbst entdeckt.

2. *Beobachtetes Fahren:*

Leitung: Fahrlehrer für je drei Schüler Dauer: 20 Minuten Fahrtzeit pro Schüler. Im Beisein eines Fahrlehrers fahren je drei Teilnehmer in einem Fahrschulfahrzeug. Die Teilnehmer bewerten ihr Fahrverhalten gegenseitig.

3. *Schlussdiskussion:*

Leitung: Moderatoren der Gruppendiskussion Dauer: 45 Minuten. Die Beobachtungen und Erfahrungen werden diskutiert.

Wie kommt EVA an die Berufsschule?

1. Interessierte Berufsschulen setzen sich mit dem zuständigen Fachberater oder der Landesverkehrswacht Bayern (Tel. 089 - 5 40 13 30) in Verbindung.

2. Die Schule bespricht und organisiert das Projekt vor Ort mit Polizei, Schule und Fahrlehrer (Ansprechpartner nennt die Landesverkehrswacht).

Kosten: Bei einer Gruppe von 12 Teilnehmern ist mit Kosten von ca. 100 Euro für den Fahrlehrer zu rechnen. Weitere Kosten entstehen für die teilnehmenden Schulen nicht. Ein Sponsoring ist möglich.

Lohnt sich Verkehrssicherheitsarbeit an beruflichen Schulen?

Eindeutig ja. Ob allgemeine oder spezifische Verkehrssicherheitsarbeit: jeder Einsatz lohnt sich, denn er hilft den Schülern, sicher durch die ersten motorisierten Jahre zu kommen.

Weiterführende Informationen und Materialien finden Sie unter:

<http://alp.dillingen.de/service/verkehrserziehung/projekte/>
<http://www.evainfo.de>
<http://www.verkehrswacht-bayern.de>

Berufsschüler im Bayerischen Landtag:

Politik live



Angehende Industriekaufleute aus Rosenheim besuchten Abgeordnete der drei Fraktionen im Bayerischen Landtag. Die politisch interessierten Auszubildenden nahmen an einer Sitzung des Innenausschusses teil und diskutierten anschließend mit MdL

Ruth Paulig (Grüne, München), MdL Ingrid Heckner (CSU, Altötting) und MdL Adelheid Rupp (SPD, München) u. a. über die aktuellen Querelen über die Nachfolge des Bayerischen Ministerpräsidenten und dessen Vorsitz in der CSU.



Ausstellung über Waldemar von Knoeringen

Der November 2006 galt als Verfassungsmonat (60 Jahre Bayerische Verfassung). Insofern war es ein Glücksgriff, über den Kontakt zur Friedrich-Ebert-Stiftung eine Ausstellung über das politische Lebenswerk Waldemar von Knoeringens, eines für Bayern verdienstvollen Rosenheimer Politikers und Mitverfassers der Bayerischen Verfassung, für zwei Wochen an die Schule holen zu können. Mit von Knoeringen, 1933 von den Nazis ins Exil getrieben, 1948 Mitglied in der Verfassungsgebenden Landesversammlung, später u. a. MdL, MdB und Vorsitzender der Bayerischen SPD, lernten die Schülerinnen und Schüler einen Politiker kennen, dessen Motto lautete: „Den Bürger durch Bildung mündig machen“. *Martin Jungkunz*

Schülerschreibwettbewerb von VDE und Nürnberger Nachrichten: Schreib doch!

„Gestern Science Fiction, heute Realität. Hirngespinnste, aus denen technische Innovationen wurden, die heute „ganz normal“ sind“

Unter der Zielsetzung, Schülerinnen und Schüler für eine fundierte und engagierte Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen des technischen Fortschritts zu begeistern, initiierte der VDE Nordbayern in Zusammenarbeit mit den Nürnberger Nachrichten den VDE-Schülerschreibwettbewerb. Damit sollen neben naturwissenschaftlich begabten Schülern auch jene angesprochen werden, deren Neigung eher im sprachlichen Bereich liegt.

Gefragt ist ein Text zum Thema „Gestern Science Fiction, heute Realität. Hirngespinnste, aus denen technische Innovationen wurden, die heute „ganz normal“ sind“. Beispiele dafür gibt es viele. Wenn es um technischen Fortschritt geht, liegen Vision und Spinnerei oft eng beieinander. Da Vincis Entwürfe für Fluggeräte wurden zur Zeit ihrer Entstehung ebenso als Hirngespinnste abgetan wie die damals futuristisch anmutenden Maschinen in den Geschichten von Jules Verne. Doch vieles, was damals als unmöglich galt, ist inzwischen sogar längst von der Realität überholt worden. Science Fiction, geschrieben von phantasievollen Utopisten, die über den Rand ihres zeitlichen Horizonts hinausschauen, kann durchaus taugliche Inspirationsquelle für Forscher und Erfinder sein.

Ein Wettbewerbsbeitrag darf sich mit diesem Phänomen als ganzes befassen, ein bestimmtes, möglichst originelles Beispiel vorstellen oder mehrere Beispiele vergleichen. Der Text sollte nicht länger als 5000 Zeichen (mit Leerzeichen) sein und keine Abbildungen enthalten. Stilistisch ist eher Pep gefragt, also ein journalistisch geschriebener, leicht verständlicher und spannender Artikel. Trockene wissenschaftliche Abhandlungen haben keine Chance.

Der Wettbewerb läuft in drei Altersgruppen (10 bis 13 Jahre, 14 bis 16 Jahre und 17 bis 20 Jahre). Pro Altersgruppe werden drei Geldpreise in Höhe von 300, 150 und 50 Euro vergeben. Daneben erscheint ein Artikel aus dem Wettbewerb in den Nürnberger Nachrichten. Die Klassen der Sieger bekommen eine kostenlose Führung durch das Verlagsgebäude.

Die Artikel können als Brief an den VDE Nordbayern (Kesslerplatz 12, 90489 Nürnberg) oder an die Nürnberger Nachrichten (Ressort Kinder und Hochschule, 90402 Nürnberg) geschickt werden. Einsendungen via E-Mail an vde@fh-nuernberg.de werden ebenfalls akzeptiert. Wichtig: in allen Fällen bitte den Betreff Schülerschreibwettbewerb nicht vergessen. Das erleichtert die Zuordnung der Post ungemein. Einsendeschluss ist der 25. Mai 2007.

Alles Wissenswerte zum Schülerschreibwettbewerb finden Sie auch im Internet unter: www.vde-nordbayern.de/schuelerschreibwettbewerb

Für Rückfragen stehen Ihnen der VDE unter der e-Mail-Adresse: vde@fh-nuernberg.de zur Verfügung.

Wir freuen uns auf viele spannende Texte und wünschen allen Teilnehmern viel Erfolg. <

Zwischenbilanz:

Selbstreguliertes Lernen – ein Beitrag zur Qualitätssteigerung beruflichen Lernens

PETER ALLMANSBERGER

Die Abteilung Berufliche Schulen am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung lud im Rahmen ihrer Eigenschaft als Projektleitung des Modellversuchs Segel-bs (selbst reguliertes Lernen in Lernfeldern der Berufsschule) zu einer länderübergreifenden zweitägigen Fachtagung nach Beilngries ein. Über 60 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus den Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen folgten der Einladung. Mit eingeladen waren auch Vertreter des in NRW laufenden Modellversuchs Mosel (Modelle des selbst gesteuerten und kooperativen Lernens und die notwendigen Veränderungen in Bezug auf die Personal- und Organisationsentwicklung).

Ziele der Fachtagung

Zu Beginn der Tagung betonte Peter Allmansberger (ISB), Projektleiter des Modellversuchs Segel-bs in Bayern, u. a. den hohen Stellenwert selbstregulierten Lernens und die Erwartungen an diese länderübergreifende Fachtagung: Selbstreguliertes Lernen ist Voraussetzung und Ziel beruflicher Handlungskompetenz. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Förderung selbstregulierten Lernens im Rahmen beruflicher Ausbildungsberufe keine Neufassung bestehender Lehrpläne bedeutet – das Lernfeldkonzept bildet die Grundlage für die unterrichtliche Konzeption an Berufsschulen – vielmehr geht man beim Modellversuch Segel-bs davon aus, dass es möglich ist, innerhalb bestehender curricular-organisatorischer Rahmenbedingungen, selbstreguliertes Lernen zu fördern.

Hier liegt auch die für beide Modellversuche gemeinsame Aufgabenstellung: Die Förderung des ge-

zielten Einsatzes von Lernsituationen, die geeignet sind, selbstreguliertes Lernen fördern.

Segel-bs (Bayern) und Segel-bs (NRW) haben landesspezifische Schwerpunktsetzungen in ihrer Zielformulierung: Das bayerische Programmelement fokussiert die für den Einsatz von Lernsituationen förderliche Organisationsentwicklung an Berufsschulen, eine Thematik, die in allen Novellierungs- und Optimierungskonzepten für berufliche Schulen bundesweit erkennbar ist.

Der vermutlich erhebliche Qualifizierungsbedarf im Bereich der Ausbildung und Weiterbildung von Lehrkräften wird in Nordrhein-Westfalen unter der Projektleitung von Ernst Tiemeyer (NRW) schwerpunktmäßig betrachtet.

Die erste gemeinsame Fachtagung sollte die Zwischenergebnisse des Verbundmodellversuchs zusammenführen, Schnittmengen aufzeigen und Transferkonzepte weiterentwickeln. Es sollte kein Vergleich synchroner Arbeiten angestrebt werden, sondern trotz aller Unterschiedlichkeit die gemeinsamen Erfahrungen diskutiert werden. Der Modellversuch Segel-bs hat in Bayern ein Jahr später begonnen, umfasst neben dem Ausbildungsberuf Kauffrau/Kaufmann im Einzelhandel auch Medizinische und Zahnmedizinische Fachangestellte sowie die Berufe der Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege. Segel-bs Bayern transferiert die Ergebnisse nicht nur innerhalb einer Schule, sondern auch an andere Berufsschulen in anderen Regierungsbezirken sowie an Wirtschaftsschulen.

Weiterhin sollte mit den an der beruflichen Ausbildung Verantwortlichen über Unterstützungsmöglichkeiten für Schulen diskutiert werden. Deshalb nahmen an der Tagung ne-

ben den für die Modellversuche verantwortlichen Lehrkräften und Schulleitungen auch MR Werner Lucha als Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sowie Norbert Gudlat als Vertreter des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Hans Käfler (VLB) und Jochen Bödecker (VLW), Udo Göttemann (IHK Nürnberg), die gemeinsame wissenschaftliche Begleitung (Prof. Peter Sloane, Dr. Bernadette Dilger) sowie Mitglieder des Beirats aus dem Modellversuch Segel-bs aus Bayern teil.

Struktur der Fachtagung

Der erste Tag der Fachtagung widmete sich in berufsspezifischen Workshops dem Thema: „Selbstreguliertes Lernen in Lernsituationen, Erfahrungen aus dem schulischen Alltag“. Zu dieser Thematik fanden vier Workshops statt, die sich an verschiedene Ausbildungsberufe richteten. Drei dieser Workshops wurden von den ISB-Referentinnen Caroline Stahl, Christine Hefer und Monika Pfahler moderiert. Ein Workshop wurde von Mabel Rickes und Uwe Krakau (NRW) moderiert. Dr. Bernadette Dilger (Uni Paderborn) fasste die Ergebnisse aus diesen Workshops zusammen. Sie konnte eine insofern sehr positive Bilanz ziehen, nämlich, als die Schulen auf einem guten Weg sind, und die Implementation der Lernsituationen in den täglichen Unterricht gut gelungen ist. Für die wissenschaftliche Begleitung bedeutet dies, dass nun die Evaluierungsphase beginnen kann. Die Ausbildungsbetriebe befürworten selbstreguliertes Lernen, da Eigeninitiative der Mitarbeiter in der heutigen Zeit gefragt und sogar Voraussetzung für den Erhalt des Arbeitsplatzes ist.

Der erste Tag endete mit einem Referat zum Thema Qualitätsmanagement an beruflichen Schulen. Hier lohnt es sich, einen Blick auf das Nachbarland Schweiz zu werfen. Hans-Rudi Hartmann, Direktor der Allgemeinen Gewerbeschule in Basel referierte über seine zehnjährige Erfahrung mit dem dort entwickelten Qualitätsmanagementkonzept Q2E (Qualität durch Entwicklung und Evaluation).



Teilnehmer der Podiumsdiskussion im Rittersaal Schloss Hirschberg/Beilngries. Von links: Jochen Bödecker (VLW), Hans Käfler (VLB), Werner Lucha (Bay. Staatsministerium für Unterricht und Kultus), Norbert Gudlat (Ministerium für Schule und Weiterbildung (NRW)), Udo Göttemann (IHK Nürnberg), Bernhard Harles (Schulleiter, Städt. BS für Fachkräfte in Arzt- und Tierarztpraxen, München), Dr. Erich Embacher (Schulleiter Karl, Schiller Berufskolleg, Dortmund, rechts verdeckt Prof. Peter Sloane (Uni Paderborn))

Dieses Referat löste eine lebhafte Diskussion aus, da nicht alle Bedingungen mit den bayerischen schulischen Verhältnissen kompatibel sind. So stellte Hartmann die besondere Entscheidungskompetenz der Fachbetreuer oder Fachgruppenbetreuer an seiner Schule heraus. Mit Interesse vernahm man auch seine Aussage, dass von ihm keine Unterrichtsbesuche durchgeführt, jedoch ausführliche Mitarbeitergespräche geführt würden. Besonders intensiv wurden in der Diskussionsrunde die Rolle der externen Evaluation und die Frage der Zertifizierung angesprochen.

Die Ausführungen von Hans-Rudi Hartmann erschienen auch vor dem Hintergrund des bayerischen Schulversuchs Profil 21 sehr interessant. Dieser stellt in Kürze ein vom ISB zu entwickelndes Qualitätsmanagementkonzept „QmbS“ (Qualitätsmanagement an beruflichen Schulen), welches auf Q2E basiert, den am Schulversuch Profil 21 teilnehmenden Schulen in Bayern zur Verfügung.

Am zweiten Tag wurde in den berufsfeldübergreifenden Workshops eine Öffnung der die Ausbildungsberufe betreffenden Thematik angestrebt. Hier konnte man aufgrund

der bisherigen Erfahrungen an den Schulen der beiden Ländern weit reichende Impulse für die zukünftige Arbeit erwarten.

Workshop I (Hefer, Dr. Hunger, ISB). Welche Schulkultur braucht selbstreguliertes Lernen?

Das Thema Schulkultur führte zu einer sehr engagierten Diskussion: Folgende Themenbereiche wurden bei der Konkretisierung dieses Themas für wichtig erachtet:

- Pädagogische Ziele
- Soziale Beziehungen
- Schule als Lebensraum
- Kommunikation und Kooperation nach außen

Workshop II (Krakau, Tiemeyer, NRW). Welche Lehrkompetenzen braucht selbstreguliertes Lernen?

Uwe Krakau und Ernst Tiemeyer gingen in ihrem Workshop der Frage nach, welche Kompetenzen Lehrkräfte benötigen, um Selbstregulierung zu fördern. Des Weiteren wurde ein Konzept, in Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung, zur Entwicklung und Umsetzung von Lernsituationen mit selbstregulierenden Elementen präsentiert.

Ernst Tiemeyer stellte abschließend das modulare Konzept der Lehrerfortbildung im Rahmen des Modellversuchs Segel-bs in Nordrhein-Westfalen vor.

Workshop III (Pfahler, Allmansberger, ISB). Welche organisatorischen Voraussetzungen ergeben sich für die Schule bei der Umsetzung von selbstreguliertem Lernen?

Monika Pfahler und Peter Allmansberger gingen der Fragestellung nach, wie man förderliche Rahmenbedingungen für die Unterrichtsentwicklung in den jeweiligen Ausbildungsberufen etablieren kann. Es wurden Good-Practice-Beispiele gesucht, welche die erforderlichen Veränderungen der Arbeitsorganisation der Lehrenden, beispielsweise hinsichtlich Kooperations- und Kommunikationsstrukturen an den Schulen, Verankerung von Lehrerteams in der Schulorganisation und deren Einbindung in Entscheidungsstrukturen sowie Rollenverständnis der Schulleitung, beleuchten sollen.

Workshop IV (Prof. Sloane, Dr. Dilger, Uni Paderborn). Welche Kompetenzen sollen im Rahmen von selbstreguliertem Lernen beobachtet und ausgewiesen werden?

Hier ging es um Instrumente, die von der wissenschaftlichen Begleitung im Rahmen der Modellversuchslaufzeit entwickelt wurden. Diese Instrumente sollen den Lehrkräften und Schülern helfen, den Grad der Selbstregulierung zu erkennen und Selbstregulierung zu fördern. Den Teilnehmern dieses Workshops wurde das Paderborner Lerntableau, das halbstrukturierte Portfolio und das Lehrer-Logbuch vorgestellt. Diese Instrumente zielen darauf ab, die Selbsteinschätzung der Lernenden und die Entwicklung der Kompetenzen zu erfassen und zu dokumentieren. Sie befinden sich in der Erprobungsphase und werden nach Ablauf des Modellversuchs ausführlicher erläutert.

In einem Interview mit Beteiligten der Workshops und Gästen fasste

Arnulf Zöller (ISB) die Erfahrungen aus den Workshops zusammen. Alle Teilnehmer betonten die Notwendigkeit selbstregulierten Lernens. Es wurde aber häufig die fehlende Unterstützung seitens der Schulleitungen beklagt. Die Schulleitungen müssten hinter dem Konzept und den jeweiligen neuen Unterrichtsformen stehen, weiterhin müssten die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Podiumsdiskussion

Einen Höhepunkt des zweiten Tages stellte die von Prof. Sloane moderierte Podiumsdiskussion dar. Man war sich in dieser Runde schnell einig, dass man sich auf einem guten Weg befindet. Selbstreguliertes Lernen bedeute einen wesentlichen Kompetenzzuwachs für die Schülerinnen und Schüler, eine Qualitätssteigerung der beruflichen Bildung und für die Schülerinnen und Schüler eine Verbesserung der Chancen am Arbeitsmarkt. Dies wurde auch deutlich von Udo Göttemann, dem Vertreter der zuständigen Stellen formuliert. Mit Vorsicht und Zurückhaltung wurde angesichts der in vielen Bereichen fehlenden Lehrkräfte die Frage des Zeitaufwands für die Erstellung von Lernsituationen und die möglichen Konsequenzen für die Unterrichtspflichtzeit diskutiert. Das Thema „Bruttoarbeitszeitmodell“ wurde nur kurz angesprochen und aus bayerischer Sicht abgelehnt. Es wurden aber auch die positiven Auswirkungen der Teamarbeit – die durch die Entwicklung von Lernsituationen verstärkt notwendig ist – auf die Lehrergesundheit angesprochen.

Zwischenergebnis

Selbstreguliertes Lernen in Lernsituationen geht weit über den zunächst vermuteten engen Bereich des Unterrichts hinaus. Die Bedingungen für das Gelingen von selbstreguliertem Lernen umfassen u. a. auch die Organisationsstruktur der Schule, die Entscheidungskompetenz über Unterrichtseinsatz, die Teamentwicklung und die methodisch-didaktische Weiterbildung der Lehrkräfte. Somit

ist die gesamte Schule betroffen, was sich schon jetzt in den am Modellversuch beteiligten Schulen zeigt. Als erstes Zwischenergebnis kann festgehalten werden:

- 1) Lernsituationen verlangen Teamarbeit (Teambildung bewusst fördern).
- 2) Für die Entwicklung von Lernsituationen benötigen die Lehrerteams organisatorische und pädagogische Entscheidungsräume z. B. flexible Pausenregelungen.
- 3) Unterricht mit Lernsituationen hat Konsequenzen für den Unterrichtseinsatz (Teamstunden, kein Einzelkämpfertum, Stundenplangestaltung muss Teamentwicklung ermöglichen)
- 4) Lernsituationen benötigen „Räume“ (Gruppenräume, Recherchemöglichkeiten).
- 5) Lernsituationen sind „Qualitätsentwickler“ (Entstehen einer neuen Kooperations- und Kommunikationskultur).
- 6) Lernsituationen definieren die Lehrer-Schüler-Rolle neu (Lehrer als Begleiter, Förderer, Moderator).
- 7) Lernsituationen und die Fähigkeit, diese zu entwickeln, müssen in der Lehrerbildung in Phase II und III verankert sein.

Es gab in den vergangenen Jahren verschiedene Konzepte, die den Gedanken der Handlungsorientierung aufgriffen und weiterentwickelten, so der Modellversuch FÜGRU (Fächerübergreifender Unterricht), aber kaum ein unterrichtliches Konzept hinterfragt so umfassend die traditionellen Grundbedingungen des Unterrichts wie der Unterricht in Lernsituationen. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren erfolgreich mit Lernsituationen arbeiten, betonen, dass es nicht der schnelle Erfolg ist, auf den man setzen kann. Es ist vielmehr das langsame Wachsen von Kompetenzen, welche die Schülerinnen und Schüler befähigen, besser mit den sich verändernden Anforderungen im Beruf Schritt zu halten.

In diesem Sinne ist selbstreguliertes Lernen ein Qualitätsmerkmal von Unterricht und Schule. <

Praxisbeispiel Schulentwicklung:

Eine institutionalisierte Methodenwoche als Baustein einer nachhaltigen Unterrichtsentwicklung

MICHAEL SIEBER

Die Staatliche Berufsschule II Bayreuth (Kaufmännische Berufsschule bzw. KBS Bayreuth) hat auf dem Weg der systematischen inneren Schulentwicklung eine „Methodenwoche“ konzeptionell verankert, die seit dem Schuljahr 2004/05 jeweils in der ersten Schulwoche durchgeführt wird. Im Folgenden soll nicht nur ein kurzer Überblick über Ablauf und Inhalte der „Methodenwoche“ gegeben, sondern auch deren Erarbeitung im Rahmen des Schulentwicklungsprozesses dargestellt werden.

Leitbild und Schulprogramm

Ausgangspunkt war das Leitbild der KBS Bayreuth, das im Schuljahr 2002/03 im Sinne einer strategischen Zielrichtung des Schulentwicklungsprozesses vom Kollegium entwickelt worden war.¹ Um zu verhindern, dass die darin enthaltenen Forderungen reine Worthülsen blieben, war es von großer Bedeutung, die recht abstrakten Zielvorstellungen durch ein unmittelbar umsetzbares Maßnahmenpaket zu konkretisieren. So wurde der Pädagogische Tag des Schuljahres 2003/04 dazu genutzt, in Arbeitskreisen für die

einzelnen Zielkategorien des Leitbildes ein entsprechendes Schulprogramm zu entwickeln. Im Leitbild der KBS Bayreuth findet sich u. a. die Forderung, dass die Schüler Kompetenzen erwerben sollen, die sie zu einem verantwortungsvollen Handeln in allen Lebensbereichen befähigen. Dazu soll der Unterricht handlungsorientiert gestaltet und das eigenverantwortliche Arbeiten der Schüler gefördert werden. Im Arbeitskreis „Kompetenz“ entstand daraufhin die Idee, die Sozial- und Selbstkompetenz unserer Schüler durch eine Methodenwoche zu Beginn eines jeden Schuljahres systematisch auszuweiten (vgl. Abb. 1).

Metapher als Leitidee

Die Leitidee der Methodenwoche wurde in eine Metapher gefasst, die in folgender Geschichte zum Ausdruck kommt:

Sie laufen durch den Wald und treffen auf einen Mann, der fieberhaft daran arbeitet einen Baum umzusägen. „Was machen Sie da?“ fragen Sie. „Das sehen Sie doch“, antwortet er ungeduldig. „Ich säge an diesem Baum.“ „Sie sehen erschöpft aus! Wie lange sind Sie denn schon zugange?“ „Über fünf

Stunden“, sagt er, „und ich bin völlig k.o.! Das ist harte Arbeit!“ „Warum machen Sie dann nicht ein paar Minuten Pause und schärfen die Säge? Ich bin sicher, dass es danach viel schneller ginge.“ „Ich habe keine Zeit, die Säge zu schärfen“, sagt der Mann emphatisch. „Ich bin zu sehr mit dem Sägen beschäftigt!“³

Die Methodenwoche verfolgt das Ziel, die „Säge“ unserer Schüler zu schärfen. Die obige Geschichte ist gut geeignet, nicht nur den Schülern intuitiv überzeugend zu vermitteln, dass es Sinn macht, sich dafür Zeit zu nehmen. Ein entsprechendes Plakat visualisiert die Leitmetapher während der Methodenwoche (vgl. Abb. 2).



Abbildung 2: Metapher als Leitidee.

Theoretische Vorüberlegungen

Die Forderung, handlungsorientiert zu unterrichten und das eigenverantwortliche Arbeiten der Schüler zu forcieren ist nicht neu. Dennoch trifft man zuweilen noch auf den Einwand, dass dies zwar wünschenswert, der Lernerfolg aber aufgrund einer Überforderung der Schüler unbefriedigend sei. Diese Bedenken können durch die Differenzierung zwischen Mikro- und Makromethoden⁴ entkräftet werden. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass das Arbeiten mit Makromethoden, also komplexen handlungsorientierten Unterrichtsmethoden, wie z. B. die Bearbeitung einer Fallstudie in Gruppenarbeit mit anschließender Ergebnispräsentation, nur gelingen kann, wenn die Schüler über das nötige Repertoire an Mikromethoden verfügen. Dazu zählen z. B. die Fähigkeiten, Texte markieren und exzerpieren zu können, Gesprächsregeln einzuhalten, Kreativitätstechniken einzusetzen oder die Grundregeln der Präsentationstechnik zu beherrschen.

Durch die Durchführung einer Methodenwoche soll ein erster Akzent auf die Vermittlung dieser Mikromethoden gesetzt werden. Von entscheidender Bedeutung ist es dabei, dass diesem ersten Schritt im anschließenden Unterricht weitere folgen. Hierbei steht neben der Vermittlung von Sozial- und Selbstkompetenz die Methodenvielfalt als wesentliches Unterrichtsprinzip⁵ bzw. als Gütekriterium des Unterrichts⁶ im Vordergrund.

Module der Methodenwoche

Das Schuljahr 2003/04 wurde dazu genutzt, die Module der Methodenwoche auszuarbeiten. Dazu konnte auf eine umfangreiche Literatur und eine Vielzahl von vorhandenen Materialien zurückgegriffen werden. Insgesamt wurden für alle Ausbildungsberufe einheitlich in modularer Struktur nach Jahrgangsstufen differenziert acht Bereiche thematisiert (vgl. Abb. 3), deren Inhalte im Folgenden stichpunktartig skizziert werden:

Modul 1 (Textverarbeitung):

Lesetechniken (z. B. SQ3R-Methode), Lesetempo verbessern (z. B. Lesübungen nach Klippert), Texte markieren (z. B. Markierungsregeln nach Klippert), Texte exzerpieren (z. B. vom Text zum Schaubild, Flussdiagramm u. ä.)

Modul 2 (Teamarbeit):

Reflexion (Warum Teamarbeit?), Teamerlebnisse schaffen (z. B. „NASA-Test“, „Sin-Obelisk“), Regeln für eine erfolgreiche Gruppenarbeit, Rollenverteilung in Teams

Modul 3 (Präsentationstechnik I):

Redeängste überwinden, Regeln für eine gelungene Präsentation, Möglichkeiten der visuellen Unterstützung eines Vortrags, Präsentationsübungen, Feedbackregeln

Modul 4 (Lerntchnik):

Lerntypen, gehirngerechtes Lernen, Lernhilfen (z. B. Lernplakate, Lernkarteien, Mind Maps)

Modul 5 (Kreativitätstechniken):

Was versteht man unter Kreativität?

Wie kann man seine Kreativität steigern? Hemmschuhe der Kreativität, Erarbeitung von Kreativitätstechniken (z. B. Brainstorming, Brainwriting, Methode 635, morphologischer Kasten, Mind Mapping u. a.)

Modul 6 (Präsentationstechnik II):

Körpersprache, nonverbale Kommunikation, Kommunikationstheorien (z. B. „Die vier Seiten einer Nachricht“ nach Schulz von Thun), Präsentationssoftware (z. B. PowerPoint, Mind Manager)

Modul 7 (Motivation):

Arten der Motivation (z. B. intrinsisch – extrinsisch), Motivationstheorien (z. B. Bedürfnispyramide nach Maslow, Zwei-Faktoren-Theorie von Herzberg), Möglichkeiten der Selbstmotivation („Was motiviert mich wirklich?“, „Wie motiviere ich mich für die anstehende Prüfungsvorbereitung?“)

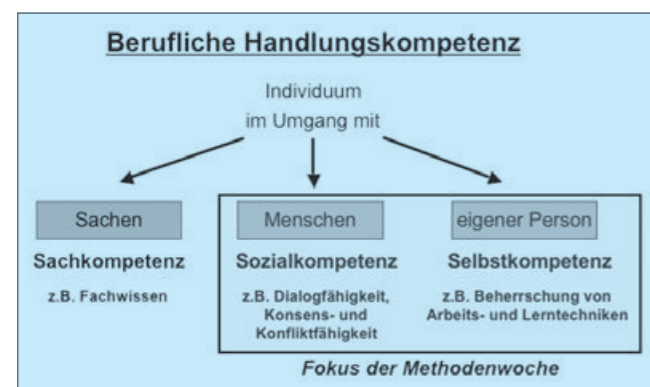
Modul 8 (Zeitmanagement):

Grundüberlegungen zum Zeitmanagement, Zeitplanungstechniken (z. B. Balkendiagramm), eigene Zeitpläne erstellen und kritisch reflektieren (z. B. Zeitplanung der Prüfungsvorbereitung), Identifizierung von Zeitdieben, sinnvolle Nutzung von Zeitereserven

Aufgabe einer schulinternen Lehrerfortbildung Ende des Schuljahres 2003/04 war es nun, den Kollegen die Zielrichtung der Module zu verdeut-

Abbildung 3: Die Module im Überblick.

Die Module der Methodenwoche		
10. Kl.	Modul 1: Textbearbeitung Modul 2: Teamarbeit Modul 3: Präsentationstechnik I	10. Kl.
11. Kl.	Modul 4: Lerntechnik Modul 5: Kreativitätstechniken Modul 6: Präsentationstechnik II	11. Kl.
12. Kl.	Modul 7: Motivation Modul 8: Zeitmanagement	12. Kl.

Abbildung 1: Fokus der Methodenwoche¹.

chende Programm am ersten Schultag der ersten Blockwoche durchgeführt.

Während der Methodenwoche gilt ein eigener, sehr vereinfachter Stundenplan, der in der Regel bereits zum Ende des vorangegangenen Schuljahres vorliegt. Als positiven Nebeneffekt erhalten die Stundenplan-Macher durch die Methodenwoche einen zusätzlichen Zeitpuffer, bis sie den endgültigen Stundenplan festlegen. Die in einer Klasse eingesetzten Lehrkräfte sprechen sich frühzeitig ab, wer welches Modul mit welchen Schwerpunkten unterrichtet. Beim Stundenplan der Methodenwoche wird darauf geachtet, dass die Lehrkräfte – soweit möglich – in den Klassen eingesetzt werden, die sie auch im weiteren Schuljahr unterrichten. Dies erleichtert den Ausbau der Methodenkompetenz im späteren Fachunterricht.

Evaluation

Die regelmäßige Evaluation, bei der sowohl Lehrer als auch Schüler schriftlich und anonym befragt wurden, ergab jeweils eine große Akzeptanz der Methodenwoche. Sowohl die Lehrer als auch die Schüler bewerteten die Methodenwoche überwiegend positiv und sprachen sich mit einer deutlichen Mehrheit für die Fortführung der Methodenwoche aus. Darüber hinaus konnten durch die Evaluationsergebnisse aber auch Optimierungspotentiale erfasst und genutzt werden. In Workshops zu den einzelnen Modulen wurde den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit gegeben, sich auszutauschen und Verbesserungsvorschläge und neue Ideen einzubringen.

Fazit

Eine institutionalisierte Methodenwoche ist sicher nur eine von vielen Möglichkeiten, die Methodenkompetenz der Schüler sowie die Methodenvielfalt des Unterrichts zu fördern. An der KBS Bayreuth dient sie als wichtiger Baustein einer nachhaltigen Unterrichtsentwicklung. Ihre Vorteile können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Entlastung der Lehrkräfte durch frühzeitige Planungssicherheit für die erste Schulwoche und die Förderung der Teamarbeit
2. Erarbeitung eines Methodencurriculums, auf das im Unterricht zurückgegriffen und aufgebaut werden kann
3. Einstieg in eine die gesamte Schule umfassende, nachhaltige Unterrichtsentwicklung durch den intensivierte Austausch über Unterrichtsmethodik
4. Schaffung und Förderung einer Methodenkultur bei Lehrern und Schülern

Seit dem Schuljahr 2006/07 beteiligt sich die Kaufmännische Berufsschule Bayreuth am Modellprojekt PROFIL 21. Die dadurch neu hinzu gewonnenen Möglichkeiten gilt es nun zu nutzen, den eingeschlagenen Weg der Schulentwicklung fortzuführen. <

Startschuss zu Profil 21



Wollen mit dem Modellversuch „Profil 21“ gemeinsam die Eigenverantwortung an den Beruflichen Schulen in Neusäß stärken (von links): Landrat Dr. Karl Voegelé, die Lehrer Wolfgang Kinauer und Monika Stockinger-Warm, Schulleiter Jürgen Wunderlich, Dr. Marko Hunger von der Stiftung „Bildungspakt Bayern“ und der VLB-Referent für Lehrerbildung Heiko Pohlmann.

1. Genauere Informationen zum Leitbild erhalten Sie über die Homepage der Schule: kfm-berufsschule-bayreuth.de
2. In Anlehnung an Euler, Dieter / Hahn, Angela, Wirtschaftsdidaktik, Haupt Verlag, Bern 2004, S.129
3. vgl. Covey, Stephen R., Die sieben Wege zur Effektivität, Campus Verlag, 11. Aufl., Frankfurt 1992, S.254
4. vgl. Klippert, Heinz, Methodentraining, 6. Auflage, Beltz-Verlag, Weinheim und Basel 1997, S.28
5. vgl. Speth, Hermann, Theorie und Praxis des Wirtschaftslehre-Unterrichts, Merkur Verlag Rinteln, 8. Auflage, Rinteln 2004, S.429 ff.
6. vgl. Meyer, Hilpert, Was ist guter Unterricht?, Cornelsen, Berlin 2004, S.74 ff.
7. Zur Notwendigkeit einer vielfältigen Methodenkultur insb. an kaufmännischen Schulen vgl. Lindemann, Meike, Kreative Bausteine für den kaufmännischen Unterricht, Merkur Verlag Rinteln 2000, S.39 ff.

Ein Comenius-Projekt bewegt die Schule:

Europäische Zusammenarbeit als Chance der Schulentwicklung

GERHARD WEISS/SABINE LOHMÜLLER

Was bringt unserer Schule die Teilnahme an einem Projekt im Rahmen des europäischen Comenius-Programmes? Diese Frage stellten sich Lehrer und Schüler der Ludwig-Bölkow-Berufsschule in Donauwörth bei Projektbeginn. Nach fast drei Jahren intensiver Projektarbeit kann man ein erstes Resümee ziehen.

Projektziele

Comenius-Programme fördern die internationale Zusammenarbeit von Schulen in Europa und das Kennenlernen anderer Kulturen und Sprachen. Die Projekte werden von der Europäischen Union unterstützt. An diesem Projekt sind Partnerschulen in Helsinki (Finnland), Idro (Italien) und Pecs (Ungarn) beteiligt. Die Donauwörther Berufsschule hat unter der Leitung von Gerhard Weiß die Aufgabe der Projektkoordination übernommen.

Das Projekt „Man isst, was man ist“ dient der Untersuchung einer gemeinsamen europäischen Esskultur. In der Projektarbeit werden das landwirtschaftliche, kulturelle und gastronomische Erbe der beteiligten Länder und dessen Veränderungen im Laufe der Zeit erkundet. Die Entstehungsgeschichte typischer regionaler Gerichte wird in Abhängigkeit der landschaftlichen Gegebenheiten, der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktionsvielfalt sowie kultureller Traditionen, Bräuche und Lebensweisen dargestellt. Weiterhin wird der Wandel zu Gerichten mit Rezepturen einer zeitgemäßen regionalen Küche aufgezeigt. Im Austausch mit den Partnerschulen werden diese gastronomischen und kulturellen Entwicklungen verglichen.

Die Schüler und Lehrer erhalten nicht nur eine Erweiterung ihres beruflichen Fachwissens sondern auch einen Einblick in Lebensweisen an-

derer europäischer Völker. Das Schlagwort „Ein Europa der Regionen“ erhält seine weitere Realisierung in den Begegnungen. Diese lenken das Interesse auf andere Kulturen und erleichtern es den beteiligten Personen, in die immer größer werdende Familie Europa hinein zu wachsen. Zusätzlich sollen sich Menschen verschiedener Nationalitäten als gegenseitige Bereicherung begreifen und Gemeinsamkeiten erkennen.

In einer abschließenden gemeinsamen „kulinarischen Zeitreise“ werden diese Heimatgerichte, eingebettet in eine touristische Beschreibung, der Region in Buchform vorgestellt.

Ablauf der Projektarbeit

Jedes Jahr finden drei Arbeitstreffen in den Partnerschulen statt; darunter

Bayerisches Buffet in Idro/Italien.



immer ein großer Präsentationstag, an dem Auszubildende und Lehrer die Ergebnisse des Jahresprogramms vorstellen.

Im ersten Projektjahr hatten die Schüler mit ihren Lehrkräften nach früheren Ernährungsweisen und alten regionalen Speisen mit deren Rezepturen gesucht. Diese wurden auf ihre ernährungsphysiologische Bedeutung untersucht und im Unterricht nachgekocht. Dabei wurden die Zusammen-

hänge zwischen diesen alten Küchenspezialitäten und regionalen Bräuchen und Traditionen aufgezeigt.

Die Ergebnisse wurden am ersten Präsentationstag in Idro gezeigt. Dabei führten die Donauwörther Schüler eine Mediator-Präsentation vor, die anhand des Verlaufes der Romanischen Straße Landschaft, Städte, Sehenswürdigkeiten und die gastronomische Infrastruktur des Landkreises Donau-Ries veranschaulichte. An einem bayerisch dekorierten Büfett wurden regionale Spezialitäten vorgestellt und serviert. Der Besuch einer gastronomischen Berufsschule in Desenzano, die Besichtigung der alt-römischen Stadt Sirmione und ein Vortrag mit Verköstigung italienischer Weine in einer Weinkellerei bei Raffa del Garda rundeten das Programm ab.

Im zweiten Projektjahr stand die „Moderne Regionale Küche“ im Mittelpunkt. Die Schüler verfolgten die Entwicklung alter Speisen zu zeitgemäßen regionalen Gerichten und verglichen sie hinsichtlich ihrer ernäh-

ungsphysiologischen Bedeutung. Einige traditionelle, überlieferte Spezialitäten wurden unter Anleitung renommierter Köche unter dem Motto „Alte Gerichte – neu interpretiert“ an der Schule gekocht und im Rahmen einer Veranstaltung der Öffentlichkeit präsentiert.

Beim zweiten Präsentationstag im ungarischen Pecs stellten die Auszubildenden ihre Region anhand des Jakobuswanderwegs mit Landschafts-

bildern und Kirchen vor. Während der Vorbereitungsphase wurden in Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Religion die Lebensläufe der Kirchennamenspatrone erarbeitet und deren Bedeutung hinsichtlich der eigenen Lebensgestaltung und Wertevermittlung betrachtet. Im Anschluss an die Präsentation kochten die Auszubildenden die Menügerichte, deckten Tafeln in landestypischer Dekoration ein und servierten die Speisen als Tellergerichte. Den Abschluss des Treffens bildeten eine Rundfahrt durch das Komitat Baranya (Branau), der Besuch des Weinmuseums in Villány sowie die Besichtigung der weltberühmten Porzellanfabrik Zsolnay.



Besuch der Porzellanfabrik Zsolnay in Ungarn.

Alle Vorträge wurden von den Schülern selbst erarbeitet, im Englisch-Unterricht übersetzt und dann in englischer Sprache gehalten. Bei beiden Treffen konnten geladene Gäste aus Gastronomie, Wirtschaft und Politik die gekochten europäischen Spezialitäten genießen. Ebenso zeichneten Vertreter des Fernsehens und des lokalen Rundfunks beide Präsentationstage für Sendungen auf. Die Fahrten wurden von Firmen und Verbänden sowohl finanziell als auch mit Lebensmittelspenden unterstützt.

Bei den Arbeitstagungen zwischen den Präsentationstagen mussten alle organisatorischen Maßnahmen und Absprachen getroffen werden, wie umfangreiche Dokumentationen und neue Anträge an den Pädagogischen Austauschdienst in Bonn.

Auswirkungen auf den Schulentwicklungsprozess

Im Laufe der Zeit hat sich herausgestellt, dass sich diese Projektarbeit äußert positiv auf die Entwicklung der Fachgruppe sowie die gesamte Schule auswirkt. Dabei sind hauptsächlich die Bereiche Unterrichts- und Teamentwicklung betroffen. In zweiter Linie konnte sich die Ludwig-Bölkow-Schule aber auch in der Profilbildung sowie in der Öffentlichkeit stärker positionieren.

Veränderung der Lernkultur

Lehren und Lernen verändern sich generell dahingehend, dass Lernprozesse immer aktiver und eigenverantwortlicher gestaltet werden:

Durch die Projektarbeit ist Handlungsorientierung im Unterricht nicht mehr nur ein Schlagwort, sondern wird aktiv umsetzbar.

Die Methode der Projektarbeit fördert eine aktive und verantwortungsvolle Lernkultur in besonderem Maße. Weil sich Schüler und Lehrer über einen längeren Zeitraum mit einem Handlungsthema beschäftigen, ist eine sehr tiefe Einarbeitung möglich. Die Chance, sich an einer Projektreise zu beteiligen, hat zudem für den einen oder anderen Schüler eine besonders motivierende Wirkung. Das dabei entstandene Interesse der Schüler am Projektthema führte zu einer eigenständigen, intensiven Auseinandersetzung, so dass im Laufe der Zeit immer öfter neue Problemstellungen

von den Schülern selbst erkannt und gelöst wurden. Zum Beispiel organisierten sie von sich aus einen Sprachkurs in Ungarisch. Die Schüler steuern ihr Lernen selbständiger, die Lehrer können sich weiter zurücknehmen. Die am Projekt beteiligten Lehrer reagieren darauf sehr flexibel und ändern so nahezu automatisch ihre Lehrerrolle vom Wissensvermittler zum Organisator bzw. Moderator von Lernprozessen.

Vermehrte Teamarbeit

Teamarbeit wird bei allen Schulentwicklungsprozessen besonders hervorgehoben. Im Projekt ist die Zusammenarbeit im Team in mehrerer



Das Projekt-Team vor der Schule in Donaauwörth.

Hinsicht notwendig: Auf drei Ebenen wurden Teams installiert, die die Projektarbeit organisieren: das Koordinatorenteam auf europäischer Ebene, die schulinterne Lenkungsgruppe und die Arbeitsteams aus Lehrern und Schülern.

Schulintern wurde ein Projektteam ins Leben gerufen, das aus allen Lehrern der Gastronomieabteilung sowie zwei Lehrern aus dem Wirtschaftsbereich besteht. Gelegentlich unterstützen auch Kollegen aus anderen Abteilungen das Projektteam, so stellen beispielsweise die Holz- und Metallabteilung Teile der Tischdekoration her.

Da am Projekt drei weitere europäische Schulen beteiligt sind, geht die Teamarbeit bei den Lehrern sogar über die eigene Schulgrenze hin-

aus. Dieses gemeinsame Arbeiten mit ausländischen Kollegen ist auf der einen Seite eine große Bereicherung, erfordert auf der anderen Seite aber auch das nötige Fingerspitzengefühl im Umgang mit anderen Arbeitsweisen und daraus resultierenden Konflikten.

Die Schüler können ihre Teamfähigkeit ebenfalls ausbauen, weil sich durch die verschiedenartigen Problemstellungen im Projekt immer wieder neue Teamstrukturen ergeben, sei es beim Recherchieren der Rezepturen, dem Erstellen von Präsentationsunterlagen oder beim gemeinsamen Kochen oder Servieren der Speisen. Da Neigungen, Arbeitsweise und Arbeitstempo der Schüler sehr unterschiedlich sind, müssen sie sich immer wieder neu anpassen. Indem oft verschiedene Sichtweisen diskutiert werden, beweisen sie ihre Konfliktfähigkeit. Insgesamt stärken die Schüler so ihre soziale Kompetenz.

Die Zusammenarbeit von Schülern und Lehrern wurde intensiver, weil sich beide Seiten in veränderten Unterrichtssituationen neu kennen lernten. So mancher Schüler konnte bisher nicht geforderte Fähigkeiten als „teamplayer“ zeigen.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass sich Schüler und Lehrer zwischenzeitlich stark mit dem Projekt identifizieren und ein „Wir-Gefühl“ aufgekommen ist. Eigeninteressen, die häufig die Zusammenarbeit in Teams erschweren, wurden im Interesse des Gesamtprojektes zurückgestellt. Die Teamstrukturen gehen inzwischen auch über das Projekt hinaus.

Allerdings erweist sich gerade dieser Punkt für das gesamte Kollegium noch problematisch, da das Interesse der nicht beteiligten Kollegen eher gering ist. Dies kann man evtl. darauf zurückführen, dass sie zu wenige Informationen über das Projekt erhalten haben und deshalb nicht immer das nötige Verständnis aufbringen konnten. Die Schulleitung räumt dem Projektteam bisher die notwendigen Freiräume ein und unterstützt es bei Bedarf.

Steigerung der Handlungskompetenz

Durch das gemeinsame Kochen mit den Partnerschulen können Schüler wie Lehrer ihr Fachwissen hinsichtlich der Zutaten und Zubereitungsweisen internationaler Gerichte erweitern. Darüber hinaus wird eine gemeinsame Esskultur erkannt, die jedoch unterschiedlich ausgeprägt ist. Die Schüler eignen sich zudem neue Kenntnisse hinsichtlich der Präsentation von Speisen an.

Die Schüler verbessern ihre Kommunikationsfähigkeit, weil sie zum einen fast immer in Gruppen arbeiten und so viel miteinander reden müssen und zum anderen immer wieder Ergebnisse vor einem großen Publikum präsentieren, auch in englischer Sprache.

Schüler sowie Lehrer haben bei allen Projekttreffen die Möglichkeit, andere Länder genauer kennen zu lernen, da die Gastgeberschulen immer ein umfangreiches Kultur- und Ausflugsprogramm organisieren. Sie setzen sich so mit anderen Kulturen und Mentalitäten auseinander und verbessern zudem ihre Fremdsprachenkenntnisse. Gästeorientierung ist nicht nur ein Schlagwort sondern wird an den Präsentationstreffen aktiv gelebt.

Die Lehrer bekommen einen Einblick in andere Schulsysteme und der damit verbundenen Bildungspolitik. Nicht zu vergessen ist auch der Aspekt, dass die Lehrer ihr eigenes Lehrerbild durch den Austausch mit ihren ausländischen Kollegen verstärkt reflektieren.

Umgang mit neuen Medien

Der Umgang mit modernen Kommunikationsmedien hat im Projekt einen hohen Stellenwert. Nahezu die gesamte Kommunikation zwischen allen beteiligten Lehrern verläuft per E-Mail. Anfangs gab es hier gelegentlich Verständigungsprobleme, die aber bei den Treffen immer wieder beseitigt wurden.

Von den Schülern wurden mehrmals sehr umfangreiche Präsentationen erstellt, v.a. für die jährlichen Ergebnisdarstellungen. Dabei ka-

men verschiedene Präsentationsprogramme (PowerPoint, Mediator) zum Einsatz, in die sich die Schüler erstaunlich schnell eingearbeitet haben.

Außerdem wurde von allen Partnerschulen eine gemeinsame Homepage erstellt (www.youeatwhatyouare.org).

Zusammenarbeit mit Betrieben und Öffentlichkeitsarbeit

Die Ausbildungsbetriebe beteiligen sich bisher überaus gut am Projekt: Sie helfen den Schülern dabei, Rezepte zu suchen und sie nachzukochen. Zum Teil werden die gefundenen Rezepte inzwischen sogar in den Betrieben verwendet. Außerdem unterstützen sie die Reisen der Schüler zu den Projekttreffen. Auch bei Präsentationen in Donaauwörth, wie z.B. beim Mozartmenü im Rahmen der Eröffnung des neuen Schulrestaurants zeigten sehr viele Vertreter der Ausbildungsbetriebe und der Fachverbände sowie einige Lokalpolitiker durch ihre Anwesenheit die hohe Wertschätzung des Projekts. Die erstellten Präsentationen wurden zudem vom regionalen Tourismusverband übernommen und auf Tourismusmessen gezeigt.

Die lokale Presse berichtet in regelmäßigen Abständen über die Projektarbeit und bei allen Präsentationstreffen waren Fernseherteams anwesend. Die gesamte Schule und insbesondere die Fachabteilung Gastronomie sind in der Öffentlichkeit präsent geworden. Dadurch ist ihr Ansehen angestiegen.

Abschließend lässt sich sagen, dass sich der alte Spruch „Reisen bildet“ wieder einmal bestätigt. Der Blick über den Tellerrand hinaus erweitert nicht nur das Fachwissen der Beteiligten, sondern eröffnet auch vielfältige Möglichkeiten, die eigene Persönlichkeit weiterzuentwickeln! <

Berufsausbildung in China nach bayerischem Vorbild:

Chinesischer Gegenbesuch

MARGIT SCHWANDT

Im Rahmen der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit (siehe VLB-akzente Heft 01/2007, S. 28) besuchten zwei Delegationen aus China die staatliche Berufsschule Rothenburg. Die Stadt Shenyang plant, das deutsche berufliche Ausbildungssystem einzuführen, dabei gilt das duale System des Freistaats Bayern als Vorbild. Bei den 17 Gästen aus der nordostchinesischen Metropole Shenyang, wo ca. 7 Millionen Menschen leben, handelt es sich um Führungskräfte der Bildungsbehörde der Stadt und um Leiter dortiger beruflicher Schulen.

Bei ihrem Schulrundgang hospitierten der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Shanhai Normal University, Zhou Honggang sowie die stellvertretende Leiterin der Schulaufsichtsabteilung der Bildungskommission Shanghai, Sun Hong, gemeinsam mit weiteren führenden Funktionsträgern bei verschiedenen Lehrkräften im Unterricht, informierten sich über das Schulentwicklungskonzept, ließen sich das Unterrichten von Lernfeldern in integrierten Fachräumen zeigen. Besonders beeindruckt waren die chinesischen Bildungsexperten vom Wechsel der verschiedenen Unterrichtsmethoden, insbesondere von den handlungsorientierten Unterrichtskonzepten, die oft fächerübergreifend von einem Lehrerteam umgesetzt werden.

Schulleiter Dr. Friedhard Nichterlein hatte die bayerischen Berufsschulen bereits im November bei einem chinesisch-deutschen Symposium in Shanghai und Hangzhou vertreten und dort v. a. die pädagogische Schwerpunktsetzung der Berufsschule Rothenburg-Dinkelsbühl vorgestellt.

Landesverband

Aktuelles aus dem GV

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist die Landtagswahl 2008 ein zentrales Thema in den Vorstandssitzungen. Die im Monat März stattfindenden Gesprächsrunden („Parlamentarische Abende“) mit den im Landtag vertretenen Parteien erhalten unter diesem Gesichtspunkt eine besonders hohe Bedeutung. Noch immer ist nicht jedem Mitglied des Landtages klar, welche hohe Belastung die Lehrkräfte an beruflichen Schulen ausgesetzt sind. Genau dieses Thema wird der Schwerpunkt unserer Gespräche sein. Wir sind uns dabei durchaus der Gefahr bewusst, von der Politik als „Funktionäre“ gesehen zu werden, die sozusagen „qua Amt jammern müssen“. Gerade deshalb ist es wichtig, dass alle Kolleginnen und Kollegen vor Ort in Gesprächen mit Politikern und Politikerinnen die Situation aus ihrer ganz persönlichen Sicht schildern.

Aufgrund der schnellen und effektiven Reaktion des VLB in Sachen BAföG-Neuregelung bewegt sich etwas in eine positive Richtung. Sachstand ist, dass im Referentenentwurf nicht mehr drei Jahre Berufstätigkeit nach erfolgreichem Abschluss der Berufsausbildung gefordert werden, sondern nur noch ein Jahr. Um es klar zu sagen: Damit sind wir als VLB nicht einverstanden! Wir fordern weiterhin die elternunabhängige Förderung ohne Wartezeiten! Sollte es auf Bundesebene nicht möglich sein, dieses Ziel durchzusetzen, dann verlangen wir eine bayerische Lösung. Konkret heißt dies, wenn der Bund nicht leistet, dann muss der Freistaat Bayern einspringen. Hilfreich dabei könnte sein, dass das Gesetz erst im Oktober 2007 in Kraft treten soll. Dadurch kann man Zeit gewinnen und insbesondere in Wahlkampfzeiten Überzeugungsarbeit leisten. Das Thema BAföG ist übrigens nicht nur für die betroffenen Schüler wichtig, sondern auch für un-

seren Lehrkräfte-Nachwuchs. Viele Kolleginnen und Kollegen an beruflichen Schulen haben selbst die Berufsoberschule besucht. Wenn dieser Weg aus finanziellen Gründen für viele verbaut wird, hat das für uns alle mittelfristig gravierende Auswirkungen negativer Art.

Erfreuliche Fortschritte macht die Neuorganisation unserer Mitgliederverwaltung. Wenn die neue Datenbank realisiert ist, wird sich die Verwaltungsarbeit für die Kreis- und Bezirksverbände wesentlich erleichtern. Um die Geschäftsstelle auf die neue Verwaltung umzustellen, muss das Büro in der Dachauer Straße ungefähr drei Tage geschlossen bleiben. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest, aber vermutlich wird es Anfang bis Mitte April sein. Informieren Sie sich bitte über unsere Homepage. Wir bitten Sie um Verständnis für diese Maßnahme!

Zum Abschluss noch eine positive Meldung: Unsere Mitgliederzahl steigt!

In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihr Engagement in unserer Solidargemeinschaft VLB

Ihr Alexander Liebel

Bezirks- und Kreisverbände

BV München

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Zur diesjährigen Jahreshauptversammlung lädt der Bezirksverband in das Kerschensteiner Berufsschulzentrum ein:

Termin:

Donnerstag 19. April 17.00 Uhr, Kerschensteiner Berufsschulzentrum München Aula, Liebherrstraße 13, 80538 München

Anschließend für alle interessierten Kollegen/Innen und Gäste ab 18.30 Uhr ebenfalls in der Aula:

Informationsveranstaltung des BV-München

Dr. med. Dagmar Ruhwandl, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie und Lehrbeauftragte an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der TU München, stellt ihr neues Buch vor:

Erfolgreich ohne auszubrennen

Die Betroffenen: Nur wer brennt, brennt aus. Jeder zweite Lehrer in Deutschland wird aus psychischen Gründen arbeitsunfähig, bevor er in Pension geht. Seriöse Zahlen, wie viele Menschen in Deutschland ausgebrannt sind, gibt es nicht. Das „Burnout-Syndrom“, die totale psychische und oft auch körperliche Erschöpfung, trifft vor allem Menschen, die eigentlich ein starkes Engagement für ihren Beruf haben, die sich aber oft gnadenlos unter Erfolgs- und Durchhaltedruck setzen und damit ihre Kräfte überfordern.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!
Erich Baumann

KV Nordschwaben

Fortbildung für JoA-Lehrkräfte

Vor allem in Klassen mit Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz treffen wir Lehrkräfte zunehmend auf junge Menschen, die mit sich und anderen verächtlich umgehen und sich schwer-

lich in Gruppen einfügen können. Unkontrollierte Aggressionen und aggressive Verhaltensweisen sind eher zu beobachten als Kritik- und Entscheidungsfähigkeit oder konstruktive Konfliktlösungsmechanismen.

Andererseits rücken soziale Kompetenzen in der beruflichen Ausbildung immer stärker ins Blickfeld und die Schule soll verstärkt grundlegende Wertvorstellungen vermitteln.

Meist wird bei „schwierigen“ Klassen die Forderung nach fachkundiger Unterstützung durch Sozial- oder Sonderpädagogen laut.

Allerdings sind nicht alle Schulen in der glücklichen Lage auf diese Hilfen zurückgreifen zu können. Und selbst wenn ein Jugend- oder Schulsozialarbeiter an der Schule tätig ist oder wenn z. B. ein Mobiler Sonderpädagogischer Dienst zum Einsatz kommen kann, sollte Disziplin- und Verhaltensstörungen möglichst vorgebeugt werden. Hier können sozialpädagogische Elemente den Unterricht nicht nur auflockern, sondern auch präventiv bereichern, damit Lehrkräfte in der täglichen Arbeit nicht verschlissen werden, Jugendliche ihr Recht auf Bildung und gesunde Entwicklung bekommen und Zeit bzw. andere Ressourcen nicht sinnlos vertan werden.

Deshalb wurde wie in Heft 11-12/06 versprochen, das Referat von Ulrich Schuster, welches im Rahmen der Veranstaltung des Arbeitskreises Jugendliche ohne Ausbildungsplatz beim Berufsbildungskongress in Memmingen nicht mehr ausgeführt werden konnte, zu einer VLB-Fortbildung ausgeweitet.

Der Kreisverband Nordschwaben trat als Veranstalter auf und unterstützte finanziell, die restlichen Kosten – soweit nicht aus der Eigenbeteiligung der Teilnehmer/innen gedeckt – übernahmen die Beruflichen Schulen Neusäß, in deren Räumen die Veranstaltung auch stattfinden durfte.

15 Interessierte aus Nordschwaben, Augsburg und dem Allgäu fanden sich trotz „heiligem“ Wochenende ein und erprobten am eigenen Leib z. B. das Erspüren und Benennen eigener Emotionen im Morgenkreis als einer Übung zur Selbstwahrnehmung, Wortschatzübungen zur Verbalisierung von typischen Konfliktsituationen und Beziehungen sowie den Wochenrückblick als Möglichkeit der Lebenskonzentration.

Vom Persönlichkeitsbild/Selbstkonzept nach Rogers ausgehend wurden anschließend die pädagogische Beziehung unter die Lupe genommen und Ansätze für die Konfliktvermeidung bzw. -moderation ebenso wie auch vielfältige Methoden der Persönlichkeitsstärkung angesprochen bzw. bearbeitet.

Obwohl die Teilnehmer/innen kaum zu bremsen waren und sich lediglich eine Kurzpause gönnten, erwies sich die Zeit wiederum als nicht ausreichend. Der Wunsch nach einer Fortsetzung der kurzweiligen Fortbildung wurde laut. Nun hoffen wir auf einen gastfreundlichen Kreisverband für die Anschlussveranstaltung, wengleich auch offensichtlich wurde, dass schulinterne Fortbildungen zu diesem Themenbereich langfristig erfolgversprechender wären.
Barbara Dilberowic



Michael Randi, Karin Mayr, Stephanie Schafbauer und Wolfgang Horsch bei intensiver Besprechung.



Facetten/Komponenten der pädagogischen Beziehung.

KV Nordschwaben

Exkursion nach Wien

Unter der Leitung des stellvertretenden Kreisvorsitzenden Günther Schuster und der Unterstützung von Günter Grunick (ALP Dillingen) unternahm 40 Mitglieder des des Kreisverbandes in den Herbstferien eine Exkursion nach Wien.

Höhepunkt des bildungspolitischen Teils der Reise war ein Empfang im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, der durch die freundliche Vermittlung von Prof. Aff, Institut für Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftsuniversität Wien, zustande kam und der Besuch einer Bundeshandelsakademie / Bundeshandelsschule in Baden bei.

Nach den einleitenden Worten von Ministerialrätin Javurek (Leiterin der Sektion Handelsakademien/Handelschulen) gab Magisterin Berger einen Überblick über die Aktivitäten der Lehrerweiterbildung an Kauf-

männischen Vollzeitschulen in Wien. Anschließend referierte Mag. Rainer Baier zum Thema: Lernmanagement mit Hilfe von E-Plattformen – dargestellt an der E-Plattform der WU-Wien sowie der systematischen Implementierung einer „Plattformdidaktik“ in den Schulen Burgenlands. Der Vortrag von Dr. Hauer beschäftigte sich mit den Bildungsstandards in der beruflichen Bildung.

Von steigenden Studentenzahlen in seiner Bundeshandelsakademie, der Bundeshandelsschule und Bundesakademie für Berufstätige in Baden berichtete am Nachmittag Schulleiter Dr. Bertam Zottl.

Wir danken allen Referenten für die freundliche Aufnahme im Bundesministerium und in der BHAKB/BHAS Baden und die äußerst interessanten Einblicke in das Bildungswesen unseres Nachbarlandes. Unserer besonderer Dank geht an Prof. Aff und seine Mitarbeitern für die perfekte Organisation der Veranstaltung.

Jürgen Wunderlich



Ein Teil der informationswilligen nordschwäbischen VLB'ler.

Fachgruppen

FG Sport

Bayerische Fußballmeisterschaft der beruflichen Schulen 2007 – Bezirksmeisterschaften auf bayerischer Ebene?

Bei der letztjährigen Auflage der Bayerischen Fußballmeisterschaft spielten nach kurzfristigen Absagen von 2 Mannschaften insgesamt nur noch 3 Mannschaften um den Sieg: Ingolstadt (Meister), Würzburg (Vize) und Schweinfurt. Bezirksturniere er-

übrigten sich damit! Alle interessierten Mannschaften, die an der 23. Auflage der Meisterschaft teilnehmen wollen – hoffentlich wieder mehr als die oben genannten – melden sich bitte direkt bei mir an.

Spielgemeinschaften aus verschiedenen beruflichen Schulen einer Stadt sind zulässig/erwünscht. So spielen z. B. in Würzburg seit einigen Jahren die früheren Rivalen KBBZ und BBZ I friedlich miteinander, was ich persönlich als Bereicherung empfinde.

Inzwischen pflegen wir durch die Meisterschaft auch Kontakt zum BBZ II.

Anfragen und Meldungen richten Sie bitte an:

Rudi Tauber, BS Würzburg (KBBZ), Adresse privat:
Tel. 0931/886828, Fax 0931/8802308,
E-Mail tauber-wue@t-online.de
Meldeschluss: 25. April 2007

Die Ausscheidungsspiele werden unter Berücksichtigung der regionalen Beziehungen zusammengestellt. Ich persönlich hoffe natürlich wieder auf den Klassiker/das Derby Würzburg – Schweinfurt (Stand in den letzten 14 Jahren leider 8:6 für Schweinfurt). Gegebenenfalls, z.B. über eine spielfreie Runde, wird das Los entscheiden.

Wie soll es weitergehen?

Macht eine bayerische Meisterschaft mit 3 – 5 teilnehmenden Mannschaften überhaupt noch Sinn? Sollten wir z.B. eine Kleinfeldmeisterschaft mit 5 Spielern pro Mannschaft austragen, eventuell in Turnierform an einem Tag?

Bitte teilen Sie mir Ihre Meinung mit – insbesondere interessierte Mannschaften, die bei diesem Modus wieder mitspielen würden/könnten. Auch für andere Vorschläge/Anregungen bin ich dankbar.

Rudi Tauber

Senioren

Positive Überraschung für Pensionäre durch das neue Beihilferecht

Das ab 1. Januar 2007 geltende bayerische Beihilferecht hat den Versorgungsempfängern und deren beihilfeberechtigten Angehörigen (i.d.R. Ehegatten, Witwe, Witwer, Kinder) die Beihilfefähigkeit von Kuren gebracht. Eine solche Verbesserung lässt in Zeiten nahezu flächendeckender Einsparungen nach den Haken, Motiven, Hintergründen fragen – so weit sind wir!

Aber ich wurde nicht fündig in dieser von Misstrauen geleiteten Recherche. Der hehre Gedanke der Gleichbehandlung sei zum Durchbruch gekommen. Verbuchen wir diese Entwicklung auf der Habenseite!

Sinn von Kuren, die bisher nur für Aktive beihilfefähig waren, war bisher „die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Dienstfähigkeit“. Nun sind ambulante Heilkuren „als Maßnahmen bei erheblich beeinträchtigter Gesundheit“ definiert (§ 30 (4)). Voraussetzungen für die Beihilfefähigkeit nun § 30: „Die Kuren müssen mit Heilbehandlungen nach § 19 nach einem ärztlich erstellten Kurplan in einem im Heilkurortverzeichnis des Staatsministeriums der Finanzen aufgeführten Heilkurort durchgeführt werden. Die Unterkunft muss sich im Heilkurgebiet befinden und ortsgebunden sein; eine Unterkunft im Wohnwagen, auf Campingplätzen und dergleichen ist nicht ausreichend.“

(5) Bei Kuren nach dem vorstehenden Absatz sind beihilfefähig die Aufwendungen für

1. gesondert erbrachte und berechnete Leistungen nach den §§ 8, 18 und 19,
2. Familien- und Haushaltshilfe nach § 25,
3. Fahrtkosten nach § 29 Abs. 6 Satz 1 Nr. 5,
4. die Kurtaxe,
5. den ärztlichen Schlussbericht,
6. eine behördlich als notwendig anerkannte Begleitperson für Schwerbehinderte,
7. Unterkunft und Verpflegung bis zu 26 Euro pro Tag und Person, begrenzt auf die Dauer von höchstens 21 Tagen.



Die Stadt Regensburg sucht

für das berufliche Schulzentrum Matthäus Runtinger zum Schuljahr 2007/2008

- **Diplomhandelslehrer/innen mit den Doppelwahlpflichtfächern Englisch, Mathematik, Wirtschaftsinformatik und im Unterrichtseinsatz in Lernfeldern,**
- **Lehrkräfte mit der Befähigung für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen mit Zusatzlehrbefähigung Mathematik, Technologie und/oder Informatik**
- **Gymnasiallehrer Mathematik/Physik oder Informatik.**

Der Unterrichtseinsatz kann sowohl an der Berufsschule, als auch Berufsoberschule und der Berufsfachschule erfolgen.

für die städtische Berufsschule II für Ernährungs-, Textil-, Bau-, Holz-, Farb- und gestaltende Berufe zum Schuljahr 2007/08

- **Lehrkräfte für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen mit den beruflichen Fachrichtungen Bautechnik bzw. Druck- und Medientechnik.**

Bevorzugte weitere Unterrichtsfächer sind Englisch, Sozialkunde und Deutsch. In den Fächern Deutsch und Sozialkunde ist auch ein Einsatz an der Fachakademie für Hauswirtschaft möglich.

Gesucht werden engagierte Kolleginnen und Kollegen, die den Weg einer modernen Schulentwicklung mit uns gehen, team- und handlungsorientiert unterrichten, fach- und sozialkompetent sind, zeitgemäße Medien im Unterricht einsetzen können und mit ihren kreativen Ideen die Qualität der Schule verbessern helfen.

Die zu besetzenden Stellen sind nach Besoldungsgruppe A 13/ A 14 bzw. Entgeltgruppe 13 TVöD ausgewiesen.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Die Bewerbung von Frauen ist ausdrücklich erwünscht. Die Stadt Regensburg berücksichtigt Kompetenzen aus Familienarbeit und sozialer Tätigkeit bei Personalauswahlungen. Aussagen hierzu sind in der Bewerbung erwünscht.

Ihre vollständigen und aussagefähigen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Ausbildungs- und Arbeitszeugnisse etc.) bitten wir bis spätestens **05. April 2007** an die Stadt Regensburg, Hauptabteilung Personalsteuerung, Postfach 11 06 43, 93019 Regensburg, zu senden.

Bei Pauschalreisen in Einrichtungen nach Abs. 3, für die eine Preisvereinbarung mit einem Sozialleistungsträger besteht, ist die Beihilfefähigkeit auf den Pauschalpreis begrenzt.

(6) Die Aufwendungen nach Abs. 5 sind nur beihilfefähig, wenn

1. erstmalig eine Wartezeit von insgesamt fünf Jahren Beihilfeberechtigung oder Berücksichtigungsfähigkeit nach diesen oder entsprechenden Beihilfevorschriften erfüllt ist,

2. im laufenden und den beiden vergangenen Kalenderjahren keine Heilkur nach Abs. 1 bis 4 durchgeführt und beendet wurde,
3. ambulante ärztliche Behandlungen und Heilbehandlungen außerhalb von Kurmaßnahmen wegen erheblich beeinträchtigter Gesundheit nicht ausreichend sind,
4. die medizinische Notwendigkeit vor Beginn der Kur durch eine ärztliche Bescheinigung nachgewiesen ist,
5. die Kur nicht weitgehend der Vorsorge

dient; Gleiches gilt für Maßnahmen, deren Zweck eine berufliche Rehabilitation ist, wenn medizinisch keine kurmäßigen Maßnahmen mehr erforderlich sind.

Obwohl ein „Vorankennungsverfahren“ nicht vorgeschrieben ist, (bisher für die Aktiven) dürfte eine Voranfrage bei beabsichtigten Kuren bei der Beihilfestelle zweckmäßig sein – Sicherheit geben.

Fußnote zu § 30 (5)

zu 1. § 8 Ärztliche, zahnärztliche psychotherapeutische Leistungen und Heilpraktikerleistungen

§ 18 Arznei- und Verbandsmittel

§ 19 Heilbehandlungen

Zu 3. § 29 Fahrtkosten; Für An- und Abreise in Höhe von 0,20 Euro je Entfernungskilometer, höchstens bis zu 200,00 Euro, unabhängig vom benutzten Beförderungsmittel. Die Entfernungskilometer bestimmen sich regelmäßig nach der kürzesten üblicherweise mit einem KFZ zwischen Wohnung und Einrichtung zurückzulegenden Strecke. Außerdem sind bei Fahrten mit regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln die nachgewiesenen Kosten für nicht persönlich mitgeführtes Gepäck beihilfefähig. *Berthold Schuller*

Personalien

Feiern, wie die Jubiläen fallen

Unter dem Titel „Informationen, Festlichkeit und Ehrung“ startete der Kreisverband Oberpfalz-Nord – etwas verzögert durch „Kyrill“ – ins Neue Jahr. Auf der mittelalterlichen Burg Wildenau gab man sich mit „alten“ Klängen, gespielt von jugendlichen Bläsern unter der musikalischen Leitung von Heinrich Müller (Kassier) und hofiert von SchülerInnen der BFS Wiesau für Hotel- und Tourismusmanagement, einen festlichen Rahmen.

Am Jahresanfang wurde die Gelegenheit wahrgenommen, den langjährigen Mitgliedern für ihre Leistungen und ihre treue Zugehörigkeit Dank und Anerkennung zu zollen.

Jubilär Lothar Fischer (40 Jahre VLB-Mitglied) zeichnet dienstältestes Mitglied der KV Oberpfalz-Nord Fritz Rosner für 55 Jahre Verbands-treue aus.



Auf 25 Jahre im Verband blicken Alfons Barth, Brigitte Bayer-Häring, Gerhard Häring und der Bezirkspersonalrat Martin Krauß (alle BS Weiden) zurück. Die Weggefährten Berthold Gmeiner und Lothar Fischer konnten die 40-jährige Mitgliedschaft feiern.

Ein herausragender Dank gilt hier dem Doppeljubilär Lothar Fischer (70), der sich seit Jahrzehnten mit riesigem Engagement für die Belange der beruflichen Bildung einsetzt. Der Weidener, der der dortigen staatlichen Berufsschule ab 1992 fast 10 Jahre als Schulleiter vorstand, engagierte sich über die Maßen als langjähriger Kreisvorsitzender und bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Schuldienst 16 Jahre als Bezirksvorsitzender der Oberpfalz. Seine Nachfolgerin im Bezirksvorstand Sophia Althenmann attestiert Fischer in einer Grußnote „höchste Leidenschaft“ und sagt der „treibenden Kraft und „Kultfigur“ des Oberpfälzer VLB“ ein „herzliches Vergelt's Gott für seine unzähligen Aktivitäten. In seiner Funktion als Seniorenvertreter und Ehrenbezirksvorsitzender der Oberpfalz zeichnet Fischer in einer Laudatio Fritz Rosner aus, der mit 55-jähriger Mitgliedschaft sicherlich das dienstälteste Verbandsmitglied unseres KV ist. „An seiner Vita könne man die Verbandsgeschichte entwickeln“, so Fischer. Bereits einmal in den VLB (damals: Verband der Landwirtschaftslehrer in Bayern) eingetreten, landete der 84-jährige Wiesauer schließlich nach Fusion im VBB (Verband der Bay. Berufsschullehrer), und nach erneuter Fusion mit dem VDH (Verband der Handelslehrer) wieder im heutigen VLB.

Der Kreisvorsitzende Dr. Kellner hob die Wichtigkeit und Bedeutung jedes ein-

zelnen Verbandsmitgliedes hervor und dankte den Jubilaren für ihre Treue und ihr vorbildliches Engagement, womit sie dem Verband Gewicht und Stimmkraft verliehen für eine starke Interessenvertretung.

Dr. Gerhard Kellner

Wir gratulieren im April ...

... zum 86. Geburtstag

- Fischer, Else**, 09.04.
86842 Türkheim, KV Allgäu
Langenmayr, Hermann, 11.04.
89426 Mödingen, KV Nordschwaben
Conrad, Rudolf-Eugen, 13.04.
86161 Augsburg, KV Augsburg
Cislak, Eduard, 21.04.
94133 Röhrnbach, KV Ndb.-Ost
Osterholzer, Juliane, 30.04.
94148 Kirchheim, KV Ndb.-Ost

... zum 83. Geburtstag

- Schuberth, Michael**, 26.04.
86316 Friedberg, KV Nordschwaben

... zum 82. Geburtstag

- Eppich, Egon**, 22.04.
82362 Weilheim, KV Obb.-Südwest

... zum 81. Geburtstag

- Zimmermann, Charlotte**, 08.04.
86825 Bad Wörishofen, KV Allgäu
Zobl, Brigitte, 23.04.
87527 Altstädten, KV Allgäu
Kölbl, Heinrich, 26.04.
94032 Passau, KV Ndb.-Ost



Wir suchen für unsere **beruflichen Schulen** zum Schuljahresbeginn 2007/2008

Lehrkräfte

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Berufsschulen für die Fachrichtung

- Ernährungswissenschaften mit Zweitfach Chemie
 - Metalltechnik möglichst mit Schwerpunkt Kraftfahrzeugtechnik, Zweitfach Englisch erwünscht
 - Metalltechnik möglichst mit Schwerpunkt Fertigungstechnik, Zweitfach Englisch erwünscht
 - Gesundheits- und Pflegewissenschaften
 - Bautechnik/ Physik
 - Bautechnik/ Mathematik
 - Bautechnik/ Englisch
 - Bautechnik/ Schulpsychologie (Beratungslehrer)
- (Der Einsatz bei den Stellen »Bau« erfolgt auch im BVJ und in den JoA-Klassen)**

- Elektrotechnik, möglichst mit Zweitfach Englisch oder Informatik

Fachlehrer/innen

jeweils mit abgeschlossener Fachlehrerausbildung für das Berufsfeld

- Metalltechnik mit Schwerpunkt Fertigungstechnik
- Hotelmeister
- Konditormeister
- Meister im Maler- und Lackierhandwerk
- Schreibtechnik (befristet für 1 Jahr)

Ferner suchen wir

Diplomhandelslehrer/innen

- mit Zweitfach Kath. Religionslehre
- möglichst mit Zweitfach Englisch oder Sozialkunde

Weitere Informationen sind dem Internet unter www.augsburg.de, Rubrik Stellenangebote zu entnehmen.

... zum 80. Geburtstag

- Härtl, Werner**, 08.04.
84036 Landshut, KV Landshut
Meier, Elfriede, 26.04.
92278 Illschwang, KV Amberg-Sulzbach
Nothhaft, Fritz, 18.04.
95239 Zell, KV Ofr.-Nordost
Pfister, Paul, 04.04.
91301 Forchheim, BV München
Windmeißer, Max, 05.04.
93449 Waldmünchen, KV Cham

... zum 75. Geburtstag

- Dolling, Horst**, 15.04.
95032 Hof, KV Ofr.-Nordost
Wehrich, Georg, 29.04.
90556 Seukendorf, KV Mfr.-Nord

... zum 70. Geburtstag

- Botzlar, Renate**, 03.04.
94032 Passau, KV Ndb.-Ost
Kotz, Werner, 27.04.
87674 Ruderatshofen, KV Allgäu
Meißner, Hermann, 30.04.
83435 Bad Reichenhall, KV Schwandorf

Nürnberger, Heinz, 07.04.

- 97074 Würzburg, KV Würzburg
Schwaiger, Hans, 10.04.
90765 Fürth, KV Mfr.-Nord
Tank, Dietmar, 18.04.
85051 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Weisenberger, Hermann, 23.04.
97225 Zellingen, KV Würzburg
Welkner, Dieter, 04.04.
83026 Rosenheim,
KV Rosenheim-Miesbach

... zum 65. Geburtstag

- Fischer, Albert**, 17.04.
92318 Neumarkt-Lähr,
KV Neumarkt
Führlein, Werner, 25.04.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Gampe, Hans, 07.04.
82229 Seefeld, KV Obb.-Südwest
Hieber, Werner, 24.04.
86529 Schrobenhausen,
KV Obb.-Nordwest
Krumm, Gerhard, 16.04.
86161 Augsburg, KV Nordschwaben

Lernet, Franz, 07.04.

- 86157 Augsburg, KV Augsburg
Petzoldt, Heinrich, 04.04.
91126 Schwabach, KV Mfr.-Süd
Richter, Benno, 03.04.
80993 München, BV München
Schmatz, Elmar, 10.04.
93059 Regensburg, KV Regensburg
Tzschentke Jürgen, 23.04.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Zegarski, Rotraud, 04.04.
81927 München, BV München

... zum 60. Geburtstag

- Achatz, Gerhard**, 05.04.
93051 Regensburg, KV Regensburg
Angebrandt, Benno, 13.04.
96126 Maroldsweisach,
KV Main-Rhön
Büchler, Wilhelm, 14.04.
87700 Memmingen, KV Allgäu
Eggersdorfer, Franz, 12.04.
82383 Hohenpeißenberg, KV Obb.-Süd
Fritsch, Ilse, 28.04.
93080 Pentling, KV Regensburg

Günther, Herbert, 18.04.
86477 Adelsried, KV Augsburg
Habermann, Volker, 19.04.
87700 Memmingen, KV Allgäu
Hible, Peter, 29.04.
82491 Grainau, KV Obb.-Südwest
Huber, Josef, 12.04.
81379 München, BV München
Kincses, Franz, 13.04.
84367 Tann, KV Ndb.-Ost
Küffner, Reinhard, 20.04.
93309 Kelheim, KV Landshut
Maurer, Ernst, 27.04.
85067 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
May, Bernhard, 29.04.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön
Rasch, Karl, 12.04.
88178 Heimenkirch, KV Allgäu
Rigl, Martin, 04.04.
93051 Regensburg, KV Regensburg
Schendel, Elisabeth, 01.04.
84385 Eggiham, KV Ndb.-Ost
Schmidt, Dieter, 20.04.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Weber, Werner, 21.04.
87561 Oberstdorf-Tiefenbach, KV Allgäu
Zeh, Erwin, 25.04.
83043 Bad Aibling,
KV Rosenheim-Miesbach

In den Ruhestand sind gegangen ...

Grüner-Schürer, Monika,
KV Bayreuth-Pegnitz
Knoll, Norbert, BV München
Lindner, Sonnhild, KV Allgäu
Pfauntsch, Karl-Heinz, KV Opf.-Nord
Reinhart, Helmut, KV Mfr.-Süd
Richter, Benno, BV München
Dr. Klaus Rothlauf, KV Ofr.-Nordwest
Salzl, Dieter, KV Opf.-Nord
Schmid, Günther, KV Allgäu
Schricker, Günter, BV München

Wir trauern um ...

Dietlein, Michael, KV Mfr.-Süd, 88
Hauß, Norbert, KV Obb.-Nordwest, 57
Hofmann, Franz, KV Opf.-Nord, 62
Köhler, Karl, KV Mfr.-Süd, 95
Mühlbauer, Max,
KV Amberg-Sulzbach, 81
Schwipps, Sabine, Landesverband, 27
Stoffel, Gertrud, 85, KV Main-Rhön, 85
Engel, Klaus, KV Mittelfranken-Nord, 74

Dichtl, Gabriele, KV Nordschwaben, 72
Swoboda, Gerhard, KV Regensburg, 79
Schimmel, Anna, BV München, 83

Wir gratulieren im Mai ...

... zum 94. Geburtstag
Guggumos, Irmingard, 24.05.
86415 Mering, KV Augsburg
Pregler, Otmar, 31.05.
96047 Bamberg,
KV Bamberg-Forchheim

... zum 87. Geburtstag
Metzger, Johanna, 04.05.
82441 Ohlstadt, KV Obb.-Südwest

... zum 86. Geburtstag
Pöll, Josef, 01.05.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord
Wagner, Karl-Theodor, 02.05.
84544 Aschau, KV Altötting-Mühld.
Metzner, Fritz, 29.05.
80637 München, BV München

... zum 85. Geburtstag
Fritsche, Alfred, 24.05.
86152 Augsburg, KV Augsburg
Mochan, Günther, 22.05.
87640 Biessenhofen, KV Allgäu
Riebei, Erna L., 18.05.
90409 Nürnberg, KV Nürnberg
Schrödinger, Max, 19.05.
94315 Straubing, KV Donau-Wald

... zum 84. Geburtstag
Felker, Hans-Georg, 11.05.
91583 Schillingsfürst, KV Mfr.-Süd
Wirth, Heinrich, 30.05.
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest

... zum 83. Geburtstag
Geyer, Wilhelm, 13.05.
84034 Landshut, KV Landshut
Tischer, Ruth-Maria, 18.05.
91475 Lonnerstadt, KV Mfr.-Nord
Holzinger, Edeltraud, 28.05.
94036 Passau, KV Ndb.-Ost

... zum 82. Geburtstag
Ritter, Christoph, 19.05.
90425 Nürnberg, KV Nürnberg
Kellner, Edmund, 02.05.
94315 Straubing, KV Donau-Wald

Fischer, Otto, 07.05.
84347 Pfarrkirchen, KV Ndb. Ost
Heller, Helmut, 13.05.
84034 Landshut, KV Landshut
Seidelmann, Johanna, 17.05.
86316 Friedberg, KV Nordschwaben
Christl, Johannes, 20.05.
87656 Germaringen, KV Allgäu
Gruber, Michael, 22.05.
92318 Neumarkt, KV Cham

... zum 81. Geburtstag
Böhmer, Hedwig, 02.05.
95158 Kirchenlamitz, KV Ofr.-Nordost
Hobelsberger, Karl, 17.05.
94065 Waldkirchen, KV Ndb.-Ost
Kubis, Winfried, 31.05.
92331 Parsberg, KV Regensburg
Frieb, Herbert, 31.05.
94315 Straubing, KV Donau-Wald

... zum 80. Geburtstag
Diersch, Hans, 12.05.
91320 Ebermannstadt, KV Bamberg-Forch.
Leinauer, Helmut, 19.05.
86551 Aichach, KV Nordschwaben
Riess, Helmut, 30.05.
91575 Windsbach, KV Mfr.-Süd

... zum 75. Geburtstag
Egger, Rudolf, 02.06.
85276 Pfaffenhofen,
KV Obb.-Nordwest
Röder, Rudolf, 05.05.
96050 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim
Schmid, Walter, 14.05.
63741 Aschaffenburg, KV Untermain

... zum 70. Geburtstag
Gebhard, Helmut, 02.05.
88131 Lindau, KV Allgäu
Grützner, Norbert, 29.05.
97456 Hambach, KV Main-Rhön
Dr. Krause, Hartmut, 15.05.
91052 Erlangen, KV Bamberg-Forchheim
Reischl, Erwin, 26.05.
85551 Kirchheim, KV Obb.-Nordwest
Röder, Herta, 08.05.
84503 Altötting, KV Altötting-Mühldorf
Schober, Hermann, 13.05.
86165 Augsburg, KV Augsburg
Spiegel, Wilhelm, 27.05.
97475 Zeil, KV Main-Rhön

... zum 65. Geburtstag
Betzler, Adalbert, 04.05.
87700 Memmingen, KV Allgäu

Fröhlich-Kiauka, Sabine, 06.05.
A-5122 Ach/Österreich
Großmann, Rainer, 07.05.
85356 Freising, KV Altötting-Mühldorf
Hofmann, Günter, 29.05.
91126 Schwabach, KV Mfr.-Süd
Lindner, Sonnhild, 17.05.
87439 Kempten, KV Allgäu
Medrisch, Peter R., 07.05.
86420 Diedorf, BV München
Morhardt, Ernst, 22.05.
87740 Buxheim, KV Allgäu
Schmid, Günther, 02.05.
87700 Memmingen, KV Allgäu
Stobinski, Hans-Jürgen, 14.05.
94036 Passau, KV Ndb.-Ost
Vollmer, Martin Karl, 10.05.
86956 Schongau, KV Obb.-Südwest
Zinke, Gerhard, 12.05.
97616 Bad Neustadt, KV Main-Rhön

... zum 60. Geburtstag
Bernt, Marieluise, 11.05.
82031 Grünwald, KV Obb.-Südwest
Burger, Reinhard, 21.05.
95180 Berg, KV Ofr.-Nordost
Gläbel, Hans-Peter, 26.05.
97288 Theilheim, KV Würzburg
Hartmann, Jochen, 16.05.
97840 Hafenhof, KV Würzburg
Hering, Albert, 13.05.
87700 Memmingen, KV Allgäu
Kathrein, Hans, 04.05.
85057 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Kohler, Matthias, 09.05.
83278 Traunstein, KV Rosenheim-Miesbach
Mayr, Helmut, 13.05.
87545 Burgberg, KV Allgäu
Niessner, Dieter, 09.05.
86316 Friedberg, KV Augsburg
Poidinger, Franz, 22.05.
91077 Neunkirchen, KV Mfr.-Nord
Scheule, Otto, 15.05.
86956 Schongau, KV Obb.-Südwest
Schnackig, Barbara, 07.05.
91090 Effeltrich, KV Bamberg-Forchheim
Seith, Gerhard, 15.05.
97424 Schweinfurt, KV Main-Rhön
Spitaler, Josef, 17.05.
92690 Pressath, KV Bayreuth-Pegnitz
Wagner, Walter, 22.05.
97273 Kürnach, KV Würzburg
Winkler, Johann, 10.05.
94508 Schöllnach, KV Donau-Wald
Woelk Joachim, 16.05.
95517 Emtmannsberg,
KV Bayreuth-Pegnitz

Für Sie persönlich

Sachinformation und praktische Hinweise:

Fragen des Behindertenrechts

Anerkennung als Schwerbehinderte(r)
Nach dem Sozialgesetzbuch (SGB, Neuntes Buch) sind Menschen schwerbehindert, wenn bei ihnen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt (§ 2 SGB IX).

Behinderung ist die Auswirkung einer nicht nur vorübergehenden Funktionsbeeinträchtigung, die auf einem regelwidrigen körperlichen, geistigen oder seelischen Zustand beruht. Bei mehreren sich gegenseitig beeinflussenden Funktionsbeeinträchtigungen ist deren Gesamtauswirkung maßgeblich. Personen mit einem Grad der Behinderung (GdB) von 30 oder 40 können vom zuständigen Arbeitsamt unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Gefährdung des Arbeitsplatzes, der Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit) den Schwerbehinderten gleichgestellt werden.

Feststellung der Behinderung

Auf Antrag des Beschäftigten wird das Vorliegen einer Behinderung und der Grad der Behinderung durch das zuständige „Amt für Versorgung und Familienförderung“ festgestellt (§ 69 SGB IX). Bei den Versorgungsämtern, bei vielen Gemeindeverwaltungen oder bei den Vertrauensmännern/Vertrauensfrauen für Schwerbehinderte können die benötigten Formblätter angefordert werden. Diese sind sorgfältig und vollständig auszufüllen. Sofern Unterlagen über den derzeitigen Gesundheitszustand (Befunde, Röntgenbilder, ...) vorhanden sind, können diese beigelegt werden. In der Regel erfolgt keine weitere ärztliche Untersuchung, sondern das Versorgungsamt fordert bei den behandelnden Ärzten Berichte an. Der Dienstherr (Schulamt, Regierung) erfährt von der Antragstellung nichts.

Das Versorgungsamt stellt nach Prüfung aller Unterlagen einen Bescheid zu, mit dem der Ausweis bei der zuständigen Behörde am Wohnort abgeholt werden kann. Der Schwerbehindertenausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Rechten und Nachteilsausglei-

chen, die Schwerbehinderten nach dem Schwerbehindertengesetz oder anderen Vorschriften zustehen. Nach Vorlage des Schwerbehindertenausweises beim zuständigen Schulleiter/Regierung kann der Antrag auf Stundenermäßigung (vgl. Ziff. 1.1) gestellt werden. Auch die übrigen dienstlichen Vorteile können ab diesem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden. Die sonstigen Auswirkungen gelten ab Antragstellung! Änderungen des GdB oder das Erlöschen der Schwerbehinderteneigenschaft sind ebenso mitzuteilen wie die Verlängerung des Ausweises. Anschriften der Versorgungsämter siehe Tabelle 1 am Ende des Artikels.

1.4. Versorgungsabschluss bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand (ab 01.01.2001)

Ein Versorgungsabschluss wird künftig erhoben, wenn der schwerbehinderte Beamte seine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand mit Erreichen der allgemeinen Antragsaltersgrenze des 63. Lebensjahres beantragt. Gemäß § 14 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 Beamtenversorgungsgesetz wird ein Versorgungsabschluss in Höhe von 3,6 v. H. vom Ruhegehalt für jedes Jahr erhoben, um das der Schwerbehinderte vor Ablauf des Monats, in dem er das 63. Lebensjahr vollendet, auf seinen Antrag hin in den Ruhestand versetzt wird. Die maximale Höhe des Versorgungsabschlages beträgt 10,8 v. H. Bei der Pensionierung eines Schwerbehinderten nach Vollendung des 63. Lebensjahres wird ein Abschlag nicht erhoben. Da diese Neufassung des § 14 Abs. 3 BeamtVG erst ab 01.01.2001 in Kraft tritt, gilt folgende Übergangsregelung (siehe Tabelle 2 am Ende des Artikels).

Kein Versorgungsabschluss wird für am 01.01.2001 vorhandene schwerbehinderte Beamte erhoben, die

- vor dem 01.01.1942 geboren sind,
- wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden und
- zu diesem Zeitpunkt mindestens 40 Jahre ruhegehaltfähige Dienstzeit (Achtung: nur echte Dienstzeiten einschließlich Wehr- und Ersatzdienst- ohne Ausbildungs- und Zurechnungszeiten) vorweisen können.

Eintritt in Ruhestand mit Schwerbehinderung auf Antrag mit 60. Lebensjahr
Schwerbehinderte können zwar weiterhin

Stadt Nürnberg

www.nuernberg.de

Wir machen Schule!

Dazu suchen wir zum Schuljahr 2007/2008

Lehrkräfte für den Einsatz an Beruflichen Schulen

1. Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das höhere Lehramt an Beruflichen Schulen in den Fachrichtungen:

- Wirtschaft (Diplom-Handelslehrer/innen), besonders auch mit den Zweifächern Englisch, Deutsch, Mathematik
- Drucktechnik
- Elektro- und Informationstechnik
- Ernährungs-/Hauswirtschaftswissenschaften, auch mit dem Schwerpunkt für Gastronomieberufe sowie mit den Zweifächern Englisch, Deutsch oder Religion
- Metalltechnik
- Sozialpädagogik, besonders auch mit den Zweifächern Deutsch, Englisch oder evang. Religion

2. Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für das höhere Lehramt an Gymnasien mit den Fächerkombinationen Deutsch/Englisch, Deutsch/Geschichte bzw. Sozialkunde und Biologie/Chemie für den Einsatz an der Fachoberschule

- Fachlehrer/innen für Elektroberufe (Energietechnik)
- Fachlehrer/innen für Metallberufe (Fertigungstechnik oder Versorgungstechnik)
- Fachlehrer/innen für Handarbeit/Hauswirtschaft
- Fachlehrer/innen für Textverarbeitung

3. Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung als Fachlehrerinnen und Fachlehrer

- Fachlehrer/innen für Elektroberufe (Energietechnik)
- Fachlehrer/innen für Metallberufe (Fertigungstechnik oder Versorgungstechnik)
- Fachlehrer/innen für Handarbeit/Hauswirtschaft
- Fachlehrer/innen für Textverarbeitung

Ihre Bewerbung senden Sie bitte mit vollständigen Bewerbungsunterlagen möglichst bald an die Stadt Nürnberg, Personalamt, PA/2-2, Fünferplatz 2, 90403 Nürnberg.

Für die erste Kontaktaufnahme stehen Ihnen Frau Leonhardt unter Telefon (0911/231-2981), Frau Haupt unter Telefon (0911/231-2852) und Herr Haas unter Telefon (0911/231-2341) gerne zur Verfügung.

Der Frauenförderplan ist Bestandteil unserer Personalarbeit. Bewerbungen von Frauen sind deshalb besonders erwünscht. Die Stadt Nürnberg bemüht sich, Teilzeitwünsche zu berücksichtigen. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt.

Nürnberg

mit 60 Jahren vom Antragsruhestand Gebrauch machen, jedoch wird dann ein Versorgungsabschluss von 3,6 % für jedes Jahr (maximal 10,8 %) um das der Beamte vor Vollendung des 63. Lebensjahres in Ruhestand versetzt wird, vom Ruhegehalt erhoben.

Ausnahmen davon gibt es nur nach folgender Übergangsregelung:

Kein Versorgungsabschluss bei Antragspensionierung erfolgt für:

- Beamte, die vor dem 16.11.1950 geboren und am 16.11.2000 schwerbehindert im Sinne des Schwerbehindertengesetzes sind;
- Beamte, die am 1.01.2001 60 Jahre und älter sind und nach dem 16.11.2000 schwerbehindert werden;
- Beamte, die am 01.01.2001 59 Jahre und älter sind und nach dem 16.11.2000 schwerbehindert werden, wenn sie mit Vollendung des 61. Lebensjahres – auf eigenen Antrag – in den Ruhestand versetzt werden;
- Beamte, die am 01.01.2001 58 Jahre und älter sind und nach dem 16.11.2000

schwerbehindert werden, wenn sie mit Vollendung des 62. Lebensjahres – auf eigenen Antrag – in den Ruhestand versetzt werden.

Auswirkungen einer Anerkennung

- Stundenermäßigung
- GdB 50 – 60, 2 Wochenstunden
- GdB 70 – 80, 3 Wochenstunden
- GdB 90 – 100, 4 Wochenstunden
- Auf Verlangen sind Schwerbehinderte von Mehrarbeit (Vertretungsstunden) freizustellen (§ 46 SchwbG und Abschnitt V, Ziffer 5 Fürsorgeerlass).
- Schwerbehinderte sind vom Dienst als mobile Reserve freigestellt, können jedoch auf Antrag einbezogen werden (KMS vom 15.05.1985)
- Bei der Meldung zu Fortbildungslehrgängen sind Schwerbehinderte bevorzugt zu berücksichtigen (Abschnitt V, Ziff. 8 Fürsorgeerlass).
- Bei einer Bewerbung auf höher bewertete Stellen (z.B. Fachbetreuer, Schulleiter, Mitarbeiter i.d. Schulleitung...) ist der Schwerbehinderte bei gleicher fach-

licher und persönlicher Eignung bevorzugt zu berücksichtigen. Für Schwerbehinderte müssen die jeweils bestmöglichen Arbeitsbedingungen geschaffen werden (z.B. Gestaltung des Stundenplans, Pausenaufsicht, Vertretungsstunden, Wanderungen). Näheres siehe § 8 Lehrerdienstordnung.

- Je nach dem Grad der Behinderung kann bei der Lohn- oder Einkommensteuer ein bestimmter Steuerfreibetrag (Pauschbeträge) abgesetzt werden. Bei einem Grad der Behinderung von mindestens 25, aber weniger als 50 wird der Pauschbetrag nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährt:
- | Bei einem Grad der Behinderung von | beträgt der Pauschbetrag |
|------------------------------------|--------------------------|
| 25 und 30 | 310,- Euro |
| 35 und 40 | 430,- Euro |
| 45 und 50 | 570,- Euro |
| 55 und 60 | 720,- Euro |
| 65 und 70 | 890,- Euro |
| 75 und 80 | 1060,- Euro |
| 85 und 90 | 1230,- Euro |
| 95 und 100 | 1420,- Euro |

- Bei besonderen Behinderungen (wie z.B. erhebliche Gehbehinderung) gibt es noch weitere Vergünstigungen nach dem Einkommensteuergesetz.
- Schwerbehinderte Beamte können auch dann eingestellt (ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen werden), wenn als Folge ihrer Behinderung eine vorzeitige Dienstunfähigkeit möglich ist. Sie müssen nach dem amtsärztlichen Gutachten lediglich noch wenigstens 5 Jahre dienstfähig sein (Abschnitt III, Ziff. 8.3 Fürsorgeerlass).
- Von Ärzten empfohlene Kuren können Schwerbehinderten auch außerhalb der Ferienzeit genehmigt werden.
- Die Anerkennung als Schwerbehinderte(r) vermeidet Stellenkürzungen und erhöht damit die Einstellungschancen junger Kolleginnen und Kollegen.

Fürsorge des Dienstherrn

Fürsorgeerlass: Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen vom 8.8.1990 (Beilage zum Staatsanzeiger Nr. 35/1990 – KWMBI 1990 S. 341) zuletzt geändert durch den Fürsorgeerlass vom 17.4.2002 – Nr. 24- P1132-002-13740/02. „Vorgesetzte und Mitarbeiter sind ... aufgefordert, sich auch in außerdienstlichen Angelegenheiten mit Verständnis und Einfüh-

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Kompetenz und Erfahrung Versicherungs Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419
E-Mail: pewiede@arcor.de

z.B. Berufsunfähigkeit

- Alle Berufe
- auch für Schüler, Studenten, Azubis, Hausfrauen
- Lehramtsanwärter
Beamte auf Lebenszeit
mit Klausel "Dienstunfähigkeit"

lungsvermögen der Schwerbehinderten anzunehmen.“ ... „Alle zugunsten der Schwerbehinderten ergangenen Bestimmungen sind möglichst großzügig auszulegen und anzuwenden.“ „Für Schwerbehinderte müssen die jeweils besten Arbeitsbedingungen geschaffen werden.“ *Wolfgang Lambl*

Quellen:
Sozialgesetzbuch Buch IX

Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern – Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) Fürsorgeerlass (Schwerbehinderte) Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (KMS vom 3.2.2001) § 8 Lehrerdienstordnung (LDO) Schreiben BMI vom 15.07.98 D II 5 - 223 100 - 1/1 - GMBI. Nr. 24 vom 18.8.98 <http://www.behinderung.org/>

Tabelle 1

Wohnort im Regierungsbezirk	Zuständiges Amt für Versorgung und Familienförderung
Oberbayern Buchst. A – H	Versorgungsamt München I Richelstr. 17, 80634 München, Tel. (089) 1 22 22 - 0
Oberbayern Buchst. I – Z	Versorgungsamt München II Bayerstraße 32, 80335 München, Tel. (089) 51 43 - 1
Niederbayern	Versorgungsamt Landshut m. Außenst. Mchn I Friedhofstraße 7, 84028 Landshut, Tel. (0871) 8 29 - 0
Oberpfalz	Versorgungsamt Regensburg Landshuter Straße 55, 93053 Regensburg, Tel. (0941)78 09 - 00
Oberfranken	Versorgungsamt Bayreuth Hegelstraße 2, 95447 Bayreuth, Tel. (0921) 6 05 - 1
Mittelfranken	Versorgungsamt Nürnberg Bärenschanzstraße 8a, 90429 Nürnberg, Tel. (0911) 9 28 - 0
Unterfranken	Versorgungsamt Würzburg Georg-Eydel-Straße 13, 97082 Würzburg, Tel. (0931) 41 07 – 0
Schwaben	Versorgungsamt Augsburg Postfach 10 26 27, 86135 Augsburg, Tel. (0821) 57 09 – 01

Tabelle 2

Versetzung in den Ruhestand	Versorgungsabschluss pro Jahr des vorgezogenen Ruhestands	max. Höhe der Gesamtminderung des Ruhegehalts (v.H.)
vor dem 01.01.2001	0,0	0,0
ab dem 01.01.2001	1,8	1,8 (Zurechnungszeit 5/12)
ab dem 01.01.2002	2,4	7,2 (Zurechnungszeit 6/12)
ab dem 01.01.2003	3,6	10,8 (Zurechnungszeit 7/12)

Autorenverzeichnis

Allmansberger, Peter, ISB, Schellingstr. 155, 80797 München, Tel.: (089) 2170-2211

Graf, Anton/Ruprecht, Hermann, BS, Pestalozziplatz 1, 95028 Hof, Tel.: (09281) 83309-0

Käfer, Hans, VLB-Landesvorsitzender BS, Am Fernsehturm 1, 94036 Passau, Tel.: (0851) 9591300

Künfer, Reinhard, VLB-Referent für Fachlehrer BS, Luitpoldstr. 26, 84034 Landshut, Tel.: (0871) 9630-0

Lambl, Wolfgang, stellvertr. VLB-Landesvorsitzender und Hauptpersonalrat Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpf, Tel.: (09363) 5278

Liebel, Alexander, stellvertr. VLB-Landesvorsitzender BS, Schönweißstr. 7, 90461 Nürnberg, Tel.: (0911) 231-3948

Salz, Rainer, Ridlerstr. 35a, 80339 München, Tel.: (089) 5401-330

Schulter, Berthold, VLB-Seniorenbeauftragter Weitlstr. 66, 80935 München, Tel.: (089) 38584084

Schwandt, Margit, BS, Bezoldweg 31, 91541 Rothenburg, Tel.: (09861) 3094

Sieber, Michael, BS, Äußere Badstr. 32, 95448 Bayreuth, Tel.: (0921) 79220-0

Thiel, Peter, Am Happach 40, 97218 Gerbrunn Tel.: (0931) 707691

Weiß, Gerhard/Lohmüller Sabine, BS, Neudegger Allee 7, 86609 Donauwörth, Tel.: (0906) 70602-0

Wilbers, Karl, Universität, Lange Gasse 20, 90403 Nürnberg, Tel.: (0911) 5302-32

Zum Schmuzzeln ...

URKUNDE

Der Kreisverband Oberpfalz-Nord
der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern
dankt dem Kollegen

Alfons Barth

für 2007 Jahre treue Mitgliedschaft.

Wir wünschen Ihnen Gesundheit,
Glück und Erfolg für die kommenden Jahre
und viel Freude bei der weiteren
Zusammenarbeit.

Burg Wildenau, Plössberg, 18. Januar 2007



Klaus Höller
Landesvorsitzender

H. Kellner
Kreisvorsitzender